

2. HEFT / FEBRUAR 1906

EUGÈNE FOURNIÈRE · DIE FRANZÖSISCHE SOZIAL-DEMOKRATIE UND DIE KOMMENDEN WAHLEN

FIE auf den Kongressen von Rouen und Paris vollzogene Einigung der bis dahin getrennten beiden Gruppen des französischen Sozialismus war nicht das Ergebnis eines Kompromisses, das heisst einer Reihe gegenseitiger Konzessionen, sondern bedeutete vielmehr für die eine der beiden Gruppen die völlige Aufgabe alles dessen, was sie in Programm und Taktik bisher von der anderen getrennt hatte. Was ist die Ursache dieser Erscheinung? Wie konnten unsere Freunde, die unter der Führung von Guesde, Vaillant und Lafargue den *Parti socialiste de France* gebildet hatten, um sich herum diese Einheit schaffen und die Gruppe, die unter Jaurès, Briand, Viviani und Rouanet den *Parti socialiste français* darstellte, dazu bringen, sich im eigentlichsten Sinne des Wortes aufzulösen und in einer Einheit aufzugehen, deren Programm und Taktik sich mit Programm und Taktik des alten *Parti socialiste de France* vollkommen deckt?

Haben wir hierin einen Akt der Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des internationalen Kongresses von Amsterdam zu erblicken? Gewiss waren diese durch eine Abstimmung ausgedrückten Wünsche für das Verhalten der französischen Sozialisten durchaus nicht gleichgültig, aber ihr eigener heisser Wunsch war die Einheit. Der Beschluss des Amsterdamer Kongresses war nicht entscheidend für ihr Verhalten, aber er gab ihnen die Mittel an die Hand, zu einer Verständigung über die Einigkeit zu gelangen. Der eifrigste aller ihrer Anhänger war unstreitig Jaurès, der in dem Verständigungsausschuss worin von 1895 bis 1900 alle Fraktionen des französischen Sozialismus vereint waren, es an keiner Anstrengung hatte fehlen lassen, um diese Einigung in eine Einheit zu verwandeln, und der mit wahren Schmerzen im Jahre 1900 die Gruppe um Guesde, 1901 die um Vaillant und schliesslich vor dem Kongress von 1902 die um Allemane nach einander aus dem Verständigungsausschuss ausscheiden sah. Die ersten beiden hatten sich bald darauf vereint, um den *Parti socialiste de France* zu bilden; sie folgten darin dem Beispiel der *Unabhängigen Sozialisten* und der *Föderation der sozialistischen Arbeiter*, die unter

dem Namen *Parti socialiste français* zu einer Partei zusammengetreten waren. Die ersteren vertraten die überlieferte *radikale* und *revolutionäre* Taktik, die letzteren wählten zur Richtschnur ein Verhalten, das ihnen die nötige Bewegungsfreiheit gab, um über die politischen Ereignisse nicht von aussen zu urteilen, sondern an ihnen teilzunehmen und sie zum Besten der Interessen der Sozialdemokratie auszunutzen. Die sogenannte *Sozialistische revolutionäre Arbeiterpartei*, die Gruppe Allemanes, die übrigens in Wirklichkeit sehr schwach war und nur in Paris Anhänger und Sitze im Stadtrat besass, war wieder in die Isolierung zurückgekehrt.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse der beiden Hauptgruppen waren nun wie folgt beschaffen: Der *Parti socialiste français* zählte in der Kammer drei Viertel aller sozialistischen Abgeordneten. Er besass die beiden einzigen Pariser Tageblätter der Partei. Seine Lokalorganisationen waren ebenso zahlreich, wie die des *Parti socialiste de France*. Dank der Beredsamkeit Jaurès' und der Taktik Briands hatte er eine Zeitlang in der Kammer überragenden parlamentarischen Einfluss: Die Bildung der republikanischen Blocks ermöglichte die Verabschiedung des Gesetzes über die Kongregationen, die Festlegung der zweijährigen Militärdienstzeit, die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherungsgesetzgebung nach dem Vorbilde der dänischen und neuseeländischen und schliesslich die Trennung von Kirche und Staat. Kurz, jeder Schritt dieser Partei stellte einen demokratischen und sozialen Fortschritt dar, jede ihrer parlamentarischen Aktionen zwang die republikanische Partei, bis an die Grenze ihres politischen Programms zu gehen und sich zu sozialen und arbeiterfreundlichen Reformen zu entschliessen; alle ihre Unternehmungen waren mit einem Worte ein Sieg. Haben sich diese Männer nun an Händen und Füssen gebunden denen ausgeliefert, deren Vertreter in der Kammer sich darauf beschränkt sahen, stillschweigend und unter der Führung der Jaurèsisten die Abstimmungen zur Unterstützung und Ausbreitung des republikanischen Gedankens zu sanktionieren?

Es gab dafür viele Gründe, deren wichtigster nach meiner Auffassung der folgende war: der Zwiespalt, der in dem *Parti socialiste français* von Anbeginn an existierte, und der mit wachsendem parlamentarischen Einfluss gleichermassen zunahm. Unmerklich entstand eine Scheidung in der Gedanken- und Gefühlswelt zwischen den Gewählten und ihren Wahlkomitees: die ersten waren zu sehr geneigt, die sozialistische Tätigkeit in die engen Grenzen des Parlamentarismus zu bannen, die anderen waren zu empfindlich für die Vorwürfe, mit denen die Genossen von der anderen Fraktion sie überschütteten, nämlich aus der sozialistischen Partei lediglich einen Anhängsel des republikanischen Blocks zu machen. Da ausserdem diejenigen lokalen Komitees, die keinen Abgeordneten besaßen, zahlreicher waren, als die anderen, da sie ferner in weniger enger Fühlung mit den Mitgliedern der Parlamentsfraktion standen, weniger gut über die Bedeutung der befolgten Taktik unterrichtet waren und ungeduldig danach strebten, scharfe Opposition gegen alle bürgerlichen Gruppen (demokratische und radikale sowohl, wie konservative) zu machen, so entstand eine starke Bewegung, die auf eine Änderung der Taktik abzielte. Diese Bewegung wäre im *Parti socialiste français* nicht aufgekommen, wenn erstens die Abgeordneten engere Fühlung mit ihren Komitees gewahrt hätten, und wenn sie zweitens neben dem notwendigen Eifer für die Trennung von Kirche und

Staat — zu welchem Werke sie sich mit allen aktiven Kräften der französischen Demokratie verbunden hatten — auch den Arbeiter- und sozialen Problemen, die jeder Tag aufwarf, nachhaltigere Aufmerksamkeit und regere Tätigkeit zugewendet hätten. Eine solche Bedeutung gewann die Bewegung in kurzer Frist, dass die Abgeordneten sich vor der Gefahr sahen, den Zusammenhang mit ihren Truppen vollkommen zu verlieren. Freilich, für ihre Mandate brauchten sie nicht zu zittern. Die Masse ihrer Wähler besteht aus Demokraten, die ein aufrichtiges Interesse an den Reformen zu gunsten der Arbeiter nehmen, aber eifriger noch den Kampf gegen die Pfaffenherrschaft und gegen die Wiederkehr einer offensiven reaktionären Politik betreiben. Ihr Sozialismus geht nicht eben weit, und mit der Theorie pflegen sie ihren Kopf nicht zu belasten. Ihrer Wähler wären sie also sicher gewesen. Durften es aber die Abgeordneten, selbst unter diesen Umständen, auf einen Konflikt mit ihren Komitees, mit jenen Gruppen der sozialistischen Genossen ankommen lassen, die das Prinzip des Klassenkampfes lauter betonten, und mit deren Unterstützung sie doch gewählt worden waren?

Eine Änderung in der Taktik des *Parti socialiste français* war also notwendig und musste eine Annäherung der beiden Gruppen begünstigen, die auf dem Kongress zu Amsterdam das Bild einer so weitgehenden Uneinigkeit gegeben hatten. Nach meiner Ansicht war aber der Wechsel zu schroff, zu weitgehend: er trug nicht das Gepräge des Bedauerns über etwas, was schlimmstenfalls eine Unterlassungssünde war, sondern das der Reue und der Abkehr von der Politik der Verteidigung der republikanischen Freiheiten, von der Mitarbeit, die man dem Ministerium Combes bei der Ausführung des Programms der Trennung von Staat und Kirche geliehen hatte. Auf dem Parteitag des *Parti socialiste français* zu Rouen hatte man beschlossen, die Parlamentsfraktion solle aus der Delegation der Linken ausscheiden, das heisst dem republikanischen Block den Rücken kehren. Mit diesem Beschlusse gab man dem *Parti socialiste de France* ein wichtiges Unterpfand; man räumte damit jeden ernsthaften Grund der Trennung und Absonderung aus dem Wege. Es war ein der Einheit der Partei dargebrachtes Opfer, das andere nach sich ziehen musste. Auf dem darauf folgenden Pariser Kongress, auf dem sich die drei getrennten Fraktionen und die unabhängig gebliebenen regionalen Föderationen zusammenfanden, wurde die Einheit auf dem Boden der Intransigenz und der Opposition gegen jede Regierung begründet, einem Boden, von dem sich der *Parti socialiste de France* nicht entfernen wollte, und auf dem wir dann alle mit ihm zusammengekommen sind.

Wir werden also geeint in die nächste Wahlschlacht ziehen und wollen ihr nach dem Beschluss des Parteitages in Chalon-sur-Saône die grösstmögliche Ausdehnung geben. Aber auf diesem Parteitage fehlte eine Anzahl von Abgeordneten und regionalen Föderationen, die an den beiden anderen teilgenommen hatten, ohne gegen die Beschlüsse Protest einzulegen, aber sich geweigert hatten, in die geeinte Partei unter den vom Pariser Kongress aufgestellten Bedingungen einzutreten. Seither sind der Partei noch einige Abgeordnete und mit ihnen ihre Organisationen beigetreten; so besonders Briand und die Föderation der Loire und Breton mit der des Cher. Auch die Föderationen des Rhône und der Bouches du Rhône, die die beiden grossen Städte Lyon und Marseille umfassen und eine ziemlich grosse Zahl von Abgeordn-

ten zählen, sind gespalten. Jeder dieser Landstriche hat seine *geeinte* und seine autonome Organisation, seine der geeinten Partei zugehörigen und seine autonomen oder vielmehr der autonomen Föderation zugesellten Abgeordneten. Es ist dabei interessant, festzustellen, dass die unter den oben mitgeteilten Bedingungen begründete Einheit — mit Ausnahme von Paris — ihre glühendsten Anhänger in den Gruppen findet, die keinen Abgeordneten im Parlament haben und auch so bald keinen haben werden, während hingegen gerade in den Departements und Landstrichen mit einer starken sozialistischen Wählerschaft — mit Ausnahme der Departements Seine und Gard — die Einigung auf die grösste Abneigung und den heftigsten Widerstand gestossen ist.

Unter welchen Bedingungen die geeinte sozialistische Partei den Wahlkampf im kommenden Mai bestehen soll, lassen die Beschlüsse des Parteitags nicht sehr genau erkennen. Einige Mitglieder der Partei, die das Andenken an die sozialistischen Erfolge aus der Zusammenarbeit mit den republikanischen Fraktionen der Linken (ministerielle Zusammenarbeit von 1899 bis 1902 und parlamentarische von 1902 bis 1905) nicht verloren hatten, schlugen ein Wahlabkommen mit diesen Fraktionen vor; nicht für den ersten Wahlgang, wo die Parteien ihr Programm entwickeln und ihre Anhänger zählen müssten, wohl aber für den zweiten Gang, und zwar dergestalt, dass die an zweite Stelle gelangenden Kandidaten zu gunsten ihrer Konkurrenten von der Linken verzichten sollten. Der Parteitag erklärte, wie man weiss, dass das Interesse der Republik unlöslich mit dem Interesse des Sozialismus verknüpft sei, wies aber ein so weit gehendes Engagement ab; er liess jeder Föderation für ihre Haltung bei der Stichwahl freie Hand und fasste nur bindende Beschlüsse gegen die der geeinten Partei fernbleibenden Sozialisten, zu deren Gunsten zurückzutreten den offiziellen Parteikandidaten verboten wurde. Dieser letzte Beschluss kann sich mit Gründen der Disziplin motivieren lassen, ist aber deshalb doch in keiner Weise zu billigen. Wie soll es auch angängig sein, dass man zu gunsten eines Radikalen zurücktritt, um die Wahl eines Konservativen zu verhindern, während man im Wahlkreis nebenan die Wahl eines Konservativen der eines dissentierenden Sozialisten vorzieht! Das widerspricht ja vollständig jener einmütigen Erklärung des Parteitags, die das republikanische und das sozialistische Interesse als identisch hinstellt. Wenn die Parteitage widerspruchsvolle Resolutionen annehmen, dann setzen sie sich der Gefahr aus, dass in der Praxis keine von ihnen beachtet wird.

Die Einigung ist geschaffen worden, und ich erkenne gern den erheblichen Vorteil an, den die sozialistische Partei für den Augenblick daraus zieht. Die heftigen Anklagen, die verbitternden Polemiken haben aufgehört. Die Nähe der Wahlen bringt selbst eine Abschwächung der widerstreitenden Gefühle mit sich, die wir überall dort finden, wo sich Gruppen zu einer Einheit zusammengeschlossen haben, die sich gestern noch befehdeten. Aber die Einheit des Gefühles und der Lehre fehlt: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die alles von der revolutionären Katastrophe erwarten, zu der nach Marx der Gegensatz hinführt, den er in der Struktur des Kapitalismus und seiner Entwicklung sah; und auf der anderen diejenigen, die die Sozialisierung des Eigentums besonders von der demokratischen Entwicklung erwarten, wie ja auch schon, theoretisch, die öffentliche Gewalt sozialisiert worden ist. Die einen treiben ihre doktrinäre Rechtgläubigkeit so weit, dass sie die Wirksam-

keit von Einzelreformen leugnen und erklären, sie legten den verschiedenen politischen Formen, in denen sich die Herrschaft der Bourgeoisie manifestieren kann (Republik, Monarchie oder Zäsarismus), keine Bedeutung bei. Die andern erblicken im Gegenteil das für den Fortschritt und die Verwirklichung sozialistischer Ideen notwendige politische Werkzeug in der Demokratie. Diese hatten die Mehrheit der Wähler, vielleicht sogar der Komitees, auf ihrer Seite. In der geeinten Partei befinden sie sich jetzt in der Minderheit, da sie bei ihrem Eintritt selbst eine auf die Methoden der Intransigenz eingeschworene Minorität mitbrachten. Man muss allerdings bedenken, dass diese intransigenten Methoden, dank der Macht der Tatsachen, lediglich die Bedeutung niemals angewendeter Theorien haben. Man betont sie feierlich, steckt sie aber vor den Notwendigkeiten des Tages und der Stunde schnell in die Tasche. Als Millerand versuchte, das lediglich antiklerikale Ministerium Combes zu stürzen und dabei auf die Unterstützung der intransigenten Sozialisten rechnete, weil er seinen Angriff gegen dies Ministerium mit der Klage über Vernachlässigung der Arbeiterreformen und Sozialpolitik begründete, da waren es nicht allein die Freunde von Jaurès, die dieses Ministerium retteten, sondern auch die von Guesde und von Vaillant; Vaillant, der all sein Lebtage dem Republikanismus treu geblieben war, stieg sogar auf die Tribüne und erklärte, dass er der Opposition bei ihrem Angriff auf ein republikanisches und antiklerikales Kabinett die Gefolgschaft verweigere!

Die grundsätzlichen Auffassungen in Sache der Methode werden, abgesehen von persönlichen und vereinzelt Entgleisungen, im bevorstehenden Wahlkampf ebensowenig eine Rolle spielen, wie die Formeln, in die sie sich kleiden. Denn allgemein besteht der Wunsch: der Partei so viele Stimmen und Mandate, wie möglich, zu gewinnen. Es fragt sich nun aber, ob die geeinigte Partei unter den Umständen, wie sie ihre Vereinigung zuwege gebracht hat, einen günstigen Boden zur Erringung der Erfolge, die sie sich verspricht, vorfindet. Fortgerissen durch die intransigente Strömung hat sie auf dem Pariser Kongress den Anarchisten, die unter dem Namen *revolutionärer Gewerkschaften* die *Confédération générale du travail* beherrschen, Avancen gemacht, die übrigens von jenen hochmütig zurückgewiesen worden sind. Nun sind zwar die *revolutionären*, anarchistischen, parlamentsfeindlichen Gewerkschaften — die unter dem Vorgeben der Ablehnung politischer Betätigung eine besondere Politik derjenigen aller anderen Parteien, auch der sozialistischen, entgegenzusetzen — in der *Confédération générale* in der Mehrheit; aber erstens repräsentieren sie nur die Minderheit der in ihren verschiedenen Branchen Organisierten, da sie mehr Wert darauf legen, *revolutionäre* Kämpfer zu werben, als die Masse der Arbeiter zu organisieren; und zweitens ist auch in der *Confédération générale* ihre Personenzahl sehr viel geringer, als die der Reformer. Den Beweis dafür liefert ihr verzweifelter Widerstand gegen die Einführung der proportionalen Vertretung auf dem Kongress und im Vorstand der *Confédération*. In Parenthese sei angemerkt: Für diese sonderbaren Anarchisten, die den Lehren ihrer Meister Proudhon und Bakunin gründlich untreu geworden sind, bedeutet also die Gruppe alles und das Individuum nichts. Stirner, bei dem die Gruppe nur ein Mittel für das Individuum war, muss noch im Grabe mit den Zähnen darüber knirschen; aber die lange Reihe der Jakobiner, der Theoretiker und Praktiker der Staatslehre, von Robespierre bis Blanqui.

muss vor Freude zittern. Die Avancen, die der geeinte Sozialismus dem *revolutionären* Anarchismus machte, werden seine Wahlaussichten selbstverständlich nicht gerade verbessern; und es mutet etwas sehr sonderbar an, dass man sich nach dreijähriger fast völliger Vernachlässigung der speziellen Arbeiterfragen jetzt in die, zum Glück verachtungsvoll geschlossenen, Arme derjenigen wirft, die den Eintritt der Arbeitermassen in die Gewerkschaften mehr hindern, als fördern.

Noch einen andern Fehler hat die geeinte Partei gemacht und der Parteitag von Chalon gutgeheissen. Ich meine die Rede Hervés über den Patriotismus, die er auf dem Fest zur Feier des Abschlusses des Pariser Kongresses und der Durchführung der Einigung hielt. Hervé hatte als Parteigenosse, wie jeder andere, das Recht, seine Meinung auf jeder ihm beliebigen Tribüne zu äussern. Nur eine durfte er dazu nicht benutzen: diejenige nämlich, die ihm die Partei zu dem genau umschriebenen Zweck zur Verfügung stellte, die sozialistische Einigung zu kräftigen. Ich setze einmal den Fall, ich, oder irgend ein anderer, wäre, wie Hervé, vom Kongress beauftragt worden, im Namen der ganzen Partei das Wort zu nehmen, und ich hätte mir dabei erlaubt, mein Bedauern darüber auszusprechen, dass in der Prinzipienklärung, mit der unsere Fraktion der geeinten Partei beigetreten ist, nicht einmal das Wort *Republik* vorkommt, oder darüber, dass die sozialistischen Abgeordneten aus dem Block ausgeschieden sind: ich wäre auf das entschiedenste getadelt worden, bei dieser Gelegenheit eine solche abweichende Meinung geäussert zu haben. Und man hätte recht gehabt, mich zu tadeln. Aber die Männer der heftigen, der unklugen Phrasen laufen niemals Gefahr, getadelt zu werden! Schliesslich und nach einem recht langen und recht peinlichen Schweigen, während dessen die Presse aller Farben die französischen Sozialisten als Anhänger der Theorie Hervés hinstellte und behauptete, sie seien gleich Hervé bereit, den Reservisten im Kriegsfall die Desertion anzuraten, entschloss sich die Parteileitung, in einer sehr konfusen und keinerlei Tadel für Hervé enthaltenden Erklärung daran zu erinnern, dass die internationalen Kongresse den Sozialisten aller Länder die Pflicht auferlegt hätten, den Ausbruch von Kriegen zwischen den Völkern zu verhindern. Schon vor dieser Erklärung hatte allerdings Jaurès öffentlich darauf hingewiesen, dass die Ansicht Hervés seine private Angelegenheit sei, und dass kein überzeugter Sozialist sie teilen könne. Aber es war eben nicht die Partei, die so gesprochen hatte, und das Publikum sah, selbst nachdem die Erklärung der Parteileitung in ihrer unbestimmten Fassung erschienen war, nur die eine Tatsache, nämlich, dass Hervé Mitglied des *Nationalrats* der sozialistischen Partei ist.

Die harte, ungerechte und unsinnige Strafe, die über Hervé vor wenigen Wochen verhängt wurde, kann mich nicht von der bitteren Pflicht entbinden, frank und frei meine Meinung über derartige Handlungen und Haltungen auszusprechen, die der Entwicklung des französischen Sozialismus so grausam schädlich sind. Ich nehme, und mit vollem Rechte, Akt von dieser Verurteilung, durch die sich die sozialistische Partei zur Solidarität mit Männern, die durch die Verfolgung geheiligt wurden, gezwungen sehen wird, obschon sie ihre Theorien ablehnt. Wer aber hat unsere Partei in diese schwere Gefahr gebracht? Diejenigen, die uns auf dem Wege der Entsagung und Lossagung von unseren Ansichten den Weg zur Einigung geführt haben, wie ich es oben

darstellte. Erste Entsagung: Sie haben den republikanischen Block verlassen, dessen Zement oder vielmehr Ferment sie waren. Während die Reaktionen und die Moderierten erklärten, im Block seien die Radikalen die Gefangenen der Sozialisten, behaupteten unsere dissentierenden Parteigenossen und die widerstrebende Minderheit im *Parti socialiste français*, dass Jaurès, Rouanet, Briand und ihre Freunde die Gefangenen der Radikalen seien. Diese hielten sich im Block, trotz der Provokationen der Rechten, wacker. Als ihm aber die Sozialisten den Rücken gekehrt hatten, da verfielen die Radikalen wieder in ihre organische Disziplinlosigkeit, in ihre Couloirverschwörungen und in ihre ministeriellen Strebereien. Ergebnis: Das Ministerium Rouvier gravitiert mit seiner Politik mehr zur Mitte des Parlaments und unternimmt ungestraft eine Reihe von reaktionären Schritten, ordnet die Verfolgung von Gewerkschaften an und schliesslich auch die Strafverfolgung gegen die Unterzeichner des antimilitaristischen Plakats, die am 30. Dezember von den Geschworenen der Seine verurteilt worden sind. Ich wiederhole: Derartiges hätte sich nicht zugetragen, wenn die Parteien der Linken, vereint, zusammengehalten und angeregt durch die Vertreter der Sozialisten, in einem festen Block geblieben wären, der den Ministern seine Weisungen gab und, je nach Bedarf, sie auch abschob, um Männer an ihre Stelle zu setzen, die sich den Wünschen der Demokratie und der Arbeiterklasse besser anzupassen entschlossen waren.

Ich spreche keine vermessene Ansicht aus, wenn ich behaupte, dass, falls sich die Sozialisten schon vor der Votierung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat vom Block zurückgezogen hätten, dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht verabschiedet worden wäre. Was man auf dem Boden demokratischer Fortschritte eingebüsst hat, beweist das klärllich. Der Block, in dem die Sozialisten, dank dem Talent und dem Charakter von Jaurès, Briand und ihren Freunden, eine führende Rolle spielten, hätte die Strafverfolgung gegen die Unterzeichner des antimilitaristischen Plakates nicht zugegeben: das republikanische Prinzip wäre ihm vorgehalten und auch der Regierung aufgezwungen worden, dass, mag eine Ansicht auch noch so töricht und abscheulich sein, man kein Verbrechen begeht, wenn man sie ausspricht. In diesem Gefängnis, in das man jetzt Hervé, Urbain Gohier, Bousquet und ihre Freunde einsperrt, erblicke ich die vom Ministerium Rouvier am Vorabend der Wahlen ausgestellte viel gefährlichere Falle, in die die ganze sozialistische Partei geraten wird.

Was nun den republikanischen und demokratischen Fortschritt anlangt, den Mangel einer soliden Organisation der Demokratie im Augenblicke der Anwendung des Gesetzes über Trennung von Staat und Kirche, ein Gesetz, das in unserem Lande einen Religionskrieg entfesseln kann, die letzte Hoffnung der Reaktion, die gezwungen ist, die Maske des Liberalismus vorzubinden, sind das nicht alles Fragen, die durch den Zustand der Isolierung und Ohnmacht aufgeworfen werden, in den sich die sozialistische Partei selbst versetzt hat? Hoffen wir, dass nicht die sozialistische Einigung — selbstverständlich ohne es zu wollen — den republikanischen Fortschritt und sogar die Sicherheit Frankreichs als Opfer heischt!

Wird nun wenigstens um den Preis dieser peinlichen Möglichkeiten, deren Eintritt schliesslich dem Sozialismus in unserem Lande einen furchtbaren Schlag versetzen würde, nach dem energischen Ausspruch von Rouanet, die geeinte

sozialistische Partei die radikale Partei an die Wand drücken? Drei Wahlen haben nach dem Kongress von Chalon stattgefunden; drei Kandidaten der geeinigten Partei, alles drei Männer von Bedeutung, waren in volkreichen Wahlkreisen aufgestellt worden: in Lyon, um einen dissidentierenden Sozialisten, in Reims und in Toulouse, um Radikale zu ersetzen. In Lyon ist wieder ein dissidentierender Sozialist gewählt worden; in Reims und in Toulouse haben die Radikalen die Mandate behauptet, nachdem die vereinigten Sozialisten bei der Stichwahl zu ihren Gunsten zurückgetreten waren. Ich will nicht prophezeien — das ist das Dümme, was man tun kann, und ein Sozialist soll sich noch sorgfältiger davor hüten, als sonstwer —, aber ich muss doch feststellen, dass insgesamt sich die vereinigten Sozialisten bei den nächsten Wahlen in einer schlechteren Situation, als früher, befinden werden. Das ist auch der Grund, warum einige der Abgeordneten sich vor dem Beitritt zur geeinigten Partei gehütet, andere ihn nur so zögernd vollzogen haben. Sie haben übrigens unrecht gehabt: es wäre besser gewesen, alle diese Kräfte hätten sich vereinigt, um der Partei eine andere Richtung zu geben und ihr Fehler zu ersparen, die sie begangen hat, und die ich nicht aufgezählt hätte, wenn sie in dem Bilde hätten fehlen dürfen.

XX

RICHARD CALWER · DIE MAROKKOKONFERENZ

WON der Notwendigkeit der Marokkokonferenz ist ein Teil der Öffentlichkeit noch immer nicht überzeugt. Alle Welt wird man auch von dieser Notwendigkeit nicht überzeugen können, aber doch wenigstens die Kreise, die Deutschland für berechtigt halten, gegen die französisch-englischen Abmachungen Einspruch zu erheben. In diesen Kreisen kann man sehr häufig die Meinung hören, dass eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Beilegung der Differenzen vollständig hingereicht hätte; es hätte sich dann die Konferenz in Algeciras, die doch wieder neue Gefahren heraufbeschwören könne, erübrigt. Diese Meinung ist falsch. Wenn Deutschland auf eine internationale Konferenz hingewirkt hat, so ist seine Diplomatie im Gegensatz zu Frankreich durchaus richtig vorgegangen, mögen auch einzelne Schritte der deutschen Regierung bei der ganzen Aktion missbilligt werden.

In dem englisch-französischen Übereinkommen vom 8. April 1904 räumt England Frankreich das Recht ein, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten. Wie Frankreich dieses ihm von England eingeräumte Recht auszunutzen anfang, das erfuhren wir aus dem Gelb- und dem Weissbuch. Am 15. Dezember 1904, also verhältnismässig kurze Zeit, nachdem Frankreich sich mit Spanien über die Marokkofragen auseinandergesetzt hatte, richtete Delcassé an Taillandier, welcher im Begriff stand, als französischer Gesandter nach Fez abzureisen, einen Erlass, der das französische Programm der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Reformen in Marokko enthielt. In diesem Erlass wird ausgeführt, die Ruhe müsse überall gesichert werden, wo die einheimischen Elemente mit den europäischen in unmittelbarer Berührung ständen, um Zwischenfälle hintanzuhalten,

welche internationale Verwickelungen herbeiführen könnten. Frankreich müsse insbesondere in der Peripherie unter Leitung und Aufsicht seiner Offiziere die marokkanischen Polizeikräfte organisieren. Sodann werden die Vorschläge, betreffend Errichtung von Polizeiposten, die Gründung einer marokkanischen Reichsbank, die Herstellung von Telegraphenlinien, die Verbesserung der Häfen, dargelegt, und es wird erklärt, dass dieses Reformwerk, welches Frankreich unter Mitwirkung des Maghzen vollbringen wolle, Marokko, sowie dem allgemeinen Interesse zu gute kommen würde.

Das Weissbuch macht nun über die Details dieses Reformprogramms und über die Art und Weise, wie Frankreich dieses Programm durchführen wollte, recht bezeichnende Angaben, die unwiderleglich beweisen, dass die Erfüllung der französischen Forderungen zu einem tatsächlichen Protektorat Frankreichs über Marokko geführt hätte. Die Heeresreformvorschläge zum Beispiel gipfelten darin, dass sämtliche Bataillonschefs Franzosen, sämtliche Kompagniechefs und Unteroffiziere Algerier sein sollten. An der Spitze der Polizeitruppen sollten gleichfalls überall je ein Franzose und Algerier stehen. In ähnlicher Weise liefen die finanziellen und wirtschaftlichen Reformvorschläge auf die Sicherung einer Monopolstellung Frankreichs hinaus. Um den Maghzen zu einer raschen Annahme dieser Vorschläge zu veranlassen, fehlte es nicht an nachdrücklichen Mahnungen, die ruhig als Drohungen gedeutet werden dürfen. Dass der französische Gesandte sich dabei auf ein angebliches europäisches Mandat berufen hat, lässt sich nicht feststellen: die marokkanische Regierung behauptet es, Taillandier bestreitet es, allerdings in einer etwas verklausulierten Weise. In einer Depesche vom 9. April 1905 berichtet nämlich Taillandier an Delcassé, dass er sich niemals auf ein solches Mandat berufen habe. Die Depesche sagt dann aber unmittelbar weiter:

»Wenn ich den Maghzen auf die Gefahr aufmerksam gemacht habe, die darin liegt, den gesamten Handel durch schlechte Verwaltung der Häfen unzufrieden zu stimmen, so habe ich unser Recht, dem Maghzen Ratschläge zu erteilen, nur mit unserer eigenen Situation begründet, welche kürzlich durch die Übereinkommen mit denjenigen Mächten gesichert wurde, welche die nächsten Nachbarn Marokkos und am meisten an den Angelegenheiten dieses Landes interessiert sind.«

Dieser Zusatz schwächt die kategorische Erklärung, die wegen des europäischen Mandats vorangeht, ganz beträchtlich ab. Doch kann dieser Punkt ganz ausser Betracht bleiben. Bezeichnend für die französische Auffassung ist aber eine Wendung in einem Telegramm vom gleichen Tage, in dem Delcassé meint, der Vorschlag einer internationalen Konferenz sei gleichbedeutend mit dem Verlangen, der Sultan solle sich selbst unter Vormundschaft stellen. Wenn Frankreich dem Sultan seine Reformvorschläge aufdrängt, deren Verwirklichung das Protektorat Frankreichs über Marokko bedeutet, so schliesst das nach Delcassé keine Bedrohung der Souveränität des Sultans in sich, wohl aber ist dies der Fall, wenn der Sultan ausser mit Frankreich auch noch mit anderen Mächten verhandeln will.

Man hat der deutschen Regierung wiederholt den Vorwurf gemacht, dass sie nicht gleich nach dem Bekanntwerden des französisch-englischen Abkommens eingegriffen habe, sondern erst in einem späteren Stadium. Die Tatsache stimmt, aber sie ist darin begründet, dass der Inhalt des englisch-französischen Abkommens bis auf einen Punkt, nämlich die Festlegung der Meistbegünstigung

auf nur 30 Jahre, nicht ohne weiteres gegen die Interessen und die Rechte anderer Mächte verstiehs. Erst aus der Art und Weise, wie Frankreich nach diesem Abkommen in Marokko vorging, konnte man seinen wirklichen, Deutschlands Interessen und Rechte bedrohenden Charakter entnehmen. Wirtschaftliche Interessen Deutschlands wurden verletzt, indem Frankreich sich anschickte, sich eine Monopolstellung zu sichern. Das geschah, obgleich zwischen dem Deutschen Reich und Marokko ein Meistbegünstigungsvertrag, der vom 1. Juni 1890, bestand. Der Sultan durfte und konnte daher auf die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs gar nicht eingehen. Frankreich durfte aber in seinem Abkommen mit England die Handelsfreiheit in Marokko nicht auf 30 Jahre begrenzen. Rechtliche Interessen Deutschlands und des Sultans wurden dadurch verletzt, dass Frankreich nach Rücksprache mit den meistinteressierten Staaten sich für befugt erachtete, die völkerrechtlich anerkannte Souveränität von Marokko zu durchlöchern. Die Verhältnisse Marokkos anderen Staaten gegenüber sind durch die Marokkokonvention vom Jahre 1880 geregelt worden. Diese Konvention besteht noch heute zu Recht; das Vorgehen Frankreichs kollidierte mit deren Inhalt, wenn auch behauptet wurde, dass dies nicht der Fall wäre. Damit, dass Frankreich und England übereinkommen, der Inhalt dieser Konvention werde durch ihre Abmachung vom April 1904 nicht berührt, ist die Frage keineswegs entschieden. Dass Frankreich sich nicht für berechtigt hielt, auf eigene Faust vorzugehen, das geht hinlänglich daraus hervor, dass es sich mit England verständigte.

Der einzig richtige Weg, den veränderten Verhältnissen entsprechende Reformen in Marokko vorzunehmen, konnte nur durch Einberufung einer neuen internationalen Konferenz beschritten werden, zu der die Mächte, die 1880 mit Marokko das Madrider Abkommen getroffen hatten, einzuladen waren. Eine Auseinandersetzung mit Deutschland konnte diese Konferenz nicht im mindesten ersetzen, so wichtig es auch war, dass sich Deutschland und Frankreich vor dem Beginn der Konferenz über gewisse Programmpunkte einigten. Das Abkommen für die Konferenz von Algeciras, das am 28. September 1905 zustande kam, hat folgenden Wortlaut:

„Die beiden Regierungen sind übereingekommen, dem Sultan folgenden Programm-entwurf vorzuschlagen, der gemäss den in dem Briefaustausch vom 8. Juli angenommenen Prinzipien ausgearbeitet worden ist:

I. Polizei: 1. Organisierung der Polizei ausserhalb der Grenzbezirke auf dem Wege eines internationalen Abkommens; 2. Reglement für die Organisierung der Überwachung und der Bestrafung des Waffenschmuggels. In den Grenzbezirken bleibt die Durchführung dieses Reglements eine ausschliesslich französische Angelegenheit in Marokko.

II. Finanzreform: Finanzieller Beistand, der dem Maghzen durch die Schaffung einer Staatsbank mit Emissionsrecht gewährt wird, die sich mit Schatzamtsoperationen zu befassen und für die Münzprägung zu sorgen hat; die Gewinne der letzteren sollen dem Maghzen zufallen. Die Staatsbank soll zur Sanierung der Geldverhältnisse schreiten. Die dem Maghzen eröffneten Kredite würden für die Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen und für gewisse dringende öffentliche Bauten, besonders für die Verbesserung der Häfen und ihres Materials, verwendet werden.

III. Untersuchung, wie ein besseres Steuerergebnis herbeizuführen und neue Einkünfte zu schaffen sind.

IV. Verpflichtung seitens des Maghzen, keinen öffentlichen Dienst zu gunsten von Privatinteressen zu veräussern. Submissionsprinzip ohne Berücksichtigung der Nationalität für die öffentlichen Bauten.“

Diese Verständigung mit Deutschland erleichterte Frankreichs Einverständnis

mit einer internationalen Konferenz. Denn nachdem Frankreich einmal seinen Fehler gemacht hatte, war es nicht leicht, diesen Fehler rückgängig zu machen, ohne nicht seine Autorität der marokkanischen Regierung gegenüber zu diskreditieren. Durch das vorläufige Verständniss mit Deutschland wurde zwar zum Ausdruck gebracht, dass nur durch eine neue internationale Konferenz die marokkanischen Verhältnisse geändert werden dürften, gleichzeitig aber auch Frankreich zugestanden, dass solche Änderungen materiell berechtigt, dass die Zustände in Marokko unhaltbar geworden sind.

So ergibt sich also als eine Konsequenz der Madrider Konvention vom Jahre 1880 und unter Anerkennung der französischen Beschwerde gegenüber dem Maghzen die Notwendigkeit der neuen internationalen Konferenz, die am 16. Januar in Algeciras eröffnet worden ist.

Dass die Konferenz sich auf ein durchführbares Reformprogramm für Marokko einigen möge, das ist dringend zu wünschen. Denn geht die Konferenz resultatlos auseinander, so befände sich Frankreich in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite steht fest, dass Frankreich an Reformen in Marokko ein dringendes Interesse hat, auf der anderen Seite können aber diese ohne Zustimmung der Madrider Signatarmächte nicht durchgeführt werden. Staaten wie England würden es vielleicht gerne sehen, wenn die Konferenz zu keinen oder doch für Frankreich unannehmbaren Ergebnissen führen würde. Es kommt nun in der Hauptsache darauf an, ob Deutschland und Frankreich in der Tat gesonnen sind, ihre vorläufige Verständigung durch Beschlüsse der Konferenz besiegeln zu lassen, oder ob zwischen der Diplomatie der beiden Länder noch eine Spannung herrscht, die von anderen Staaten zu einer neuen Bedrohung des Friedens ausgebeutet werden kann. Ist der Wunsch der Verständigung aufrichtig, so wird man eine Lösung des Reformprogramms finden, so schwierig auch die Durchführung einzelner Punkte ist. Namentlich sind diese Schwierigkeiten bei der Organisierung der Polizei ausserhalb der Grenzbezirke vorhanden. Hier können Verwickelungen sehr leicht entstehen. Bis jetzt haben Frankreich und Deutschland gezeigt, dass sie den Frieden erhalten wissen wollen; war dieses Bestreben ernsthaft und nicht durch politische und diplomatische Rücksichten bedingt, so werden beide in Algeciras erst recht zusammenhalten müssen, um das Spiel solcher Mächte zu vereiteln, die einen Misserfolg der Konferenz nicht ungerne sehen würden.

Bei aller Wichtigkeit der Interessen und Rechte, die es Frankreich gegenüber zu verteidigen galt, muss doch immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Deutschland eine kurzsichtige Politik treiben würde, wenn es um Marokkos willen die Anbahnung eines besseren Verhältnisses mit Frankreich auf lange Zeit hinaus verscherzen würde. Es ist ganz eigentümlich, dass im eben verflissenen Januar in einer Reihe von Städten die Handels- und Industriekreise grosse Kundgebungen für ein friedliches Einvernehmen mit England veranstalteten, dass aber nirgends dem noch viel wichtigeren und aktuelleren Bedürfnis eines guten Einvernehmens mit Frankreich Ausdruck verliehen wurde. Gerade jetzt wäre es an der Zeit, die Regierungen beider Länder auf dieses Bedürfnis hinzuweisen. Man sollte der Diplomatie keinen Zweifel über diese Auffassung lassen. Alle Kreise der Bevölkerung haben ein politisches und wirtschaftspolitisches Interesse, dieses Friedensbedürfnis laut zu bekunden.

So wichtig die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England ist, noch wichtiger ist für die mitteleuropäischen Länder, ihre politische und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur eine gänzliche Beseitigung der Spannung zwischen uns und Frankreich, sondern auch ein allmähliches Zusammengehen beider Länder auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete.

XX

EDUARD BERNSTEIN · EINIGE RANDBEMERKUNGEN



UNÄCHST eine kleine Abrechnung mit dem *Vorwärts*. Man wird es mir gestatten, an sie noch einige sonstige polemische Bemerkungen zu knüpfen. Im Laufe eines Monats passiert gar mancherlei, was zur Kritik reizt.

Mein Artikel *Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik* im vorigen Heft der *Sozialistischen Monatshefte* hat dem *Vorwärts* sehr missfallen. Er erklärt sie für tief unter seinem geistigen Niveau stehend — was ich sehr begreiflich finde — und würdigt die »langatmigen, platteste Selbstverständlichkeiten breittretenden Ausführungen« nur deshalb der Kenntnisnahme, um der in ihnen enthaltenen »Legendenbildung« entgegenzutreten. Besagte Legendenbildung soll darin bestehen, dass ich der Genossin Luxemburg und der *Vorwärts*redaktion die »Kateridee« imputiert hätte, »mechanisch die russischen Zustände und Kämpfe auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen und nichts Geringeres zu beabsichtigen, als solch revolutionäre Massenstreiks, wie sie in Russland geführt werden, einfach auf das heutige Deutschland zu übertragen«. Wogegen die Redaktion des *Vorwärts* sich und die Genossin Luxemburg feierlichst verwahrt.

Sie hätte sich das sparen können, denn von einer Imputation so plumper Ansichten steht kein Wort in meinem Artikel, der vielmehr nur generell die Frage behandelt, ob und inwieweit es zulässig ist, Erfahrungen aus den jetzigen russischen Kämpfen auf in Deutschland zu führende Kämpfe zu übertragen. Nehmen wir aber einmal an, ich hätte das wirklich geschrieben, was der *Vorwärts* mir vorwirft, wem hätte ich damit unrecht getan? Der *Vorwärts* erklärt in seinem besagten Artikel, dass die parteipolitischen Auffassungen von Rosa Luxemburg erfreulicherweise »sich durchaus mit denen der Gesamtedaktion decken«. Wohlan, so möge die *Gesamtedaktion* des *Vorwärts* die Güte haben und im Protokoll des Jenaer Parteitages auf Seite 320 und 321 die Rede Rosa Luxemburgs über den politischen Massenstreik nachlesen. Diese Rede ist von A bis Z eine verhöhrende Zurückweisung aller gegen die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks in Deutschland vorgebrachten Bedenken, und zwar unter Exemplifikation auf — Russland. Da heisst es gleich am Anfang:

»Wenn man die bisherigen Reden . . . hier gehört hat, muss man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution, oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? . . . Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, dass die Zeit gekommen ist, die unsere Grossmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.«

Wie das gemeint ist, zeigen folgende weitere Sätze:

»Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger! . . . Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisation durch den Kampf.«

So Rosa Luxemburg auf dem Parteitag in Jena, und genau in diesem Sinne hat sie nachher in Berlin und Hamburg gesprochen. Man wird zugeben, dass es unter diesen Umständen ein starkes Stück ist, es als *Legende* zu bezeichnen, dass jemand kurzerhand von den russischen Vorgängen auf Wiederholung in Deutschland gefolgert habe. Ich achte jede Überzeugung, auch wenn sie der meinen noch so schroff entgegensteht, ich sie noch so entschieden als schädlich bekämpfen muss. Aber welches Gefühl soll einen überkommen, wenn in dieser Weise heute bestritten wird, was gestern mit blutigem Hohn gegen Andersdenkende verkündet wurde? Hier eine Probe von dem klaffenden Widerspruch zwischen den Reden von Rosa Luxemburg und der Darstellung des *Vorwärts*:

Rosa Luxemburg in Jena:

»Da verlangt man, dass wir sagen: Wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könt ihr es auf euer Gewissen nehmen, dass Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Föhlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen . . .«

Vorwärts vom 30. Dezember 1905:

»Diese Richtung [es ist der radikale Flügel in der Partei gemeint, den der *Vorwärts* zu vertreten glaubt] verlangte ja gerade deshalb ein gründliches Studium des politischen Massenstreiks, weil sie nicht an die Anwendbarkeit aller Mittel glaubte, sondern den Massenstreik nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen für möglich hielt.«

Also, in Jena werden von Rosa Luxemburg diejenigen, die Fragen über die Ausführbarkeit des politischen Massenstreiks aufwerfen, als Leute gebrandmarkt, die »nicht die geringste Föhlung mit der Masse« haben — etwas weiter in der Rede wird dann »bürgerliche Auffassung« daraus, die »eine Schande für einen Sozialdemokraten« sei — und drei Monate später erklärt der *Vorwärts*, unter Hinweis auf Jena und ausdröcklicher Hervorhebung seiner vollen Gesinnungseinheit mit Rosa Luxemburg, dass gerade diese Richtung in Jena »ein gründliches Studium des politischen Massenstreiks« verlangt habe. Merkwürdige Art von Gründlichkeit, die in der vorbezeichneten Rede gepredigt ward! Wir werden alle Begriffe vollständig umzulernen haben, wenn in dieser Weise mit ihnen operiert wird. Im Ernst gesprochen: Ist bei solcher Abstreitung der Tatsachen eine sachliche parteigenössische Diskussion noch möglich?

Und komme mir der *Vorwärts* nicht mit dem Einwand, Rosa Luxemburg habe ja selbst in Jena gesagt, es handle sich in Deutschland augenblicklich gar nicht darum, den Massenstreik zu proklamieren. Gewiss, an ein *sofort* hat kein Mensch in Jena gedacht. Aber ebenso wenig handelte es sich um spekulative Erörterung der Frage einer fernliegenden Zukunft, sondern um Erwägung der Frage, ob der Massenstreik eine bei gewissen Eventualitäten heute oder morgen schon anzuwendende politische Waffe sei. Und diese Gegenwartsfrage sollte nach Rosa Luxemburg schon der blosse Blick nach Russland erledigen. Dies und die Vorstellung, dass, weil es in Russland gekracht hat,

auch bei uns die Zeit gekommen sei, wo »die Evolution in die Revolution umschlägt«, das ist die *Revolutionsromantik*, gegen die sich mein Artikel gewendet hat, so wenig ich sonst mit denjenigen übereinstimme, die den politischen Streik für eine unbrauchbare Waffe halten. Diese *Revolutionsromantik* ist, wie ich weiter erklärte und heute wiederhole, gerade im Interesse des politischen Massenstreikes zu bekämpfen. Denn sie ist die Mutter jener *Revolutionsphraseologie*, die den Regierenden den bequemen Vorwand liefert, dem Volk die legitimen Kundgebungen seines Protestes von vornherein unmöglich zu machen oder zu verkürzen. Für Rosa Luxemburg war das Aufwerfen der Frage, ob man bei einem politischen Massenstreik die unorganisierten Arbeiter auch werde im Zügel halten können, in Jena ein Beweis bürgerlicher Denkart, die einem Sozialdemokraten zur »Schande« gereiche. Drei Monate später haben die organisierten Berliner Sozialdemokraten für ihre Wahlrechtsdemonstrationen zu dem spezifischen Zweck Ordner ernannt, die aus den Versammlungen strömenden Massen zu grösster Ruhe zu ermahnen. Gewiss folgten sie damit nur der Stimme der Vernunft. Was beweist es aber anderes, als dass der »revolutionäre Geist«, der nach Rosa Luxemburg über alles zu regieren hat, im gegebenen Moment doch der Stimme der sorgfältig abwägenden Vernunft Folge zu geben hat, auch wenn diese zu der Ermahnung führt: macht die Faust in der Tasche! Es gewährt mir keine Freude, diesen Satz niederschreiben zu müssen, aber wir schulden uns vor allen Dingen Wahrheit. Was soll das Prahlen mit dem *revolutionären Geist*? Genügt es nicht, sozialdemokratisches Denken, sozialdemokratisches Empfinden, sozialdemokratisches Wollen, mit einem Wort: sozialdemokratischen Geist zu hegen und zu verbreiten? Durch das Jonglieren mit dem Begriff *revolutionär* machen wir uns schliesslich nur selbst zu Narren. Entweder berauschen wir uns dabei in Vorstellungen, denen der reelle Untergrund fehlt, und die daher eines Tages uns in die schönste Sackgasse hineinführen können, oder wir zerren einen sehr hohen Begriff auf ein sehr banales Niveau, wo er am Ende nicht mehr besagt, als etwa ein Aufschlagen mit der Faust auf den Schanktisch, was bekanntlich jeder Philister zur Not zuwege bringt.

Der *Vorwärts* hat es abgelehnt, meinen von ihm angegriffenen Artikel, wenn nicht ganz, so wenigstens in seinem entscheidenden zweiten Teil seinen Lesern zur selbständigen Beurteilung vorzulegen, mir aber Aufnahme einer etwaigen Widerlegung eines Gegenartikels angeboten. Hier ist die Widerlegung, und wir wollen nun sehen, ob der *Vorwärts* sie wirklich abdrucken wird oder nicht.



AMIT bin ich indes mit dem *Vorwärts* noch nicht fertig. Es gibt noch mancherlei mit ihm abzurechnen. Da ist zum Beispiel das Thema der Berichterstattung über die auswärtige Partei- und Arbeiterbewegung, eine Angelegenheit, die immer wichtiger wird, je enger die internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse sich gestalten. Im Prinzip sind wir darüber alle einig, aber wie steht es mit der Ausführung? Die ist oft so tendenziös, wie nur möglich. Es liegt mir durchaus fern, dem *Vorwärts* das Recht schmälern zu wollen, Vorgänge in der Arbeiterbewegung des Auslandes so zu beurteilen, wie dies seiner Überzeugung entspricht. Aber ausser dem Urteil, das auch als redaktionelle Äusserung immer nur persönliche Ansichten wiedergibt, kommt noch die sach-

gemässe Darstellung der Tatsachen in Betracht. Die Leser des *Vorwärts* sollen nicht nur wissen, wie die Redaktion über bestimmte Vorkommnisse denkt, sondern, und sogar vor allem, wie sich die Vorkommnisse tatsächlich verhalten. Die Leser haben ein Recht zu verlangen, dass die Tatsachen selbst stets wahrheitsgetreu mitgeteilt werden.

Dagegen wird nun manchesmal gefehlt, sei es von der Redaktion oder von ihren Korrespondenten. So zum Beispiel, um eine Sache herauszugreifen, über die sich in aller Ruhe sprechen lässt, letzthin bei Gelegenheit des Eintritts von John Burns in das Ministerium Campbell-Bannerman. Man kann über diesen Schritt des vielgehannten englischen Arbeiterabgeordneten selbstverständlich verschiedener Ansicht sein. Er liegt zunächst dadurch etwas anders, als seinerzeit in Frankreich der Fall Millerand, dass Burns keiner der beiden sozialistischen Parteien Englands angehört, man ihm also nicht vorwerfen kann, was Millerand — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — vorgeworfen wurde, dass er hinter dem Rücken seiner eigenen Partei den Ministerposten angenommen habe. Burns' Schritt hat in England niemand überrascht. Seit Jahr und Tag wusste man es, dass bei der nächsten liberalen Kabinettsbildung John Burns einen Posten werde angeboten erhalten, und dass er ihn diesmal nicht, wie 1894, ausschlagen werde. Auch in der sozialistischen Presse ist schon lange vorher wiederholt davon gesprochen worden. Die Organisationen, denen Burns angehört, der Arbeiterbund Battersea und der britische Maschinenbauerverband, haben denn auch Burns zur Annahme des Ministerpostens nicht etwa ihr Misstrauen, sondern ihren Glückwunsch ausgesprochen. Formell war der Vorgang unanfechtbar.

Natürlich ist er damit noch nicht erledigt. Für den deutschen Sozialdemokraten war es namentlich von Interesse, die Meinung der Sozialisten Englands über ihn kennen zu lernen. Etwas hat der *Vorwärts* denn auch darüber gebracht. Aber was, oder vielmehr, wie? In der Nummer vom 19. Dezember 1905 finden wir unter *England* eine Notiz *Die sozialistische Presse über John Burns*, in der die Urteile der *Justice* und des *Labour Leader* über den Burnsschen Schritt angeblich wiedergegeben werden. Ich sage *angeblich*, denn was den *Labour Leader*, das Organ der grösseren der beiden englischen sozialistischen Parteien, betrifft, so sind aus dessen Notiz, die der *Vorwärts* gibt, gerade die Sätze ausgelassen, die das vom *Vorwärts* Mitgeteilte erheblich qualifizieren. Hier das betreffende Stück:

»John Burns ist in einer gefährlichen Position, in einer Position, um die ihn kein richtiger Sozialist beneiden wird. Wir im *Labour Leader* werden ihn denn auch weder brandmarken, noch beschimpfen. Die, welche am schnellsten bei der Hand sind, mit Beschuldigungen, wie *Verräther* und *Abtrünniger*, um sich zu werfen, sind gewöhnlich auch die, welche sich das Recht auf sie am leichtesten erwerben. John Burns war ehemals selbst im Gebrauch solcher Titel recht verschwenderisch. Er hat jetzt eine schwere Aufgabe vor sich. Verrichtet er sie gut — kämpft er tapfer für die Armen und schlägt er die räuberische Hand der Monopolisten, die sich auf die Rechte unserer Kommunen legt, zurück —, tut er nur diese Dinge mit leidlichem Mut, so werden wir das gebührend anerkennen. Die Tugend besteht nicht darin, hart über Entgleisungen anderer zu urteilen, sondern sich selbst vor Entgleisungen zu hüten. John Burns ist böse entgleist, aber er ist darin weder der erste, noch der letzte. Die sozialistische Bewegung geht ihren Weg weiter.«

So der *Labour Leader*. Von diesem Satzstück nun bringt der *Vorwärts* nur

die hier gesperrten Stellen, wobei ausserdem die Worte *backslided badly*, statt etwa mit *bös entgleist* oder *arg zurückgegangen*, viel zu scharf mit *schmählich abgefallen* übersetzt sind und der Ausdruck *Abtrünniger* gebraucht wird, den, wie aus dem Obigen ersichtlich, der *Labour Leader* ausdrücklich perhorresziert. So empfängt der Leser einen durchaus falschen Eindruck von dem, was das Organ der *Unabhängigen Arbeiterpartei* wirklich über Burns geschrieben hat. Damit werden aber eine ganze Reihe von Vorgängen im spätern Wahlkampf, das Verhalten vieler Kandidaten des *Arbeitervertretungsbundes*, die Burns zu seinem neuen Posten beglückwünscht haben, völlig unverständlich oder erscheinen als Symptome einer starken Gesinnungsanarchie, während nur eine gewisse Objektivität im Urteil vorliegt, die sich aus dem Charakter der in Frage kommenden Persönlichkeit und dem Wesen des englischen Parteilebens erklärt.

Burns ist kein fleckenloser Charakter. Er rechtfertigt durchaus das Sprichwort *Wo viel Licht ist, ist starker Schatten*. Seinen bedeutenden Eigenschaften stehen ebenso grosse Fehler gegenüber, die ihm viele Feinde gemacht, vielen berechtigten Tadel zugezogen haben. Aber es ist lächerlich, ihn, wie es die *Justice* in der vom *Vorwärts* zitierten Notiz tut, als »Verräter« hinzustellen und davon zu reden, dass »die Arbeiterbewegung seiner endgültig losgeworden« sei. Die *Sozialdemokratische Föderation*, deren Organ die *Justice* ist, vertritt, trotz des über alles Lob erhabenen Parteieifers ihrer Mitglieder, nur erst einen kleinen Bruchteil der englischen Arbeiterbewegung — selbst die Masse der englischen Sozialisten steht ausserhalb ihrer Reihen. Ausser William Thorne, der zugleich Kandidat des *Arbeitervertretungsbundes* war, ist nicht einer ihrer Kandidaten bei dieser Wahl, die einen so grossen Aufschwung der sozialistischen Arbeiterstimmen gebracht hat, durchgedrungen. Neben anderen Ursachen findet dieser Misserfolg der ältesten sozialistischen Fraktion des heutigen England seine Erklärung auch gerade darin, dass ihre Leiter gar zu gern eine Sprache führen, die auf das famose Diktum des Sonnenkönigs *L'Etat c'est moi* hinausläuft, das heisst eine Sprache, als ob sie die Arbeiterbewegung seien. Wie die Masse der vorgeschrittenen englischen Arbeiter über Burns denkt, hat im Gegensatz zur *Justice*, in deren Schule Burns das vom *Labour Leader* mit Recht gerügte Herumwerfen mit Worten wie *Verräter* gelernt hatte, der unentwegte Sozialist Cunninghame Graham in einer Zuschrift an den *Glasgow Herald* vom 18. Dezember 1905, wie folgt, zusammengefasst:

»Was Herrn Burns betrifft, so blicken die meisten Anhänger der Arbeitersache, das heisst der Sozialisten, auf ihn als einen ehrenhaften, ehrlichen und ersten Mann und missgönnen ihm seine Beförderung nicht, geschweige denn sein Gehalt von 2000 Pfund jährlich. Aber sie bedauern, dass Herr Burns es für passend gehalten hat, ein Amt in einer Regierung anzunehmen, die so gewiss für die Interessen des *Schwitzsystems* einsteht, wie die vorige Regierung für die Interessen des *Rand* und der *Grossgrundbesitzer* eingestanden ist. Herr Burns hat ein schönes Arbeitsfeld vor — und hinter — sich, und wenn er seine grosse Erfahrung in Kommunalangelegenheiten in dem Wirken seines Amtes zur Geltung bringt, so kann er viel Gutes ausrichten. Findet er auf der andern Seite, dass das Gewicht der Kapitalisten zu gross für seine Gegenkraft ist, so wird er ohne Zweifel sein Amt niederlegen und zu seiner Arbeit im Grafschaftsrat zurückkehren.«

Ohne Vorbehalt hat die Gewerkschaftspresse — auch die der vorgeschrittenen Richtung — den Eintritt von Burns ins Kabinett als einen Erfolg der Arbeiterbewegung begrüsst, so die *Cotton Factory Times*, so das Monatsorgan des

Maschinenbauerverbandes und andere mehr. Und der Verlauf der Wahlen hat diese Einzelurteile durchaus bestätigt.

Man kann Burns mit Recht einen Vorwurf daraus machen, dass er als Sozialist ausserhalb der sozialistischen Parteien seines Landes geblieben ist. Im übrigen aber kann man ihn nur nach seinen Taten als Minister beurteilen. Wie seine Vorgänger Broadhurst und Burt, nachdem sie eine Zeitlang als Unterstaatssekretäre in liberalen Ministerien gedient, von ihren Organisationen mit Stolz wieder als Führer aufgenommen wurden, so wird es auch ihm voraussichtlich gehen. Das liegt im Geist der englischen Arbeiterbewegung, die wir als Produkt der besonderen geschichtlichen Entwicklung der Parteien Englands zu verstehen uns bestreben müssen, ehe wir Urteile über das Verhalten von Personen und Parteien abgeben.

Nicht weniger irreleitend, als jene Notiz über Burns, ist eine unter der Rubrik *Frankreich* zu findende Notiz des *Vorwärts* vom 11. Januar über die Senatswahl im Departement Héruault. Dort wird festgestellt, dass die sozialistische Föderation des bezeichneten Departements, während sie auf dem jüngsten Parteitag in Chalon nicht nur für den Antrag, der für den ersten Wahlgang die Aufstellung von Klassenkandidaturen vorschreibt, gestimmt, sondern sogar gefordert hatte, dass die Klassenkandidaturen auch für die weiteren Wahlgänge aufrecht erhalten werden sollten, bei der Wahl zum Senat schon für den ersten Wahlgang einen Kompromiss mit den Radikalen abgeschlossen habe. Dazu heisst es:

•In der *Humanité* legt Jaurès entschieden Verwahrung gegen die opportunistische Kompromisserei ein, die auf Parteitagen einen dekorativen Radikalismus zur Schau trägt.◀

Das ist aber keineswegs eine richtige Wiedergabe des Sinnes des Jaurésschen Artikels. Jaurès richtet sich gegen ganz etwas anderes. Hier seine betreffenden Ausführungen:

•Wird es mir erlaubt sein, mit Bezug auf die Wahl im Héruault eine Bemerkung zu machen? Die Kongresse unserer Partei bestimmen ihre Marschroute und ihre Taktik. Wir werden aber nur Unordnung, Willkür, Widersprüche haben, wenn der Kongress nicht der genaue Ausdruck der Denkweise der Organisationen ist. Die erste Pflicht dieser ist es, nur ernsthafte, aufrichtig gemeinte, wohlwogene Anträge an den Kongress zu bringen, die der Denkweise und der Praxis der kämpfenden Genossen wirklich entsprechen. Es besteht aber ein absoluter Widerspruch zwischen dem Mandat, welches die sozialistische Föderation Héruault ihren Delegierten zum Parteitag zu Chalon auf den Weg gegeben hatte, und der Wahlpraxis, welche diese selbe Föderation soeben unterstützt oder zugelassen hat. [Folgt die Erzählung des oben erwähnten Tatbestandes. Dann heisst es weiter:] Unter diesen Umständen ist Genosse Delhon gewählt worden. Ich habe diese Taktik nicht zu diskutieren, und ich weiss, dass Delhon ein sehr aufrichtiger Genosse ist, der im Senat seine Partei loyal vertreten wird. Aber ich muss doch bitten, dass die Föderationen sich daran gewöhnen mögen, nicht zwei Taktiken zu haben: eine intransigente und Paradetaktik für die Parteitage und eine Kompromisstaktik [tactique de transaction] für ihre eigenen Kämpfe. Wenn sie intransigent sind, so mögen sie es ebenso für sich, wie für andere sein; wenn sie aber Kompromisse machen, so mögen sie anderen die Kompromisse erlauben, die sie selbst im Interesse der Partei praktizieren zu sollen glauben.◀

Man sieht, Jaurès tadelt nicht den Kompromiss, sondern den Gegensatz zwischen dem Verhalten auf dem Parteitag und dem Verhalten in der Praxis. Das ist ein grosser Unterschied. Dies ist um so mehr festzuhalten, als die eigentliche Frage, zu der der Widerspruch zwischen Praxis und Theorie der Sozialisten

des Hérault respektive ihrer Mehrheit drängt, die nach der Zweckmässigkeit solcher die Taktik generell festlegen sollender Resolutionen ist. Die Geschichte der Sozialdemokratie aller Länder ist die Geschichte immer wiederkehrender Durchbrechungen solcher Resolutionen, wobei es sich keineswegs stets nur um Erhaschung von Mandaten gehandelt hat, sondern wiederholt wichtige Wendungen in der ganzen politischen Situation des betreffenden Landes in Frage kamen. Die Ansichten von Jaurès mögen den einzelnen Genossen so gewichtig oder so unwesentlich erscheinen, wie sie wollen. Aber unzulässig ist es, Jaurès etwas anderes sagen zu lassen, als er wirklich gesagt hat.



O viel zur Behandlung der Auslandsfrage im *Vorwärts*. Ich will mich auf diese zwei Fälle beschränken, die ich deshalb herausgegriffen habe, weil es sich dabei um Verstösse handelt, die nicht notwendig auf tendenziöse Absicht schliessen lassen, und gehe nun zu einer anderen Frage über, bei der ich der Notwendigkeit enthoben bin, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Ich meine die Behandlung der Demonstrationen der Sozialdemokratie in Preussen gegen das Dreiklassenwahlssystem in Preussen von seiten der freisinnig-liberalen Presse.

Wenn es eine politische Frage in Deutschland gibt, an der diejenigen, deren Liberalismus nicht Freiheit des Kapitals, sondern freie Entwicklung der Volkskräfte heisst, genau so interessiert sind, wie die Sozialdemokratie, so ist es die der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems in Preussen. Wie dieses System die Sozialdemokratie jeder Vertretung im preussischen Landtage beraubt hat, so hat es zugleich den freisinnigen Liberalismus dort auf eine verschwindende, ganz und gar einflusslose Minderheit heruntergebracht. Beweis dafür unter anderm gerade das Schicksal der von den Freisinnigen im Laufe der Jahre eingebrachten Anträge auf Milderung dieser oder jener Härten des bestehenden Wahlsystems. Sie sind von der konservativ-klerikalen Mehrheit jedesmal kaltblütig abgewiesen worden. Von dem Parlament selber war nicht einmal eine Milderung, geschweige denn die Beseitigung dieses Wahlsystems zu erwarten. Der Anstoss musste von aussen, durch den Druck einer scharfen Volksbewegung erfolgen. Das war so klar, dass es nachgerade selbst dem politischen ABC-Schützen einleuchten musste.

In jedem anderen Lande hätte man auf bürgerlich radikaler Seite das auch eingesehen. Und wenn man nicht den Mut oder die Kraft hatte, selbst eine solche Volksbewegung zu veranstalten, so hätte man sich wenigstens ihr, wenn sie von anderer Seite ins Werk gesetzt wurde, möglichst fördernd zur Seite gestellt. Was aber geschah bei uns? Kaum, dass die Absicht der Sozialdemokraten bekannt wird, an einem bestimmten Tage in ganz Preussen grosse Demonstrationen gegen das Dreiklassenwahlssystem abzuhalten, und hier und da die Meinung verlautbart, die Demonstrationen nicht auf Versammlungen in geschlossenen Räumen zu beschränken, sondern auch Strassenumzüge stattfinden zu lassen, so zieht mit sehr wenigen Ausnahmen unsere ganze freisinnige Presse in fast denunziatorischer Weise gegen solches unerhörte Unterfangen der Sozialdemokratie aufs heftigste los und konstatiert mit Genuß, dass die Regierung die erforderlichen Massregeln getroffen habe, Strassendemonstrationen der Sozialdemokratie zu verhindern.

Das ganze Elend unseres politischen Lebens prägt sich in diesem Vorkommnis

aus. In jedem Lande mit freiheitlichen Einrichtungen gehört das Rechr. in gegebenen Fall die Strassen zu politischen Demonstrationen in Anspruch zu nehmen, zu den anerkannten notwendigen Rechten des politischen Kampfes. Volksversammlungen in geschlossenen Räumen wirken auf ihre Besucher, aber nicht auf die grosse Masse der Neutralen und der Indifferenten. Diese zum Nachdenken zu bringen, ihnen und den jeweilig Regierenden zu zeigen, wie grosse Massen eine Reform oder sonst eine Änderung der Politik verlangen, ist die Aufgabe der Strassendemonstration. Diese Form der Willenskundgebung ist dort um so unentbehrlicher, wo die vorhandenen Versammlungslokalitäten nicht ausreichen, um die Masse der zur Demonstration Entschlossenen zu fassen, oder durch Beeinflussung der Wirte u. s. w. ihnen unzugänglich gemacht sind.

Statt die Behörden zu ermutigen, gegen die Strassendemonstrationen Massnahmen zu treffen, hätten wirklich freisinnige Politiker und Schriftsteller darauf dringen müssen, dass die Behörden diesen Demonstrationen möglichst wenig Schwierigkeiten in den Weg legten und nur dafür sorgten, dass eine gewisse Ordnung dabei beobachtet werde. Wie leicht dies möglich ist, haben die Riesendemonstrationen in der Weltstadt London gezeigt, wo jedesmal Polizei und die demonstrierenden Parteien selbst die Ordnung aufrechtzuerhalten wussten und wissen. Eine vorher angekündigte Strassendemonstration organisierter Parteien hat noch nie und nirgends zur Revolution geführt, wo nicht, wie am 22. Januar vorigen Jahres in Petersburg, die Militärgewalt in frevelhafter Weise selbst mit dem Blutvergiessen anfang. Anstatt dies der Regierung vorzuhalten, hat unsere freisinnige Presse durch ihre hysterischen Ausbrüche über die blossе Absicht, das Recht der Strasse in Anspruch zu nehmen, wieder einmal nur die Geschäfte des Scharfmachertums besorgt, das sich daraufhin um so unterdrückungswütiger gebärdete und noch gebärdet. Der ganze Jammer des Parteiwesens in Preussen überkommt einen, wenn man all die Geschmacklosigkeiten und Taktlosigkeiten Revue passieren lässt, welche die massgebende Presse derjenigen Partei über die Wahlrechtsdemonstrationen ausgeschüttet hat, die alles hätte aufbieten müssen, um mit dabei sein zu können. Denn wozu ist eine Partei, die sich *freisinnig-demokratisch* nennt, überhaupt da, wenn sie immer und immer wieder grade da versagt, wo um elementare Volksrechte gekämpft wird? Hätte die englische liberale Partei sich bei gleichen Anlässen ebenso jammervoll aufgeführt, wie in diesen Tagen die grosse Freisinnspresse, sie wäre sicherlich nicht zu der Machtstellung gelangt, die sie heute einnimmt. Aber unser Freisinn steht in diesen Dingen nicht nur tief unter seinem englischen Namensvetter, er wird, was den Sinn für politische Freiheit anlangt, selbst von einem grossen Teil der englischen Konservativen übertroffen. Er ist wirklich hoffnungslos verphilistert.

Die Demonstrationen sind vorüber. Polizei und Militär waren aufgeboden, Manifestationen auf der Strasse zu verhindern — gewaltsam, aber mit einem gewissen taktvollen Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie in der Vermeidung zweckloser Zusammenstösse. Es ist das letztere um so eher anzuerkennen, als das Massenpolizeiaufgebot und die Bereitstellung von Militär in den grossen Zentren vollen Ersatz für das geboten hat, was Strassendemonstrationen leisten sollen: Aufrüttelung der Geister, Einwirkung auf die Masse der Gleichgültigen und Gedankenlosen. Unzählige, die sich sonst

durch ihre *parteilose* Presse einschläfern lassen, sind am 21. Januar durch die Polizeimassnahmen darauf aufmerksam gemacht worden, dass in der breiten Masse der Bevölkerung der feste Entschluss vorherrscht, die Entrechtung durch das Dreiklassenwahlssystem nicht länger stillschweigend zu ertragen. Das ist schon ein wertvoller erster Erfolg. Was will es ihm gegenüber verschlagen, wenn freisinnige Blätter die Albernheit so weit treiben, hinterher nachzurechnen, wieviel Leute weniger in den Versammlungen waren, als die Sozialdemokratie an den einzelnen Orten Wähler zählt! Als ob nicht gerade die beschränkte Fassungskraft der der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Lokale für das Recht spräche, gegebenenfalls die Strasse zur Demonstration benutzen zu dürfen — ein Recht, von dem das Volk überall, wo es ihm zusteht, nur verständigen Gebrauch zu machen befiessen ist. Die Arbeiter Preussens haben es nicht, aber die Polizei hat sie entschädigt, indem sie selbst für sie demonstriert hat. Der Stein ist ins Rollen gebracht worden, er wird nicht mehr zum Stillstand kommen, bis das Dreiklassenwahlssystem gefallen ist.

XX

EMILE VANDERVELDE · FRAUENSTIMMRECHT IN BELGIEN?

IN Deutschland hat sich das Gerücht verbreitet, die belgische Regierung sei entschlossen, das Frauenstimmrecht zu oktroyieren. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Unsere belgischen Klerikalen denken ebensowenig an die Einführung des Frauenstimmrechts, wie an die des gleichen Stimmrechts für die Männer. Solange sie die Macht noch in den Händen haben — was übrigens, wenn nicht alles täuscht, nicht gar so lange mehr sein wird —, werden sie sich mit allen Mitteln um die Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts bemühen, das, unter Ausschluss der Frauen, den Reichen das zweifache oder dreifache Stimmrecht gibt. Der einzige Umstand, der zur entgegengesetzten Annahme geführt hat, ist dieser: Als unlängst ein katholischer Abgeordneter, Verhaegen, über oder vielmehr gegen den von uns der Kammer unterbreiteten Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Kommunal- und Provinzialkörperschaften berichtete, erklärte er, dass manche Katholiken der Ansicht seien, an dem Tage, wo sich eine Mehrheit für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zusammenfinde, werde das Frauenstimmrecht eine »konservative Garantie« abgeben. Mit dieser Erklärung hat Abgeordneter Verhaegen nur eine Taktik fortgesetzt, zu der die Konservativen schon früher ihre Zuflucht genommen hatten, nämlich zur Zeit der Kampagne für das allgemeine Wahlrecht, die schliesslich zu dem Generalstreik des Jahres 1902 führte.

Am 27. November 1900 legten die sozialistischen Abgeordneten der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf über die Aufstellung von Listen für die Wähler zu den kommunalen und provincialen Körperschaften vor. Gemäss dem Programm der belgischen Arbeiterpartei, das »das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes« fordert, schlugen sie die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsbürger, Männer und Frauen, vom 21. Lebensjahre ab vor.

Dieser Gesetzentwurf wurde von der in ihrer grossen Mehrheit aus Katholiken bestehenden Zentralsektion der Kammer¹⁾ abgelehnt. Was das Frauenstimmrecht anlangt, so begründete damals der Berichterstatter, ebenfalls der Abgeordnete Verhaegen, den ablehnenden Standpunkt seiner Parteifreunde mit den folgenden Worten:

„Zur Begründung der Gewährung des Frauenstimmrechts beruft man sich auf Motive ganz verschiedener Natur. Einmal auf praktische Gründe: die Interessen, die die Frau zu verteidigen hätte; die Art und Weise, wie sie ihre politische Rolle spielen werde etc. Zum andern auf den Grundsatz vollständiger Gleichberechtigung der Geschlechter, den die sozialistische Partei auf Grund ihres Programms zu verwirklichen sucht. Das von der sozialistischen Partei formulierte Prinzip — bestimmt zur Einführung in die Grundrechte der neuen Zivilisation, mit der jene Partei die Menschheit beglücken will, — ist das Widerspiel jenes Prinzips, dem die christliche Zivilisation in der Welt zum Siege verholfen hat. Die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter, mit ihren notwendigen moralischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen, würde die Herrschaft des Christentums stürzen, das die organisierte Familie zur Grundlage der menschlichen Gesellschaft gemacht hat, und das bei dieser Organisation der Familie den Tatsachen und den Gesetzen der Natur gefolgt ist. Heute ist der Mann das Oberhaupt der Familie. Als solches hat er Rechte, aber auch Pflichten. Wenn er die Frau an den Wahlurnen und in den gesetzgebenden Körperschaften vertritt, so verteidigt er doch auch den vom Eroberer bedrohten häuslichen Herd; wenn er in wirtschaftlichen Dingen der Vormund seiner Lebensgefährtin und seiner Kinder ist, so ist er es doch auch auf der anderen Seite, dessen Arbeit, in einer wohlgeordneten Gesellschaft die Existenz der Frau und der kleinen Kinder sichert. Wenn er das Oberhaupt der Gemeinschaft ist, so schuldet er dafür doch auch dem Weibe Hilfe und Schutz. Der schonungsbedürftige Organismus der Frau, der damit verknüpfte Charakter ihrer geistigen Fähigkeiten, die Funktionen der Mutterschaft, das alles erheischt gebieterisch den Schutz, den der Mann gewähren muss, und eine ganz besondere Rücksichtnahme, die mit der Proklamierung der vollkommenen Gleichheit der Geschlechter auf immer unvereinbar sind. Die Mehrheit der Zentralsektion hat daher dem vorgeschlagenen Grundsatz die Billigung verweigert und die Gesetzesbestimmungen abgelehnt, die den Frauen das Stimmrecht verleiht. Mehrere Mitglieder wollten indessen durch diese Abstimmung nicht den Wert gewisser praktischer Motive verkannt wissen, die einer der Urheber des Vorschlages entwickelte, und die oben angemerkt worden sind. In dem Augenblick, wo das allgemeine Wahlrecht in seiner einfachsten Form eingeführt und die dem Familienvater durch das Pluralwahlssystem zugebilligte doppelte Stimme ihm genommen würde, würden die Interessen der Frau schlechter vertreten sein, als heute. Wenn also das falsche Prinzip der vollkommenen Gleichheit des Wahlrechts in Belgien einmal den überwiegenden Einfluss der blossen Zahl ausschlaggebend machen sollte, dann dürfte man nicht die Hälfte der majorennen Bevölkerung, nämlich die Frauen, von der Wahlurne fernhalten, zumal diese, von verschiedenen Gesichtspunkten aus, den Ordnungsparteien wertvolle Garantien und eine sichere Entschädigung für drohende Verluste garantierten.“

Wie sich daraus ergibt, gaben die Katholiken oder, richtiger gesagt, einige Katholiken, die prinzipiell Gegner des Frauenstimmrechts sind, zu verstehen, dass sie gegebenenfalls dafür stimmen würden, weil die Abstimmung der Frauen ihnen zur Aufrechterhaltung der klerikalen Herrschaft geeignet erschien. Das genügte natürlich, um die Liberalen und Radikalen zum einmütigen Widerspruch gegen den sozialistischen Vorschlag zu treiben. Mehrere von ihnen, die sich früher mit uns für das Frauenstimmrecht ausgesprochen hatten, kehrten unserer Forderung den Rücken, als sie, übrigens zu Unrecht, glaubten, sie habe Aussicht auf Verwirklichung. Ich würde nicht vollständig sein, wenn ich nicht anfügte, dass sich sogar in den Reihen der Sozialisten abweichende

¹⁾ *Zentralsektion* nennt man in Belgien die von der in Sektionen eingeteilten Kammer gewählte Kommission zur Vorprüfung von Gesetzesvorschlägen.

Meinungen bemerkbar machten, die lediglich aus Achtung vor dem Programm in der Öffentlichkeit nicht hervortraten. Viele von unseren Genossen teilten mit den Liberalen und Radikalen die Meinung, dass die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht in Belgien die Verewigung der klerikalen Herrschaft zur Folge haben werde.

Was mich angeht, so kann ich dieser Meinung nicht beitreten. Ich denke natürlich gar nicht daran, zu bestreiten, dass bei einer plötzlichen Einführung des Frauenstimmrechts in einem Lande wie Belgien das Verhältnis der abgegebenen reaktionären Stimmen bei den Frauen grösser, als bei den männlichen Wählern, sein würde. Immerhin übertreibt man die Bedeutung, die von diesem Gesichtspunkt aus der Einführung des Frauenstimmrechts beiwohnt, ganz bedeutend.

Es ist gewiss wahr, dass die Frauen dem direkten Einfluss des Priesters und Beichtvaters stärker unterliegen, als die Männer. Um sich aber die wahrscheinlichen Ergebnisse ihres Eingreifens bei den Wahlen klar zu machen, darf man zweierlei nicht übersehen: einmal, dass heute viele Männer unter dem Einfluss der Frauen stimmen, und dann, dass nach der Einführung des Frauenstimmrechts auch viele Frauen unter dem Einfluss der Männer stimmen würden. Da Mann und Frau der selben Klasse angehören und die gleichen wirtschaftlichen Interessen zu vertreten haben, so würden sie in Wirklichkeit zumeist den selben Stimmzettel abgeben. Dass natürlich auch Ausnahmen von dieser Regel vorkommen würden, weiss ich wohl. Ich gebe sogar zu, dass diese Ausnahmen zahlreich sein würden. Aber, wenn es nicht zweifelhaft sein kann, dass die ersten Abstimmungen nach Einführung des Frauenwahlrechts in einem katholischen Lande den Konservativen und reaktionären Parteien günstig sein werden, wer will auf der anderen Seite die unschätzbaren Vorteile der politischen Emanzipation der Frauen für die zukünftige völlige Befreiung des Proletariats abmessen? Heute lastet die weibliche Hälfte der Arbeiterklasse wie ein totes Gewicht auf der anderen Hälfte. Die zumeist zu ebenso harter Arbeit, wie die Männer, gezwungenen Frauen nehmen am sozialen Leben sozusagen überhaupt nicht teil. Ohne Gegengewicht sind sie dem Einfluss der Kirche ausgeliefert. Abgesehen von bewundernswerten Ausnahmen greifen sie in die von ihren Männern geführten Kämpfe nur ein, um sie zu hindern und zurückzuhalten. Nun nehme man dagegen an, dass sie das Stimmrecht besässen. Dann würde sich das Bild sehr schnell ändern. Abgesehen von anderen und höheren Erwägungen hätten alle Parteien schon im Hinblick auf die Wahlen ein Interesse daran, ihre sozialpolitische Erziehung zu fördern. Eine Menge von Männern, die heute nicht das Geringste dafür tun, ihre Frauen dem Klerikalismus zu entreissen, wären dann schon durch die Macht der Tatsachen gezwungen, sich mit ihnen über ihre gemeinsamen Interessen zu besprechen.

Das erkennen die meisten Katholiken ganz gut. Sie wissen ganz genau, dass die Reaktion mit dem Frauenwahlrecht ihre letzten Reserven einsetzen würde, und dass nach kaum zwanzig Jahren die proletarischen Frauen den Kampf gegen den Kapitalismus und seine beiden Auswüchse, den Militarismus und den Klerikalismus, mit der selben grossen Leidenschaft führen würden, wie ihre Männer. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass die klerikale Partei in Belgien niemals ernstlich an die Einführung des Frauenstimmrechts gedacht

hat. Die Erklärungen einiger ihrer Mitglieder hatten gar keinen anderen Zweck, als den, die Freunde des allgemeinen Männer- und Frauenwahlrechts zu trennen und dem liberalen Bürgertum einen Vorwand zur Bekämpfung der sozialistischen Vorschläge zu geben, ohne dass sie dabei das Prinzip der politischen Gleichberechtigung ausdrücklich zu bekämpfen brauchte. Tatsächlich sprachen sich im Augenblicke der entscheidenden Abstimmung alle bürgerlichen Abgeordneten (liberale, wie katholische) mit Ausnahme eines einzigen, der sich der Stimme enthielt, gegen das Frauenwahlrecht aus, und einzig und allein die Mitglieder der sozialistischen Fraktion stimmten dafür.

Dürfen wir unter diesen Umständen in der Agitation für die gleichzeitige Gewährung des Wahlrechts an Männer und Frauen fortfahren, auf die Gefahr hin, die erste dieser Reformen zum Scheitern zu bringen, ohne die Aussichten auf Erfolg für die zweite zu verbessern? Der *Verband der sozialistischen Frauen* musste sich darüber klar werden. Trotz des Widerspruchs einer energischen Minderheit sprach er sich für eine Vertagung der Frage des Frauenstimmrechts bis nach Lösung der Frage des allgemeinen Stimmrechts für die Männer aus. Inzwischen wollten die Sozialisten — diese Verpflichtung wurde ihnen auferlegt — eine lebhaft propagandistische Aktion für den Anschluss der Arbeiter an die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der belgischen Arbeiterpartei entfalten. Diesen bald darauf vom Parteitag gebilligten Beschluss hat man im allgemeinen als eine den Liberalen gemachte indirekte Konzession angesehen, um ihnen jeden Vorwand zur Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts der Männer zu nehmen. Daran ist etwas Wahres. Viele Parteigenossen, die überzeugte Anhänger des Frauenstimmrechts sind, haben sich gesagt, dass man nicht gleichzeitig zwei Hasen nachjagen kann, ohne Gefahr zu laufen, keinen zu erwischen. Die hypothetische Zustimmung der Klerikalen zum Frauenstimmrecht war nur ein taktisches Manöver. Das allgemeine Wahlrecht der Männer steht heute aber auf dem Programm aller Oppositionsparteien.

Immerhin hiesse es die Lage in einem falschen Lichte zeigen, wenn man behaupten wollte, das seien die einzigen Gründe für die Vertagung der Frage des Frauenstimmrechtes gewesen. Die Wahrheit — mag es auch peinlich sein, sie auszusprechen — ist, dass das Frauenstimmrecht nicht nur in der liberalen Bourgeoisie, sondern auch in der sozialistischen Arbeiterklasse auf Widerstand stößt. Man bekämpft es freilich nicht offen, da es doch nun mal im Parteiprogramm steht. Man stimmt ihm prinzipiell zu, weil man sich sonst ausserhalb der Reihen des Sozialismus stellen würde. Wenn man aber manche Arbeiter auf die Gleichberechtigung und Gleichheit der Geschlechter anredet, und zwar nicht in der Öffentlichkeit des Parteitages, sondern in der Intimität der persönlichen Unterhaltung, dann sieht man sofort, dass die Frauen, die das Wahlrecht erstreben, zunächst erst einmal eines besorgen müssen: nämlich die Sozialisten selbst von der Notwendigkeit der Verwirklichung dieses Programmpunktes zu überzeugen. Ich glaube übrigens nicht, dass derartige Anschauungen nur in Belgien existieren. Man findet sie ganz allgemein, und namentlich überall dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung katholisch ist. Aber das ist für die Anhänger des Frauenwahlrechts nur ein Grund mehr, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um Vorurteile und Besorgnisse zu zerstreuen, die der klerikale Einfluss wohl erklärt, aber nicht rechtfertigt.

In einem Lande wie Belgien, in dem die Frauen den vierten Teil (25%) der

industriellen, fast die Hälfte (42%) der ländlichen Arbeiterschaft stellen, ohne die Lehrerinnen, die Verkäuferinnen, die Dienstmädchen zu rechnen, ist es geradezu unglaublich, dass sie keinerlei Mittel haben, um ihre eigenen Interessen zu vertreten, ja, dass sie nicht einmal das Recht haben, bei den Wahlen der Schiedsgerichte und der Industrie- und Arbeitsräte mitzustimmen. Wenn man meint, dass man schrittweise vorgehen müsse, so ist dagegen nichts einzuwenden. Mag man zunächst erst einmal mit den Wahlen zu den Gewerbeschiedsgerichten beginnen, dann zu den der Verwaltungskörperschaften und zuletzt zum allgemeinen Wahlrecht übergehen. Aber es hiesse, einer blossen Mandatspolitik zuliebe die Interessen des beladensten Teiles des Volkes ganz zu Unrecht aufopfern, wenn man den Frauen das Wahlrecht unter dem Vorwande vorerhalten wollte, ihr Platz sei am häuslichen Herd — den selben Frauen, die der Kapitalismus zu den schwersten Arbeiten in Werkstatt und Fabrik gezwungen hat. Vom sozialistischen Standpunkt aus wäre das auch die allerbeklagenswerteste Taktik, weil man damit die Hälfte der Menschheit den konservativen Einflüssen widerstandslos preisgeben würde, die sie von allen Seiten umgeben.

Man hat hundertmal gesagt und hundertmal damit recht gehabt: Der Sozialismus wird, wie alle früheren grossen Umwälzungen, erst an dem Tage siegen, wo die Frauen nicht mehr gegen, sondern für ihn sein werden.

XX

TOM MANN · ARBEITERVERHÄLTNISSE UND SOZIALISMUS IN AUSTRALIEN



SEIT ich vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift die Lage der australischen Arbeiter dargestellt habe¹⁾, war das Wachstum der Arbeiterpartei in diesem Erdteil ein beträchtliches und dürfte den deutschen Genossen viel Interesse bieten. Deshalb möchte ich kurz die Entwicklung schildern, die sich hier vollzogen hat, und sie nach ihrem wahren Wert abzuschätzen suchen.

Die Leser müssen sich freundlichst erinnern, dass der australische *Commonwealth* sechs Einzelstaaten umfasst, fünf auf dem Kontinent und die Insel Tasmania. Jeder dieser sechs Staaten hat seine besondere Regierung, die aus einem von der britischen Regierung bestätigten Gouverneur und zwei Parlamentshäusern besteht: einer gesetzgebenden Versammlung (Unterhaus) und einem gesetzgebenden Rat (Oberhaus). Über dem Ganzen steht das Bundesparlament, das gleichfalls aus zwei Häusern besteht: dem Hause der Repräsentanten (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus). Dieses Bundesparlament wurde im Jahre 1900 begründet. Die Wahlen finden alle drei Jahre statt. Die zweite Wahl fiel in den Dezember 1903, und die Arbeiterpartei gewann eine Anzahl Sitze. Das Repräsentantenhaus zählt 75 Mitglieder. Die Zahl der Vertreter jedes Einzelstaates wird nach der Einwohnerzahl bestimmt. Die Gesamtzahl der Senatsmitglieder beträgt 36, und zwar 6 für jeden Staat, gleichviel mit welcher Einwohnerzahl. Das Wahlrecht für beide Häuser

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Einiges über die Lage der Arbeiterklasse in Australien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 917 ff.

lautet für alle Erwachsenen, das heisst es haben es alle Männer und Frauen, die ein Jahr lang in Australien ansässig sind und das Alter von 21 Jahren erreicht haben.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Abgeordneten für jeden Einzelstaat und das Verhältnis der Arbeitervertreter zu den Gesamtvertretern. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses verteilen sich, wie folgt:

Staat	Arbeitervertreter	Gesamtvertreter
Neusüdwest	7	27
Victoria	3	22
Südaustralien	3	7
Queensland	7	9
Westaustralien	4	5
Tasmania	1	5
insgesamt	25	75

Danach hat die Arbeiterpartei 25 von 75 Sitzen, also genau ein Drittel. Im Senat entfallen auf sie 14 Mitglieder von im ganzen 36; davon entsandten Queensland 5 Arbeiterabgeordnete, Westaustralien 4, Südaustralien 3, Victoria und Tasmania je 1 und Neusüdwest keinen.

Das Programm oder die Grundforderungen der Arbeiterpartei, mit denen sie den letzten Wahlkampf ausfocht, waren folgende:

1. Aufrechterhaltung eines *weissen Australiens*²⁾;
2. Obligatorische Schiedsgerichte³⁾;
3. Altersversicherung;
4. Verstaatlichung der Monopole;
5. Eine nationale Volkswehr und eine eigene australische Flotte;
6. Einschränkung der Auflegung von Staatsanleihen;
7. Schiffahrtsgesetze zum Schutz der australischen Schiffahrt;
8. Eine Bundesbank; bundesstaatliche Lebens- und Feuerversicherung;
9. Ein Bundespatentgesetz;
10. Einheitliche Gewerbegesetzgebung für alle Staaten.

Der gemässigte Charakter dieses Programms liegt auf der Hand: die schärfsten Forderungen sind unter 2 und 4 enthalten. Gegenüber dem Schiedsgerichtsgesetzesentwurf verhielten sich die Kapitalisten äusserst feindselig; aber er drang dennoch durch und ist jetzt Gesetz. Allerdings ist es noch nicht in Kraft getreten, da der Gerichtshof noch nicht ernannt ist. Die Forderung der Verstaatlichung der Monopole wurde von den verschiedenen Kandidaten verschieden ausgelegt, je nach ihrer Auffassung des Sozialismus und ihrem Glauben an den Sozialismus. Etwa von der Hälfte der Kandidaten lässt sich behaupten, dass sie die sozialistischen Prinzipien gut begriffen haben, die andere Hälfte entspricht dem Typus der bisherigen englischen liberalen Arbeitervertreter, die jetzt von der selbständigen Arbeiterpartei abgelöst werden. Bei den Debatten über die Schiedsgerichtsvorlage im April 1904 — zur Zeit, als Alfred Deaken Ministerpräsident war — wurde das damalige Ministerium durch die vereinten Kräfte der Arbeiterpartei und der Konservativen gestürzt.

²⁾ Das bedeutet den Ausschluss der Asiaten und Afrikaner aus Australien.

³⁾ Das heisst ein Bundesgesetz, betreffend obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten und Entscheidung bei Streiks und Aussperrungen.

Ans Ruder kam das (Arbeiter-)Ministerium Watson. Es hielt sich bis zum August 1904 und brachte das Schiedsgerichtsgesetz um verschiedene Etappen vorwärts, fiel aber schliesslich gerade bei den Verhandlungen über eben diese Vorlage. Vom Standpunkt des Sozialismus ist der Tatsache keine grosse Bedeutung beizumessen, dass vier Monate lang die Sitze des Ministeriums von Arbeitervertretern eingenommen waren, wenn nicht aus dem Grunde, dass sich unter diesen Arbeitervertretern Männer von angesehener Stellung, von Kenntnissen und reifer Lebenserfahrung fanden. Von den acht Männern, die unter dem Ministerium Watson Ministersitze inne hatten, wurde nicht ein einziger als ein Vertreter aller Forderungen der Sozialdemokratie betrachtet; die Vorgeschrittensten unter ihnen gingen kaum über eine milde Art des Staatssozialismus hinaus, und während der letzten paar Monate hat Watson bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, er sei nicht Sozialdemokrat, sondern Staatssozialist. Indes darf man nicht vergessen, dass bis vor ganz kurzer Zeit in Australien sehr wenig sozialistische Agitation betrieben wurde, so dass selbst noch vor vier Jahren fast sämtlichen jetzigen Arbeitervertretern die sozialistischen Lehren tatsächlich völlig fremd waren. In den beiden am dichtesten bevölkerten Staaten, in Neusüdwesten und in Victoria, drehte der Wahlkampf sich hauptsächlich um handelspolitische Fragen; Neusüdwesten hatte sich mit grosser Mehrheit für den Freihandel erklärt, Victoria mit ähnlicher Mehrheit für eine Schutzzollpolitik. Die Gewerkschafter waren einfach Sozialreformer sehr milden Charakters; kaum einer unter ihnen hatte irgend einen Begriff davon, was die kapitalistische Gesellschaft eigentlich war oder ist; vielmehr glaubten sie, dass eine Verbesserung dieser Gesellschaft alles sei, was sich sowohl durch gewerkschaftliche, wie durch politische Aktion etwa erreichen lasse.

Während der drei Jahre meines hiesigen Aufenthalts habe ich jeden der sechs Staaten besucht; ich habe in allen Hauptstädten und den meisten anderen Hauptplätzen Vorträge für die Sozialdemokratie gehalten, und überall bin ich von hervorragenden Vertretern der australischen Presse als ein *europäischer Agitator* verschrien worden, der keinerlei Kenntnis der Bedürfnisse Australiens habe und eine Politik predige, die zu absolut nichts nutz sei, also genau die selben Albernheiten, die uns aus der bürgerlichen Presse aller Länder so gut bekannt sind. Das bestätigt indessen nur unsere Behauptung, dass die Australier noch vor vier Jahren die Bestrebungen des Sozialismus weder kannten, noch imt ihnen sympathisierten; aber obwohl noch vieles wird geschehen müssen, ehe sich dort ein allgemeines Verständnis der Klassengegensätze Bahn brechen wird, kann man doch mit Sicherheit und ohne Übertreibung behaupten, dass die gegenwärtige Richtung der Dinge in den Reihen der Arbeiterschaft deutlich zum Sozialismus hinweist.

In Europa mag es für den kosmopolitisch Denkenden schwer sein, zu begreifen, weshalb seitens der australischen Arbeiterschaft so streng an der Aufrechterhaltung eines *weissen Australiens* festgehalten wird. Aber es ist weniger schwer, das zu verstehen, wenn man dort ist und Gelegenheit hat, die Wirkungen der Beschäftigung von Farbigen zu beobachten. Es gibt in Australien Chinesen, Hindu, Assyrier, Kanaken und Japaner, und in einigen städtischen Industrien sind die Farbigen der überwiegende Faktor. Dies ist auch der Fall in der Bananenzucht Queenslands, die ausschliesslich

in den Händen von Chinesen ist. Die Arbeit in den Zuckerrohrpflanzungen befand sich hauptsächlich in den Händen von Kanaken, die von ihren Heimatinseln unter Bedingungen herübergebracht wurden, die ihnen zwar nominelle Freiheit liessen, sie aber tatsächlich versklavten. Die Kanaken müssen sich verpflichten, für ihren Arbeitgeber (in Wahrheit Sklavenhalter) drei Jahre lang zu arbeiten. Als Lohn erhalten sie Nahrung, Wohnung und 2 Mark 50 Pfennig wöchentlich in bar, ferner zwei Garnituren Kleider — eine Garnitur besteht aus einem Paar sehr grober Beinkleider, einem rauhen Hemd und einem Hut — pro Jahr. Weisse könnten diese Arbeit in jeder Einzelheit genau so gut verrichten, aber sie würden sechsmal so viel Lohn dafür fordern. Ich habe persönlich die Bedingungen untersucht, unter denen diese Kanaken arbeiten, und beobachtet, wie sie behandelt werden, und ich erkläre, dass es sich positiv um eine Sklaverei handelt. Ich habe gesehen, was als Frühstück für achtzig Mann herbeigebracht wurde, bevor sie an eine fünfständige, ununterbrochene Arbeit gingen. Die Nahrung bestand aus $\frac{3}{4}$ Pfund trockenen, weissen Brotes; weder Fleisch, noch Butter, noch Sirup, noch sonst etwas ausser Brot, bis auf eine Tasse Tee als Getränk. Zu Mittag und zum Abend werden etwa $\frac{1}{4}$ Pfund Fleisch gegeben, aber unter empörenden Umständen. Die dunkelhäutigen Menschen hocken sich nieder; weder Teller, noch Messer, noch Gabel, noch Löffel werden ihnen gebracht und sehr selten ein Tisch oder Sitze. Diese von ihren Frauen getrennten Männer arbeiten und essen wochenlang gemeinsam; gelegentlich am Schluss der Woche gehen sie in die Städte. Den Wirtshausbesitzern ist es untersagt, ihnen spirituöse Getränke zu verkaufen; aber andere Farbige, wie Chinesen und Japaner, können Spirituosen erhalten und versorgen sie freigebig damit; die Folgen sind dann häufig Roheiten schlimmster Art. Die Kanaken dürfen nicht in jeder Art Arbeit beschäftigt werden; so ist es gegenwärtig verboten, sie in den Zuckermühlen arbeiten zu lassen; dennoch benutzen die Arbeitgeber sie stets zu jeder nur denkbaren Beschäftigung, oft genug den Gesetzen zum Trotz. Dadurch suchen sie den weissen Arbeiter in Abhängigkeit zu erhalten, um fortgesetzt den Herrenstandpunkt hervorkehren zu können, was denn auch in der schonungslosesten Weise geschieht. So hat sich für mich als Resultat einer sehr genauen persönlichen Untersuchung ergeben, dass die Wirkungen der farbigen Arbeit in Queensland in den Bananen- und Zuckerpflanzungen in jeder Beziehung unheilvolle sind und in der verderblichsten Weise die Lebenshaltung der weissen Arbeiter beeinflussen.

In den Zuckerfabriken, wo das Zuckerrohr zerstampft wird, arbeiten Europäer; aber sie haben sämtlich zwölfstündige Arbeitsschicht. Die Fabriken sind Tag und Nacht in Betrieb mit nur einmaligem Schichtwechsel. Der Lohn für diese lange Arbeit ist nicht entsprechend hoch, da er durchschnittlich nur etwa 25 Mark wöchentlich beträgt neben Beköstigung und Wohnung in Baracken. Das Schlimmste aber ist, dass die Arbeit nur etwa sechs Monate im Jahre dauert. Dann werden 90% der Arbeiter entlassen, um wieder die mühselige Wanderschaft aufzunehmen und durch das Land zu trotten, ohne doch vor der nächsten Arbeitssaison etwas anderes zu finden, als gelegentliche grobe Arbeit. Die Leute sind gewerkschaftlich gar nicht und politisch nur mangelhaft organisiert; aber ein grosser Teil davon stimmt bei den Wahlen für den Arbeiterkandidaten. Warum sie sich eigentlich

nicht gewerkschaftlich organisiert haben, ist schwer zu sagen; aber einer der Gründe ist sicher dieser wechselnde Charakter ihrer Beschäftigung. Natürlich ist das keine Entschuldigung; aber gewöhnlich pflegt überall, wo nur periodische Arbeit herrscht, die Organisation schwach zu bleiben.

Ebensowenig sind die Bergarbeiter in Queensland organisiert, obgleich sie den Achtstundentag haben und die Löhne für gut gehalten werden: 50 Mark wöchentlich. Trotzdem ist die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach, viel schwächer, als vor 1890, dem Jahre des Beginns der politischen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt machen sich die schädlichen Folgen der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Organisation besonders bemerkbar. Gegenwärtig ist Charters Towers in Nordqueensland die hervorragendste Bergarbeiterstadt Queenslands und nächst der Hauptstadt des Staates, Brisbane, überhaupt die grösste Stadt. Die Einwohnerzahl von Charters Towers beträgt 21 000. Davon sind etwa 5500 Männer in der Goldbergwerksindustrie beschäftigt. Von diesen waren weniger als 200 gewerkschaftlich organisiert, als ich vor sechs Monaten dort war, und eine nicht grössere Zahl gehörte dem *Politischen Arbeiterbund* an. Trotz alledem gehörten beide Mitglieder des Staatsparlament der Arbeiterpartei an. Kürzlich starb einer der beiden, und bei der Nachwahl erlitt die Arbeiterpartei eine Niederlage; die Plutokraten siegten mit einer Mehrheit von 450. Die Hauptursache dieser Niederlage war der Mangel an Interesse für wirtschaftliche Organisation.

Es kann sehr wohl sein, dass die Macht des Kapitalismus in der allernächsten Zukunft auch an verschiedenen anderen Punkten über die Arbeit den Sieg davontragen wird; aber das wird durchaus nicht zu einer Demoralisierung der Arbeiterschaft führen, sondern sehr viel eher zu ernsteren und ausgedehnteren Bemühungen anregen, um die Partei zu erziehen und zu festigen. In Westaustralien zeigte sich gerade in den Vorgängen der letzten Zeit der etwas oberflächliche Charakter der Bewegung. Ein Jahr lang besass die Arbeiterpartei die Macht im Staatsparlament. Der Premierminister Daglish hatte oft erklärt, er sei Sozialist; er hatte wenige Wochen, bevor er Premierminister wurde, den Vorsitz in einer sozialistischen Versammlung geführt, in der ich sprach. Trotzdem war er ein Verteidiger des herrschenden Gesellschaftssystems, der nur eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft anstrebte. Nachdem er ein Jahr lang im Amte war, trat die Arbeiterpartei zurück, und es wurde ohne vorhergehende Neuwahlen ein anderes Ministerium berufen. In Südaustralien haben wir gegenwärtig einen Arbeitervertreter namens Tom Price als Premierminister, und das Ministerium arbeitet dort in Verwaltungsangelegenheiten mit viel Takt und Urteil; dagegen werden in der Gesetzgebung höchstwahrscheinlich keine aufregenden Dinge geschehen. Diese Versuche, die gesetzgeberische Verantwortung zu übernehmen, sind eben vorläufig nur als kleine Vorpostengefechte zu betrachten und nicht schon als ein wirklich ernstes Ringen der Arbeiter gegen die Übermacht der plutokratischen Gesellschaftsordnung.

Ein überaus heftiger Kampf entbrannte in dem Bundesparlament infolge des Antrags der Arbeitervertreter, dass die Kontrollmarken der Gewerkschaften als Handelsmarken gemäss dem Gesetz über Handelsmarken amtlich registriert werden sollen. Zu heftigen Erörterungen gibt auch in ganz Australien die Opposition der australischen Arbeiter gegen den Vorschlag des *Generals Booth* von

der *Heilsarmee* Anlass, einige Tausend Personen von England nach Australien zu schicken. Die hiesigen Arbeiter werfen ein, dass durch ganz Australien in jeder Stadt verhältnismässig etwa ebensoviel Arbeitslose sind, wie in den europäischen und amerikanischen Städten. Wollte man also noch mehr Menschen hier hinaussenden, ohne gleichzeitig auch nur einen Versuch zur Umgestaltung des Systems zu machen, in dem die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen, so müssten dadurch die Kämpfe für die hier Ansässigen noch schwerer werden. Nach der Schätzung kompetenter und sorgfältiger Beobachter gibt es in Melbourne allein volle 4000 Arbeitslose, ebensoviele, vielleicht sogar mehr, in Sydney und verhältnismässig entsprechend viele durch ganz Australien.

Was die wirtschaftlichen Aussichten betrifft, so weisen die Zeichen auf einen erheblichen Aufschwung hin. Seitdem die grosse Dürre ihr Ende genommen, hatten wir hier zwei gute Ernten, und die Aussichten für das kommende Jahr sind sehr günstige. In Victoria gewinnen die Produkte der Milchwirtschaft einen immer ausgedehnteren Markt in London, wo die Butter die Konkurrenz mit der dänischen Butter aufnimmt und bereitwilligen Absatz findet, wenn auch zu etwas geringerem Preise, als die dänische.

Australien bedarf nur weiterer fünf Jahre der Ausbreitung sozialistischer Propaganda und der Entwicklung der Organisation; dann wird es aller Voraussicht nach im Kampf für den Sozialismus hinter keinem Lande Europas oder Amerikas zurückstehen. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* mögen nur die Tatsache im Auge behalten, dass die systematische Propaganda wirklich sozialdemokratischer Ideen hier erst ganz kürzlich Wurzel gefasst hat. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart im Jahre 1907 bereits mehrere australische Delegierte anwesend sein werden.

XX

JULIUS MEIER-GRAEFE · ÜBER VINCENT VAN GOGH



CHNELLER, als in Frankreich, wo seine Bilder zehn Jahre brauchten, um aus den kleinsten Boutiquen in die mittelgrossen zu gelangen, schneller auch, als in seiner Heimat, wo erst die letzten Auktionen und Ausstellungen, namentlich die Vorführung von fast 500 Werken letzten Sommer im Amsterdamer *Stedelijkmuseum* für eine gewisse Popularität gesorgt haben, hat sich van Gogh Deutschland erobert. Ich meine den kleinen Kreis, der überhaupt künstlerischen Dingen zugänglich ist, und unterlasse es, nach seiner Aufrichtigkeit zu fragen. Wohin kämen wir, wollte man all den hurtigen Amateuren auf den Zahn fühlen und die Konsequenz ihrer Zuneigung untersuchen! Seien wir auch dem Snob dankbar, der sich mit guten Dingen, statt mit gemeinen, brüstet und schliesslich, ohne es zu ahnen, doch zum Heile beiträgt.

Dem Ernstgesinnten erleichtern gewisse Eigentümlichkeiten des Neulings die Aufnahme. Er erscheint auf den ersten Blick einfacher, als die erlauchte Schar um Manet, beansprucht nicht — wenigstens nicht für eine oberflächliche

Berührung — den langgeübten Kult schöner Dinge, das tiefe Eindringen in die alten Meister, ohne das Leute wie Renoir und Cézanne unverständlich bleiben. Er erspart selbst dem rohen Auge die Langeweile, die jenen Grossen unfehlbar nachgähnt. Das Bruchstück von Verständnis, einem geistigen Niveau entsprechend, das aus Manet nicht das Atom von Gefallen gewinnt, erringt noch ein Stückchen von der Eigenart van Goghs, die so merkwürdig ist, dass feine Seelen Zeit brauchen, um den gewöhnlichen Argwohn gegen alles krass Absonderliche zu besiegen. Eine bewegte Lebensgeschichte mit grausigen Details und tragischem Ausgang fügt das ihre hinzu. Für Deutschlands Jugend, die zwischen Kunst und Kunstgewerbe schwankt, kommt van Gogh im rechten Moment. Wenn sie das andere nicht sieht, begreift sie wenigstens seinen Hang zum Ornament und identifiziert ein wenig voreilig mit seinem Ideal das ihre. Doch könnte uns van Gogh von bleibendem Nutzen werden. Sein Werk zeigt absonderliche Tiefen, und hinter dem Absonderlichen seines Schicksals verbirgt sich mehr, als des Einzelfalls spannendes Ereignis. Er ist, wie jeder grosse Künstler, eine wohlorganisierte Welt, in die sich unsere Gedanken und Empfindungen ausdehnen können, und die dem Reichsten unerwarteten Zuwachs verspricht.

In Holland, auf dem Lande, kam van Gogh 1853 als Sohn eines Pastors auf die Welt und wurde wie sein Freund Gauguin, mit dem ihn später manche Bande verknüpften, erst als reifer Mensch Künstler. Vorher trieb er alles Mögliche, nichts, was nicht mittelbar oder unmittelbar Beziehung zu der endgültigen Laufbahn gehabt hätte, wechselte viermal zum Schrecken der Eltern den Beruf, der ihm bis an sein frühes Ende, so glänzend er daraus hervorging, mehr als ein Kleid, nicht als die alle Seiten seines Wesens erschöpfende Lösung erschien. Doch betrieb er ihn ernster, als mancher Oberflächliche glauben mag. Der Anfang war unsäglich mühsam. Hatte er Talent? Die Frage scheint dem Kenner seiner reifsten Epoche, die ganz allein in Frankreich und Deutschland bekannt ist, närrisch, doch weiss ich nicht, ob man sie ohne weiteres bejahen würde, wenn heute einer, dreissig Jahre alt, so anfang, wie Vincent begann. Von der leichten formalen Ausdrucksfähigkeit, die als Kriterium zu dienen pflegt, war keine Rede.

Vincent war höchst ungeschickt und trotz groben Gebarens schwächlich. Aber hatte Willen und Intellekt, eine Seele, die sich zu stärken wusste, die heldenhafte Spannkraft, die allein — mehr, als alle angeborene Fertigkeit — das Genie verbürgt. Mauve, ein entfernter Verwandter, bei dem er Anfang der achtziger Jahre in die Lehre ging, ein Mensch aus einer anderen Welt, weit mehr Künstler, als Mensch, mehr Artist, als Künstler, mag oft kopfschüttelnd vor den Bildern des Schülers gestanden haben und sich nicht mit Unrecht als grosser Geist neben diesen Banalitäten erschienen sein. Banalität sagt kaum genug. Ich kenne Nichtigkeiten aus dieser Zeit, die auf die Laufbahn des schlimmsten *Kitschmalers* schliessen liessen. Der Einfluss des Lehrers beschränkte sich auf Aeusserlichkeiten. Bestimmter, als Mauve, treten Mesdag und Maris hervor und neben ihnen immer in unübersehbarem, fast lächerlichem Abstände, der grosse Anreger der holländischen Landschaftler, Constable. Die Marine bei Ribbius Peletier in Utrecht scheint in ihrer sehr dicken, unbeholfenen Malerei wie eine Karikatur des Engländers. In der Marine bei van Kempen in Amsterdam, ebenfalls aus 1881 oder 1882, geht

die ganze Anlage des Bildes, auch die typische Verwendung der kleinen Figuren, auf die selbe Quelle zurück. Diese ganze Anfangsperiode, die übrigens nicht lange dauerte, blieb unersprießlich; van Gogh brauchte eine breitere Basis, die ihm aus der Anlehnung an zeitgenössische Meister, selbst wenn sie alle von der Potenz Constable gewesen wären, nie erwachsen konnte. Er erhielt von dem Bruder Theodor, seinem besten Freunde, die Mittel, sich in Haag ein winziges Atelier zu halten. Hier lernte er, und seine Meister wurden die grossen Holländer des XVII. Jahrhunderts, die im *Mauritskloos* schweigend ihre unsterbliche Lehre verrichten.

Man sagt leichthin, van Gogh verdanke alles seinem Temperament, sei aus Zufall auf eine bestimmte Art gekommen und habe sich ihr willenlos hingeeben. Seine Entwicklung beweist das Gegenteil. So rapide sie vor sich geht, sie bestätigt den Werdegang der ganzen modernen Kunst, die aus der alten Malerei entspringt. So glücklich sie war, lässt sie doch jedes Mitspielen des Zufalls als ausgeschlossen erscheinen. Der Fortschritt ist van Gogh sehr sauer geworden. Er setzt bei gut gemeinten, aber ganz dilettantischen Versuchen ein, um seinen aktuellen Enthusiasmus zu betätigen, kommt dann zu den alten Meistern, wo er sich vertieft, gelangt von ihnen zu entscheidenden modernen Vorbildern und dann erst zu der endgültigen Form. Das gibt drei Vorbereitungsphasen, die sich deutlich, so geringen Raum sie in den zehn Jahren der Künstlerlaufbahn einnehmen, abheben. Das Studium der alten Meister bringt die zweite Phase und macht einen vollkommen neuen Menschen aus van Gogh. Der Einfluss der zeitgenössischen Landsleute ist wie weggeblasen, mit ihm jeder Hauch von roher Tölpelei. Vincent versuchte, die Tonwerte der alten Stillebenmaler mit ganz reduzierter Palette anzudeuten. Es gelang ihm wider Erwarten so gut, dass ich nicht erstaunt wäre, wenn einmal diese heute gar nicht geschätzte Periode von distinguierten Amateuren gesucht werden würde. Die besten Bilder sind Stilleben in einem dumpfigen, erdigen Graubraun ohne alle Kontraste. Nur durch die Hebungen und Senkungen der selben Farbe und die sehr ruhige, meisterhafte Führung des Pinsels entsteht die Bewegung. Der vornehme Geschmack, der auch in den späteren Kühnheiten van Goghs die Kraft adelt, scheint hier allein die Kunst zu tragen. Ein Geschmack höchst differenzierter Art ohne jeden merkbaren Eklektizismus. Man denkt an keinen besonderen Meister der Alten. Dafür ist der Effekt zu einfach. Kartoffeln vertreten die Rolle der pompösen Früchte. Sie liegen so schlicht, wie möglich, in einem flachen Korb oder, zu einem Haufen geschichtet, auf der Tischplatte neben einem bescheidenen Messinggefäss, dessen stilles Leuchten den graubraunen Gesamtton erhellt. Man fühlt die Absicht, jeden szenarischen Aufwand zu vermeiden. Keiner der Alten hätte so selbstlos gemalt und auf jede Lokalfarbe und Lokalform verzichtet. Trotzdem schwebt über den Bildern der Geist der Ostade. Aert van der Neer und der anderen Meister der Materie, und man ahnt, wie konzentriert der Maler die Altvorderen studierte, dass die Abhängigkeit so geistiger Art werden konnte.

Dieser van Gogh, mit dem der eigentliche Künstler begann, war ein Maler der alten Sorte, auch wenn er nicht die Alten nachahmte, ein beschaulicher Lyriker, in die Schönheit des Stoffes versunken. Der moderne war der Dramatiker. Er erscheint im Anfang als Feind des anderen. Man kann annehmen, dass

Vincent während des Aufbaus einer im besten Sinne traditionellen Form von blitzartigen Eingebungen beunruhigt wurde, denen der Künstler nicht zu folgen vermochte. Schon in der ersten Zeit taucht das Motiv mit der feurigen Sonnenscheibe auf, mit dem er seine Sehnsucht zu verkörpern trachtete, das wie der Dämon seines Dramas erscheint. Auf einem langgestreckten Panneau mit Wanderern im Schnee (bei Ribbius Peletier in Utrecht) zerstört die knallrote Sonne vollkommen die künstlerische Wirkung. Ähnliche Missgriffe ganz dilettantischer Art wiederholen sich, während die besten grauen Stilleben entstehen. Der Dualismus ist deutlich. Wie er besiegt wurde, wie es van Gogh gelang, das Temperament und seinen sehr stark entwickelten Hang zum Pathos nur zum Dienste des Schönen zu bändigen und aus dem Chaos eine ganz einheitliche Form zu schaffen, das bildet ein kurzes, aber erhebendes Kapitel der modernen Kunst. Nicht der Zufall bestimmt es, auch nicht, wie mancher Laie glauben mag, die Brutalität eines rücksichtslosen Barbaren oder gar, nach der Meinung der Toreh, der Wahnsinn eines Genies, sondern die Selbstzucht eines bedeutenden Menschen.

In einzelnen Gemälden aus dem Bauernleben, die, wie die Stilleben 1884 und 1885, in dem Brabanter Dorfe Nuenen entstanden, versuchte van Gogh seine erworbene Fertigkeit einem seiner Gedankenwelt entsprechenden Gegenstand anzupassen. Es gelang ihm bis zu einem gewissen Grade in den *Aardappeleters*. Das Werk ist das bekannteste und merkwürdigste dieser Zeit, nicht das beste. Es hat nicht die abgegliclene Schönheit der Stilleben, aber verliert sich auch nicht in den formlosen Symbolismus mancher Landschaften. Es bildet einen Kompromiss zwischen den beiden kontrastierenden Seiten. Die Ehrlichkeit der Empfindung sorgte dafür, dass der Ausgleich nicht den Menschen herabsetzte. Man fühlt, dass der Maler mit seinen Leuten eins war und mit der Schilderung ihres schweigsamen Mahles in dem elenden Raum mehr, als eine flüchtige Episode, geben wollte. Die Schöpfungsfreude war stark genug, um zur Typenbildung zu treiben und aus dem Vorgang ein allgemeines Symbol zu gewinnen. Die Symbolik entfernt sich so weit, wie möglich, von allen früheren Auffassungen des Bauernlebens, denen wir in der Malerei begegnen. Dem Träger bestialischer Instinkte, den das XVII. Jahrhundert, von Rubens bis zu den holländischen Genremalern, gesehen hatte, der Theaterfigur des XVIII. Jahrhunderts hatte Millet, nach dem Worte van de Velde, ein *être sacré de pure vérité* gegenübergestellt, den Sämann, der die saure Arbeit kennt, aber fest auf die Früchte vertraut. Den Bauern van Goghs fehlt dieser Nimbus. Sie sind die Proletarier der Natur, essen die Erde, die sie bearbeiten; erdige Wesen, die mehr den unter dem Boden arbeitenden Tagelöhnern gleichen. Die Erinnerung an die Bergleute des Borinage, zwischen denen er vorher kurze Zeit gelebt hatte, färbte offenbar die Gestalten. Die schmutzigen dunkelblau und braunen Töne erhöhen noch das Schreckhafte der Erscheinung.

Aber das Schreckhafte trübt die Lösung und lässt die Tatsache im Bereich des Materiellen. Zweifellos hat das Gemälde Stil. Man empfindet wohlthuend das Gleichgerichtete starker Linien. Aber dem Stil fehlt die Fruchtbarkeit, die den Gegenstand mit reicher Vegetation bekränzt, der Reichtum einer Form. die durch die Mannigfaltigkeit ihrer Variationen der Empfindung Flügel verleiht. Das Auszeichnende beschränkt sich fast ausschliesslich auf negative Momente, auf eine Verarmung der überlieferten Formen, ohne Ersatz. Der Geist in

dem Bilde ist dem des Bauernmahles der Brüder Le Nain verwandt, das im *Louvre* hängt. Auch ein Proletarierinterieur von denkbar trübster Färbung. Aber hier erweitert der Stil den Vorgang, stattet ihn mit all dem Imponderablen, Unübersehbaren aus, das uns in der Natur begegnet, und lässt seine Wirksamkeit aus einem undurchdringlichen Netz von Vielheiten hervorgehen. Vincents Stil in jenen Bildern dagegen war relativ äusserlich, in gewissem Sinne tendenziös und rhetorisch. Er begnügte sich mit der Überraschung.

Zweifellos wäre der Maler solcher Bilder berühmt geworden. Die Popularität eines Laermans, dessen Szenen eine ähnliche Beschränkung zeigen, war ihm sicher. Doch van Gogh begnügte sich nicht damit, er gab ohne Zögern das Erreichte auf, um noch einmal von vorn anzufangen. Ein kurzer Aufenthalt auf der Antwerpener Akademie vermochte ihn nicht zu fördern. Was ihm fehlte, war der Anschluss an Vorbilder, die in ähnlicher Lage, wie er, zwischen Vergangenheit und Gegenwart eine Vermittlung gefunden hatten die Möglichkeit, sich einer Tradition zugehörig zu fühlen, die in spezifischer Weise fortgebildet werden konnte. Die Zugehörigkeit zu Millet war zu isoliert, um ihn nicht zum Epigonen zu machen. Sie trieb ihn immer wieder zu der Zeichnung und gab dem Zeichner, der sich noch nicht als Maler gefunden hatte, keine Ausdehnbarkeit. Die meisten Zeichnungen aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre gehen nicht über das Niveau eines begabten Dilettanten hinaus. In allen merkt man den Versuch, eine Form zu gewinnen. Der Akt wird mit ein paar Linien konstruiert, aber die Linien wirken nicht, weil sie stilisieren, bevor sie das Notwendige erschöpft haben. Ein Blatt aus der ersten Haager Zeit, *Sorrow* betitelt, das auch als Lithographie existiert, eine sitzende nackte Frauenfigur, zeigt die ganze Dürre einer Zeichnung, die den Mangel an Form durch die ausdrucksvolle Geste zu ersetzen sucht, und wirkt wie eine schlechte moderne Buchillustration. Der Vers aus Michelet, darunter *Comment se fait-il qu'il y ait sur la terre une femme seule — délaissée?* vervollständigt die Nuance. Man muss sich immer wieder den Tiefstand solcher Anfänge vergegenwärtigen, um den ganzen Umfang der Laufbahn des Künstlers zu würdigen. Die Bauernzeichnungen aus der Zeit in Nuenen verlieren das Dilettantische. Der Künstler sah, was er machte, studierte die Bewegungen der Bauern bei ihrer gewohnten Beschäftigung und merkte sich die Hauptlinien. Nicht genug, um mit dem reinen Strich allein die Erscheinung zu erschöpfen. Der Schatten musste helfen. Mit grossen Flächen Weiss und Schwarz füllen sich die Interieurs, in denen die Frau ihr Gemüse herrichtet oder das Feuer unter dem Kessel schürt oder der Mann den Webstuhl tritt. Es ist das Verfahren, über das der Zeichner Constantin Meunier nie hinauskam, die Reduktion des Sichtbaren auf einen primitiven Gegensatz von Licht und Schatten, der sich mit der Wahrscheinlichkeit begnügt und trotz der Armut viel zu viel Überflüssiges enthält. Daraus und aus einem billigen Bewegungsschema entsteht der Typus der *stardappeleters*, ein Schattenriss, zu dem Millet den Körper machte. Es ist Vergrößerung, nicht Vereinfachung des Vorbildes. Erst der grosse Maler van Gogh ist Millet nahe gekommen und hat ihn weitergebildet. Nicht in Nuenen, sondern in Arles, und nicht mit Kohle, sondern mit feurigen Farben.

Farben brauchte van Gogh. Nicht das materielle Färbemittel, sondern ein aufs letzte gehende systematische Ausbildung dessen, was seiner Eigenart das Formbildende gab. Er drängte auf starke Linien und auf grosse Flächen. Es

blieb ihm übrig, beides zu unbedingten Notwendigkeiten zu machen. 1886 erhielt er endlich die rechte Schule. Er kam nach Paris.

Von dem ungestümen Drang, der scheinbar einzig und allein die Kunst van Goghs bestimmte, bleibt bei der näheren Betrachtung wenig übrig. Wir sahen einen Menschen, der spontan zur Kunst griff, aber nur mit unendlicher Mühe zu einer Form gelangte. Ein nur auf das einmal Empfangene angewiesener Naturbursche wäre in dem Getriebe, das ihn nun umfing, verloren gewesen. In der Tat war die Gefahr gross. Was er in Nuenen gelernt hatte, ging mit dem ersten Schritt auf dem Boulevard in die Brüche. Man hat den Eindruck, dass er alles aufgab, was er besessen hatte, und als sei seine Eigenart zu nichts verflüchtigt. Die Entwicklung jedes bedeutenden Menschen ist ein fortgesetztes Teilen und Zusammenfassen. Immer wieder wird das, was sich in der einen Phase zum Organismus fügte, in der nächsten auseinandergesprengt und schliesst sich zu einem neuen Bilde, so lange, bis Bild und Mensch eins werden, bis eine Form entsteht, die der Teile grössten Nutzwert zu Tage fördert. Die Teilung, der sich van Gogh in Paris ausgesetzt sah, war Schmerz und Wollust zugleich. Er litt unter der Grossstadt. Geboren und erzogen auf dem Lande, von keineswegs einnehmendem Aeussern und aus Schüchternheit plump, mag er sich in Paris vorgekommen sein, wie ein Bauer in Holzpantinen unter tänzelnden Kavalieren. Wäre er's gewesen, so hätte er sich nichts daraus gemacht. Viele Künstler, die Paris in der vorhergehenden Generation hervorgebracht hatte, waren mehr Bauern, als er. Vielleicht hätte er es sein wollen. Nach der ganz einfachen Weltanschauung, die durch ihre Einseitigkeit siegt, sehnte er sich. Keiner der damaligen Jungen war weniger primitiv. Sein ganzes Dasein war bis dahin nur zu sehr auf das Spirituelle gerichtet gewesen, hatte Bücher und Bilder verschlungen und mehr der Empfindung, als der Form, gelebt. Leclercq, der ihn wenige Jahre später kennen lernte, schildert ihn als nervösen, fröstelnden Menschen, der an Spinoza denken liess. Das Materielle war vielmehr Paris; und als solches für ihn das sehnsüchtig Verlangte und inbrünstig Gehasste zugleich. Brutal bis in das Getriebe des Kunstlebens, das er im Dasein des Bruders vor sich sah, der bei Boussod Valadon (Goupil) mit nörgelnden Vorgesetzten und dem dummen Publikum für die Impressionisten kämpfte; berücksend schön in unzähligen Werken der Vergangenheit bis zu den letzten Bildern der Lebenden.

Die Kunst, die er fand, wirkte auf ihn, wie die Säure, die sich mit einer Basis verbindet. Er hatte in Holland und auf seinen Reisen schon mancherlei davon gesehen, aber als Amateur. Seine Seele hatte den Alten seiner Heimat gehört. Rembrandt, Vermeer, Potter und die Landschaftler besass er bis in die Fingerspitzen: es sind nicht viel bessere Dinge über die Holländer gesagt worden, als in seinen Briefen stehen, und es hatte ihn, trotz seiner bäuerischen Allüren, die Gefahr bedroht, ein feinerer Kenner, als Maler, zu werden. Jetzt kam Delacroix zu ihm. In Arles bedauerte van Gogh einmal, Delacroix und die Folgenden nicht mit fünfundzwanzig Jahren gefunden zu haben. Ich wage, zu behaupten, dass der Erfolg nicht der selbe gewesen wäre. Es gehörte die relative Reife des an holländischer Malerei Gesättigten dazu, um die Franzosen zu erobern. Zur glücklichen Mischung bedarf es starken und vertieften Rassenbewusstseins. Man muss besitzen, um aufnehmen zu können.

Delacroix offenbarte sich van Gogh im rechten Moment. Er wies dem Sehnsüchtigen eine Leidenschaft, von der er sich selbst tief durchdrungen fühlte, liess ihn die Unmittelbarkeit eines Gefühlsausdruckes sehen, der ihn bis dahin stets betrogen hatte, und zeigte ihm, wie sich mit der Inbrunst eines lodernden Temperamentes die Weisheit sicheren Bewusstseins paaren konnte. Das Medium des Malers der Medea war die Farbe. Sie enthielt alles Impulsive des Genies. Wie feurige Bäche rieselten das Rot und Grün und Blau über die Leinwand Delacroix', scheinbar nur von elementaren Gewalten erzeugt. Ausflüsse des Schreckens und des Entzückens, vom Moment geboren. Und gleichzeitig sicher gebaute Kanäle, geeignet, die Leinwand nach einem nicht besser zu erfindenden System zu bewässern. Diese Art Farbe lernte van Gogh von dem Meister, den er neben Millet am meisten verehrte, nicht das technische Problem. In der nüchternen Malersprache ausgedrückt: van Gogh tat nichts anderes, als den Ton durch die Koloristik zu ersetzen. Man braucht nur einer Kartoffelstillleben aus Nuenen mit den Pariser Bildern zu vergleichen: Der Unterschied liegt auf der Hand. Die gelungenen Frühwerke wirken ausschliesslich mit dem Mittel, das der ganzen holländischen Schule angeboren scheint, und sind um so besser, je weniger Farbe sie verwenden. Ja, es erscheint, wenn man ihr Wesen recht erfasst, ganz selbstverständlich, dass jede ausgesprochene Farbe dieser Art gefährlich werden musste, und die ganz verunglückten Erstlingsversuche koloristischer Art bestätigen diese Meinung. Der Gegensatz zwischen Ton und Farbe ist nicht etwa rein technischer Art, sondern geht auf tief eingreifende menschliche Eigentümlichkeiten zurück. Ein Mensch wie van Gogh musste darin den Unterschied von Rassen und Kulturen erblicken. Als er daher einsah, dass er, um zum Ziele zu kommen, aus der Zweiheit, die in krasser Unvernitteltheit vor ihm stand, eins machen müsse, mag er sich wie ein Mensch ohne Seele vorgekommen sein. Er hörte eine Sprache, in der man — das ahnte er — hundertmal mächtigere Dinge sagen konnte, als in den heimatlichen Lauten, und musste sich eingestehen, dass ihm kein einziges ihrer Worte geläufig war. Die Einsicht in die Wohltaten der Syntax dieser Sprache liefert das vornehmste Element der modernen Entwicklungsgeschichte. Es ist rein physiologischer Art, insofern als ohne weiteres einleuchtet, dass bei gleicher Künstlerschaft ein auf Farben gestelltes Bild stärker und weiter wirkt, als ein auf Tönen gebautes. Es ist psychologischer Art, insofern, als die Methode des Koloristen der notwendig schneller Gestaltungsart unserer modernen Kunst besser, als die andere, entspricht. Wenn die Furcht vor dem Materialismus die physiologische Hypothese mit Recht nur mit grossen Reserven gelten lässt, die psychologische Seite wird schon durch die Historie bestätigt. Der selben Entwicklung, der Rembrandt seinen Gipfel verdankt, schuldet die moderne Malerei ihren Fortschritt. Für einen so sehr der Synthese zuneigenden Künstler wie van Gogh nun gar, dem das, was er *gesund* in der Kunst nannte, immer nur das Einfache war, musste die Neuerung unentbehrlich werden.

Die Erkenntnis war leichter, als den Weg zum Ziel zu finden. Nicht indem man auf die Palette, statt Braun und Grau, reine Farben nahm, war das Neue zu gewinnen. Die Form, die er als Endresultat ahnte, einfacher und mächtiger, als alles, was er bisher gemacht hatte, war nur mittels ungemein komplizierter Entwicklungsprozesse erreichbar. Wie sich der Schüler, um einer

neuen Sprache mächtig zu werden, die Elemente der Grammatik zurechtlegt und mit den einfachsten Satzbildungen anfängt, so begann van Gogh mit mühsamer Analyse. Er war schlimmer daran, als ein anderer Anfänger, da er sich vorher bereits viel weiter geglaubt hatte, und daher fortwährend in der Gefahr war, über die Anfänge ungeduldig hinwegzugehen; besser, da er reifer war. Die Schwierigkeit lag in dem Mangel einer sicheren Syntax. Die gelungenen Beispiele, so viele ihrer waren, verrieten nicht den Weg, den er gehen musste, denn keiner seiner Vorgänger war in gleicher Lage gewesen. Er tat zunächst, was jeder getan hätte, und trat in eins der Pariser Ateliers ein, in denen man die Dinge lernt, die man vergessen muss, um zum Meister zu werden. Es war bei Cormon, den Lautrec das Jahr vorher verlassen hatte. Er hielt es nur ein paar Monate aus und verdankte Cormon lediglich das Zusammentreffen mit ein paar jungen Leuten, zu denen er in nähere Beziehungen trat. Von ihnen wurde ihm der junge Emile Bernard der liebste. Er fand in ihm den Vertrauten, den Zuhörer, wenn den Schweigsamen nach Aussprache verlangte, den Empfänger seiner Briefe. Um die selbe Zeit oder kurz vorher mag er Gauguin kennen gelernt haben. Allen dreien stand das selbe Ziel vor Augen. Sie sahen, dass vor ihnen die Impressionisten versucht hatten, sich mit Delacroix auseinanderzusetzen, und erkannten den mit so grossem Talent und nicht geringerem Intellekt erschlossenen Weg, der bis zur Signac reichte.

Damit war die gesuchte Syntax gegeben. Sie bereitete anfangs van Gogh grosse Schwierigkeiten. Seine ersten farbigen Bilder sind farblos im Künstlerischen, sie enthalten nichts Individuelles und sind eher grammatikalischen Exerzitien vergleichbar. Die Vorzüge der Teilungsmethode im Farbauftrag, die Gauguin damals erfolgreich verwandte, leuchteten van Gogh ein, aber widersprachen allen Vorstellungen, die er sich bis dahin von der Malerei gemacht hatte. Wie Seurat in seinen ersten Bildern, applizierte er die Technik auf den Vorgang, statt den Vorgang aus der Technik heraus entstehen zu lassen. Aber mit unglaublicher Geschwindigkeit schritt er vorwärts. Seine ersten Landschaften, die den Anspruch auf Bilder machen können, stehen Gauguin nahe, der zweifellos dem Freunde mit seiner Erfahrung zu Hilfe kam. Sehr bald differenzierte sich sein Genre. Die dunstige Atmosphäre auf Gauguins Frühbildern, in denen sich Cézanne mit Pissarro traf, lag ihm nicht. Er trieb bald zu reinen Kontrasten und kann mit einer ganzen Anzahl von Landschaften als zu der Schule Seurats betrachtet werden, dem er noch später grosse Verehrung bewahrte. Seine Leidenschaft für die Flächendekoration der Japaner trug das ihrige dazu bei.

Aber er wäre nicht Holländer gewesen, hätte nicht Rembrandt und Hals vor Augen gehabt, wenn ihm das Undifferenzierte des Pinselstrichs auf die Dauer genügt hätte. Man glaubt teilzunehmen, wie seine Flächen von Bild zu Bild lebendiger werden. Sie gleichen den Getreidefeldern des Südens, die über Nacht emporschiessen. Schon malt er in Asnières ein paar Flusslandschaften, die den Impressionismus der Pariser in erstaunlicher Weise fortsetzen, von prickelnder Zeichnung und leuchtenden Farben. Sein *Quatorze juillet* ist eine Schilderung der Atmosphäre von unnachahmlicher Feinheit. Bei Gauguins besten Landschaften der selben Zeit kommt man nie ganz über das Summarische der Behandlung hinweg. In van Gogh vereint sich mit der Zartheit eine Sicherheit der Organisation des Bildes, Straffheit der Zeichnung und der Palette, die

schon die eminente Entwicklung, die nunmehr folgen sollte, ahnen lässt. Er erscheint in den besten Pariser Werken, wie ein glücklicher Jungling, still, sonnig, mehr zu Sisley etwa, als zu Monet, den er glühend verehrte, neigend, durchaus Lyriker. Neben solchen Landschaften kehren Reminiszenzen an die holländischen Jahre wieder. Er nimmt wieder das Stillleben vor. Es gibt ein gelbes Fruchtstück, datiert 1887, das neben den düsteren Kartoffelbildern wie ein nackter Kristall neben sanft getönten Gläsern wirkt. In den beiden Porträtnach dem Père Tanguy, dem einzigen Händler, der sich seiner damals annahm, und in dessen kleinen Laden in der Rue Clauzel er manche Stunde vollbrachte, kommt das Robuste der holländischen Bauern wieder. Rodin besitzt die beste der beiden Fassungen. Vor einer Wand von japanischen Holzschnitten sitzt die stämmige Gestalt mit dem derben Gesicht. Die Regelmässigkeit hat nicht mehr das Tendenziöse der Nuenener Bilder, die ohne Form zu wirken versuchten. Sie entsteht aus starken Linien und Farben, die so sicher zusammengehören, dass sie vermittelnder Füllsel nicht bedürfen, und ist Form, bevor sich die Empfindung des Autors präzisiert. In den Selbstporträts der Pariser Tage wird der Drang nach dem Symbolischen noch nicht ganz vom Künstler absorbiert. In anderen Bildern trübt sich die Sicherheit der Koloristik. Es ist ein Hin- und Herwogen von allen möglichen Tendenzen, eine Sturm- und Drangperiode, die das, was andere in zehn Jahren durchmachen, auf Monate zusammendrängt. Er war nicht ganz zwei Jahre in Paris, vom Frühjahr 1886 bis Februar 1888, war als *Outsider* der Richtung der Mauve und Maris hingekommen und verliess es im Besitze der Geheimnisse aller grossen Malerei, reif für ein grosses Kunstwerk. Es bedurfte nur der äusseren Veranlassung, um es zum Vorschein zu bringen.

Die letzte Phase, seine grösste, hat alles von einer reinen Erscheinung der Natur. Der glühend Empfindende war in Paris bedächtigt geworden und hatte sich zerlegt. Nun geht er in den Süden und lässt die Teile unter dem Brand der Sonne zusammenschweissen, wieder allein unter Bauern, zwischen Erde und Himmel, eine Frucht, die nur dem Humus und dem Licht ihre Reife verdankt. Und wieder möchte ich auf die wunderbare Norm weisen, die der Anormale bestätigte. So wächst jeder Grosse aus der Berührung der Welt mit seinem Selbst. Saugt sich voll in der Stadt, wo allein die Werte zu Tausenden aufgespeichert werden, sackt ein, was er kann, erlebt so schnell, so intensiv, wie möglich, geht dann in die Einsamkeit und bringt allein vor der Natur sein Ich zum Vorschein. Ob der eine am Boulevard bleibt, wie Delacroix, der andere nach Tahiti auswandert, wie Gauguin, der dritte zum Philister in der Provinz wird, wie Cézanne, oder Bauer, wie van Gogh: sie sind alle einsam in der grössten Phase ihres Lebens, erleben nichts mehr von aussen, nur noch von innen, und die äusseren Ereignisse treiben nur noch Variationen des selben Themas.

Gleichzeitig aber enthüllt sich in der neuen Heimat van Goghs das Anormale seines Schicksals. In der milden Atmosphäre stiller Strassen und Kanäle hatten seine erlauchten Vorfahren die Wunder ihrer Malerei geschaffen. Dem Erben war die von so vielen Geistern ausgesaugte Erde zu klein geworden. Die Liebe zur Schöpfung hatte ihm das Glück am Herde zersprengt. Er suchte die Welt, um neue Grenzpfähle zu pflanzen. Gerade das der Heimat Entgegengesetzte reizte seinen Eroberungsdrang. Paris war ihm Schule gewesen. Nun trug der

Holländer seine Inbrunst in eine Natur, die ihm gleichsam den inneren Wert des soeben Gelernten offenbarte. Er ging in die Provence, das romanische Wunderland Frankreichs, wo die Sonne der Erde die reine Farbe lässt und Menschen und Dinge noch so einfach und gross erscheinen, wie in der Zeit, da die Römer hier ihre Arenen bauten. Die Geste der Kunst in solchen Ländern ist leicht und gefällig, wie die Sprache der Südländer, und selbst, wo sie majestätisch wird, lässt sie noch den Hauch von Lässigkeit wohligh gewärmter Glieder merken. Nichts von dem Ernst unserer Zone, nichts von dem Zerklüfteten, das von den Gotikern bis zu den Modernen die Bilder kennzeichnet, nichts von der Konzentration im Drama. Die Tragödie, die bei uns in dem Schrei, der den Nebel zerteilt, ausklingt, löst sich dort noch in sanften Rhythmen. Es ist, als brauche die Kunst in unseren Breiten stärkere Anspannung, gleichwie unsere Erde härtere Arbeit verlangt.

Im Besitz aller durch die minutiöse Läuterung gedoppelten Kräfte griff van Gogh das neue Thema an. Mit der Vehemenz eines Franz Hals, mit einer Kraft von jener Art, die Rembrandt erlaubte, seine dunkelsten Töne zu Flammen aufzurühren, stürzte er sich auf die glutende Pracht des Landes: Feuer zum Feuer. Man hat das Gefühl, als sei zum erstenmal ein Nordländer in den Süden gekommen und habe sich dabei gewaltsam verwandelt, das Innerste nach aussen kehrend, sich aller Hemnisse entäussernd, die ihn belasteten und die ihn schützten. Ein Naturereignis ging vor sich. Tragisch, weil die Zerstörung selbstverständliche Folge war. Schön, trotz aller Details, die wir von dem dem Ende zuhastenden Schicksal des Menschen wissen, erhebend, wie die Glorie, die aus der Feuersbrunst über die Schreie der Unglücklichen emporsteigend die Blicke der Zuschauer weidet.

Alle grossen Kunstwerke sind Trophäen siegreicher Kämpfe. Auch die stillen, auch die gelassenen, zu denen man sich nieder neigt, wie zu der verstohlenen Pracht sanfter Blumen. Aus jedem glimmt das Mysterium einer Seele, die sich aus dem fruchtbaren Humus, trotz Schmutz und tausender Elemente Widerstreit, zur Blüte entfaltet. Aus van Goghs Arleser Bildern brennt der Kampf deutlicher, zuweilen mit betäubendem Getöse. Unter dem sengenden Himmel wurden seine Bilder zu Flammen. Die Leidenschaft eines Menschen, der sein Leben lang nichts Besseres kannte, als sich hinzugeben, sah hier das Schöne, wie eine greifbare Sache, die man nur aufzuraffen brauchte. Er kam sich wie der Schmitter im Märchen vor, dem ebensoviel neue Halme wachsen, wie er niedermäht, und er mähte, solange er sich auf den Füßen halten konnte. Er malte seine Bilder nicht, er stiess sie aus. Man kann annehmen, dass in der Zeit in Arles, also vom Februar 1888 bis Mai 1889, mehrere Hundert entstanden sind. Was Gauthier von Delacroix schrieb, dass er eine Sonne im Kopf und einen Orkan im Herzen trug, gilt von van Gogh im wörtlichen Sinne. Es war schauerlich anzusehen, wie er malte: ein Exzess, bei dem die Farbe wie Blut herumspritzte. Er fühlte sich nicht dabei, war eins mit dem Element, das er darstellte, malte sich selbst in den lodernden Wolken, in denen tausend Sonnen der Erde Zerstörung drohen, in den entsetzt zum Himmel aufschreienden Bäumen, in der schrecklichen Weite seiner Ebenen.

Alles das wäre nichts, wenn es nur die krampfartige Empfindung schilderte, aus der es entstand. Aber das Schreckliche dieser Bilder ist dem Wirken des

aufgeregten Elements vergleichbar, das auch in der wildesten Empörung die Schönheit bewahrt. Der scheinbare Affekt der Natur ist nur ein relativer Begriff aus kleinen Erfahrungen und wird im Weltengetriebe zum Teil einer majestätischen Norm. Die Woge, die den Schiffbrüchigen schreckt, beschreibt eine göttliche Kurve, und selbst das entsetzte Gesicht des Unglücklichen, der sich an die Planke klammert, wirkt harmonisch in diesem Taumel der Wasser. So ordnen sich in den Bildern van Goghs, die ein Paroxysmus der Naturerfassung entstehen liess, die fragmentarischen Teile zu einem Gleichklang von Farben und Linien, denen die Erregung des Schaffenden nur die Stärke der Richtung, das Sichere und ganz und gar Sachliche der Gestaltung zuweist. Die Wildheit wird Dekoration. Daher tut man dem Andenken des grossen Künstlers unrecht, wenn man dem Pathologischen seiner Existenz eine besondere Bedeutung für den Kunstwert der Leistung zuweist. Dass der Mensch wahnsinnig war, als er seine herrlichsten Bilder schuf, im Irrenhaus von Arles, in das er sich freiwillig zurückgezogen hatte — ein paar sehr schöne Bilder aus dieser Zeit waren vor kurzem bei Cassirer in Berlin ausgestellt —, sagt von seiner Kunst nicht mehr, als von Delacroix die Tatsache, dass dieser zuweilen an Magenbeschwerden litt, oder von Géricault, dass er sich ein Bein brach. Dass sein Wahnsinn den Menschen bestimmte, ist selbstverständlich. Er war der Entgelt für seinen Reichtum, die Auslösung nach einer verhältnismässig starken Konzentration. Daraus auf einen Wahnsinn des Künstlers als solchen zu schliessen, ist ungefähr der selbe gegenstandslose Unsinn, wie wenn man einen Maler frommer Bilder fromm oder den von Verbrecherszenen verbrecherisch nennt. Bedürfte es eines Beweises für die Bewusstheit des Schaffenden, so brauchte man nur an seine Briefe aus dem Irrenhause zu erinnern, in denen er von seiner Krankheit mit der selben Sachlichkeit spricht, mit der irgend einer ein körperliches Gebrechen konstatiert, und gleichzeitig Ideen über seine Malerei entwickelt, die zu den tiefsten Dingen gehören, die je über die Kunst geschrieben worden.

Vincent van Goghs Anschauung wird von Anfang an von einem tiefergehenden Sozialismus bestimmt. Man denke an keine enge Formel, nicht an die Theorie, zu der sich Proudhons grosser Freund Courbet hergab, auch nicht an die duftende Lehre der englischen Volksbeglucker à la Morris und Crane, die ach so weit vom Schuss sind, auch nicht an die *Armleutemalerei*, die bei uns in Deutschland zur Erbauung der Gefühlvollen betrieben wurde. Was sich van Gogh darunter dachte, war die nackte Tat eines schönen Menschen: Mitteilen! Nichts ist merkwürdiger, als dass dieser in jedem Schritt Persönliche, der alles aufs Spiel setzte, um dem eigenen Instinkt zu folgen, aus einer Seele heraus schuf, in der für den Ehrgeiz des Artisten kein Platz war. Als junger Mensch war er Kunsthandler gewesen. Nicht der merkantile Instinkt hatte ihn getrieben, sondern die Lust, zwischen schönen Dingen zu stecken und zwischen den Menschen, die sie machen, ihnen zu helfen und den mit Blindheit Geschlagenen die Augen zu öffnen, dass alle teilnehmen könnten am Heil der Menschheit. Dann, als ihm das Klägliche der Rolle aufging und er einsah, dass er tätiger eingreifen müsse, war er Lehrer geworden und hatte sich in England einen Kreis von Schülern gesucht. Immer noch schien es ihm zu wenig. Dann brachte ihn der Durst nach einem weiteren Wirkungskreis auf den Beruf des Vaters. Er wurde Geistlicher, wollte Prediger werden

Der theologische Formelkram verleidete ihm die Sache. Er ging als Laienprediger zu den Bergleuten in das Borinage. Dort war ihm endlich, als er merkte, dass den Menschen in ihrer Bedrücktheit die Worte Worte blieben, sein wahrer Beruf aufgegangen. Auf diesem Umweg kam der Künstler zu stande.

Die Genesis ist von dem fertigen Meister nicht wegzulenken. Er blieb, was er von Anfang war: der Mensch, der sich mitteilen wollte. Wunderbarer, als es ein Dichter ersinnen konnte, erfüllte er sein Geschick. Es ist, als habe ein einziger den Vorwurf gegen den Egoismus unserer ganzen Epoche gefühlt und sich hingegeben, ganz wie einer jener grossen Märtyrer, deren Geschicke uns aus fernen Zeiten überliefert werden. Grandios in dem Unzeitgemässen, grandios in dem ganz Zeitgemässen, in der Wahl seines Heldentums.

In jeder Phase seines kurzen Lebens differenziert sich sein Sozialismus, wird breiter, mächtiger, dringt tiefer. Die Aufbietung des Besten, was er hatte, galt in einem Umfange dem Ideal, dass wir vor einem Rätsel zu stehen meinen. Nicht das Atom des eigenen Vorteils, wie es sich in mildester Form im Bewusstsein der Originalität ausdrückt, schmälerte die Reinheit seiner Gesinnung. Das Individuelle erstieg in ihm die göttliche Höhe antiker Empfindung, wo es nur als Unbewusstes existiert. Er nahm von anderen und gab anderen, als gäbe es in seinem Bereich kein erklügeltes Recht auf Eigentum. Was jeder besass, war Teil an dem Göttlichen, das in ungemessenen Schätzen vor aller Blicken dalag. So kam es, dass er das, was dem engen Bewusstsein als *Erfindung* erscheint, nicht als eine Sonderheit für sich beanspruchte. Er hat nicht nur in der ersten Zeit, sondern namentlich in den zwei Jahren seiner Blüte, als ihm alles gelang, was er berührte, mit wahrer Wonne nach einfachsten Motiven geschaffen. Ein weiser Selbsterhaltungstrieb sprach dabei mit. Er fürchtete sich vor seinem Dämon. Die Phantasie trieb ihn ins Ungemessene, sobald er sich ihr ganz überliess, und überlieferte ihn der Krankheit. Darum trachtete er, sie durch die Beschränkung des äusseren Rahmens festzulegen. Sein Ideal wäre, nach seinem eigenen Geständnis, gewesen, Heiligenbilder zu malen. Heilige nach seiner Art, Menschen von heute, mit dem geeinten Ausdruck primitiver Gestalten. Die Erregung, die sie ihn gekostet hätten, schreckten ihn. Er hielt sich an ein Stück simpester Natur, nicht ohne sie zum Abbild seiner Seele zu machen, goss seine Inbrunst in Stilleben, die wie Ergüsse wirken, malte Landschaften ohne Menschen, in denen sich Dramen abspielten. Und wie die Natur, so wurden ihm die Bilder geliebter Meister (Delacroix, Daumier und zumal Millet) zum Halt im Taumel seiner Eingebungen. Er hielt sich an die Kompositionen, und doch erscheinen sie in den Bildern, die aus dieser merkwürdigen Vereinigung hervorgingen, nur wie die Beete, in die er seine Blumen pflanzte. Er war nicht willkürlich in der Wahl. Man glaubt, Delacroix besser zu kennen, obgleich man in van Goghs *Samariter* nach dem Bilde des Meisters einen echten van Gogh vor sich hat; man kommt Daumier in den berühmten *Trinkern* näher, die wie in einem Guss von van Gogh geschaffen erscheinen und tatsächlich nach der Vorlage entstanden; und in den Übertragungen der Milletschen Szenen tritt eine ganze Welt wunderbarer Entwicklungen ins Dasein. So äussert sich der reale Wert dieses Sozialismus. Er beschränkt sich nicht auf die vergangenen Meister. Gauguin lieferte dem Freunde manche Zeichnung, die mit

haben, das ist nichts anders, als ein umgekehrter kategorischer Imperativ der Selbstbefreiung. Du kannst, denn du sollst, sagt Kant aus den Höhen der gedanklichen Selbstverpflichtung herab. Du sollst, denn du kannst: das ist die Quintessenz aller praktischen sozialdemokratischen Agitation, sofern sie von dem lebendigen und nicht im Formalismus erstarrten Geist materialistischer Geschichtsauffassung geleitet wird. Die grossen Worte, die oft darum gemacht werden, dass das Proletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe wissenschaftlich erfasst habe, reduzieren sich bei näherem Zusehen auf die Tatsache — die allerdings an sich weit mehr bedeutet, als das angeblich wissenschaftliche Erfassen —, dass im Proletariat das Massenbewusstsein geweckt worden ist, das Massenbewusstsein, das ihm sagt: Du kannst können, die Zeit ist reif. Was früher nur als luftiger Gedanke in den Köpfen utopischer Sozialisten schwebte, das kann jetzt auf der Erde Wurzel schlagen. Du, Proletariat, hast die Aufgabe, die Ideen der besten Denker aller Zeiten zu verwirklichen. Erkenne dich selbst und deine Macht!

Das ist das Massenbewusstsein des Proletariats. Aber wichtiger, als Massenpsychologie, ist die Psychologie des einzelnen. Alles Seelische drängt von aussen nach innen, von der Zerstreuung zur Konzentration, aus dem Allgemeinen ins Individuelle. Und was dem einzelnen in seinem Zusammenhang mit der Allgemeinheit und als deren Teil schon eine wertvolle Errungenschaft war, das muss ihm als dürftig erscheinen, sobald er als einzelner bewusster Sozialist fühlen und denken will. Der entwickelte und nach der Tiefe einer einheitlichen Weltanschauung strebende Proletarier wird von dem Massengefühl und Massenbedürfnis nach einer besseren materiellen Existenz aus weiter gehen und nicht nur fragen: was habe ich davon?, sondern auch: was haben die anderen davon, was hat die Welt, was hat die Menschheit davon? So wird er in seinem Denken persönlich unabhängig. Storm sagt:

»Der eine fragt: was kommt daraus?
Der andre fragt nur: ist es recht?
Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.«

Das Wollen wirkt über die Wünsche der eigenen Person hinaus in die Weite eines grossen Idealismus. Es handelt sich nun um Grösseres, als um Lohn-erhöhung und Arbeitslosenunterstützung. Aus dem Wollen für sich selbst wird ein Glauben und Hoffen für alle. Aus dem einzelnen, in dessen Brust das Massenbewusstsein sich geläutert und erhöht hat, kehrt es wieder zurück zur Masse, diese läuternd und erhebend. Aber der Grundzug bleibt immer ein gewaltiges, gesundes Wollen, kein verschwommenes Wünschen. *Organisierte Selbstsucht* mag man das heissen, wie es jüngst mit vornehmem Nasenrumpfen eine grosse bürgerliche Zeitschrift getan. Gut, sei es so! Aber schon in dem Ausdruck *organisierte Selbstsucht* liegt eine *contradictio in adiecto*. Die Organisation ist das Gegenteil der Selbstsucht, denn jede Organisation ist nur möglich bei Beschränkung und Zurückstellung selbstsüchtigen Strebens. Die Selbstsucht erhält durch die Organisation ihre Weihe. Der einzelne opfert sich für das Ganze und gibt sich über den individuellen Willen und oft sogar über den Selbsterhaltungstrieb hinaus der Allgemeinheit hin, aus der er seine ersten Kräfte empfangen hat. Dieses grosse Schauspiel gegenseitiger Kräfteerhöhung zwischen einzelnen und der Masse kann jetzt in den Stürmen der russischen

Revolution beobachtet werden. Die nur auf materiellem Untergrund, nur aus dem von Schiller so klar bezeichneten Grundmotiven der Menschheit *Hunger und Liebe* erklärlichen Massenerscheinungen erfahren im einzelnen eine Sublimierung, eine bis zur äussersten Selbstlosigkeit gehende Verinnerlichung und Vergeistigung. So wirken wechselseitig materielle und ethische Motive, das Wollen für sich und das Fühlen für andere, auf einander ein, einem gemeinsamen Endziel zustrebend, für welches programmatische Festlegung von Zeit zu Zeit natürlich nötig ist, das aber in der Masse mehr als eine in die Weite gerichtete Sehnsucht mit dem kraftvollen Drang nach deren Verwirklichung lebt; also eine Sehnsucht nach materiell höheren Lebensformen und geistig und seelisch höherem Lebensinhalt. Und wenn diese kraftvolle, sich bisweilen zum trotzigen Kampf auswachsende Sehnsucht sich oft auch nicht positiv klar ist über das, was erreicht werden soll, so doch immer negativ über das, was die Zugänge zu einem neuen Leben auf Grund einer vernünftigen Gesellschaftsordnung versperrt.

Einen solchen *Sklavenaufstand*, machtvoll über die ganze Erde von gleicher Wollen trotz aller nationalen und Rassenverschiedenheiten inspiriert, hat die Welt noch nicht gesehen. Aus den Tiefen heraus sprosst über der verdorrten Vegetation der bürgerlichen Welt die junge Saat einer neuen Zeit. Die produktiven Volkskräfte entfesseln sich nicht nur materiell, sondern auch geistig. Oft wissen sie nicht genau, wohin der Weg geht, aber nur deshalb nicht, weil sie selbst der Weg sind. Eine Bewegung, die sich bis in ihr innerstes Selbst begriffe, würde in ihrem Wollen gelähmt sein. Insofern allerdings ist das Philosophieren über sich selbst eine Schwäche. Aber gegen diese Schwäche, sobald sie sich in unseren Reihen zeigen sollte, gibt es ein Wort, das alle allzuzart besaiteten und zu feinorganisierten Geister bannt, wie der Hahnschrei die Gespenster. Das ist das Wort *Klassenbewegung*.

In den letzten Jahren ist speziell im Bildungsproletariat eine Bewegung im Entstehen begriffen, die bei sozialistischen Grundanschauungen doch den Beruf in sich fühlt, mit etwas vornehmer Umgehung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung die Fahne einer neuen Volkskultur zu entfalten. Es sind feine Köpfe darunter. Der Amerikaner Walt Whitman ist ihr Dichter, David Koigen ihr Philosoph, Albert Kalthoff ihr Prophet. Es liegt mir jede Animosität gegen die Träger dieser Namen fern. Speziell was Albert Kalthoff betrifft, so habe ich an anderm Ort auf seine Bedeutung hingewiesen. Aber dennoch ist es notwendig, einmal scharf die Grenzsteine zu setzen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und diesen Evangelisten einer neuen *sozialistischen Volkskultur*. Ihr Programm lässt sich am besten wiedergeben durch einen kurzen Abschnitt aus Koigens *Kulturanschauung des Sozialismus*. Dort heisst es:

„Zum Zwecke der weiteren Fortentwicklung und der inneren Ausgleichung, und damit die progressiven Ideen wieder in zuverlässige Hände kommen, haben die wahren Verfechter der neuen lebensfähigen Kultur in ein intimes Verhältnis zum Stammproletariat zu treten, das so leidenschaftlich zu wünschen und so unerbittlich das Vorgenommene durchzusetzen pflegt. Die Seele des modernen Proletariats, die weder vom einseitigen: Intellektualismus, noch vom zerrüttenden Skeptizismus angesteckt ist, ist unter Umständen fähig, dem Bildungsproletariat neues pulsierendes Blut zuzuführen. Andererseits kann das Stammvolk durch die Berührung mit der Intelligenz manche spießbürgerlichen Ideale abschütteln und grosse Gesichtspunkte, sowie erhabene Ziele gewinnen.“

So Koigen, der Prediger des *Wirklichkeitsidealismus* und der *sozialkosmischer*


Intimität. Es scheint mir nun wirklich, dass hier ein guter Schuss von der in letzter Zeit bisweilen allzu laut empfohlenen materialistisch-ökonomischen Denkweise nichts schaden könnte. Der etwas süßliche und prickelnde Wein dieser sozialistischen Kulturphilosophie würde dadurch etwas mehr Kraft und Herbe bekommen. Ich gehöre wirklich nicht zu den Leuten, die durch eine Art Heiligsprechung alles dessen, was proletarisch ist, dazu beigetragen haben, dass das Heil nur im *Proletarischen* gesehen wird. Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, dass die Sozialdemokratie nichts hinzuzulernen hat. Im Gegenteil. Der Sozialismus ist noch nichts weniger, als eine abgeschlossene Weltanschauung; er soll es erst werden. In ihm aber liegen die gebundenen Kräfte einer neuen Religion. Das Wort ist von Pfaffenhänden so abgegriffen, dass man es eigentlich nicht gerne gebraucht; aber man wird verstehen, was ich meine. Damit diese gebundenen Kräfte frei werden, dazu hat das Proletariat indessen doch noch andere Dinge nötig, als die Seelenintimität einiger feingeistiger Köpfe. Diese betonen ja selber, dass die Absonderung der Geistesmenschen vom Proletariat vom Übel sei, dass sie (die Geistesmenschen) auch das Proletariat der Suchenden und Aufstrebenden zu charakterstarker Vollmenschlichkeit nötig hätten. Aber zu den allerersten Grundsätzen der sozialen Demokratie gehört es, dass, wer dem Proletariat etwas sagen will, sich erst in seine eigenen Reihen als einfacher Soldat stellen soll, nicht nur durch geistiges Fühlnehmen, sondern auch durch offenen Übertritt zur Partei. Das organisierte Proletariat ist einmal die historische und historisch einzig mögliche Trägerin des Sozialismus, und man kann es verstehen, dass es sich nichts über den Gartenzaun hereinreden lässt. In dem Massengefühl des Proletariats ist es ein sehr wertvolles Stück, dass es sich nur von Personen leiten lassen will, welche durch das persönliche Opfer der Parteizugehörigkeit — und für Intellektuelle ist auch heute noch das bisweilen ein persönliches Opfer — eine Feuerprobe bestanden haben. Sein sozialer Sinn und Instinkt ist in dieser Beziehung gut entwickelt. Aber in dieser seiner Stärke liegt auch zugleich die Gefahr seiner Schwäche.

Diese Gefahr besteht darin, dass der Sozialismus als Kulturbewegung sich nur in dem Rahmen einer straffen Organisation betätigen, und dass eine Folge langjährigen Schaffens innerhalb der Organisation bürokratische Erstarrung und Verwechslung der Idee mit den Trägern der Idee werden kann. Es ist dies das Schicksal der christlichen, speziell der katholischen Kirche gewesen, dass sie trotz ihrer ausserordentlichen Anpassungsfähigkeit schliesslich doch die innere Weiterentwicklung über den äusseren Organisationsbetrieb vergessen hat. Es liegt den Angehörigen einer Klasse ungeheuer nahe, besonders wenn sie sich in einer schweren Kampfarbeit, wie es die des Proletariats ist, befindet, sich selbst zu überschätzen und mit den von ihr vertretenen Forderungen zu identifizieren. Dieser Gefahr kann durch nichts wirksamer begegnet werden, als durch eine fortwährende Verinnerlichung und Vertiefung nicht nur der sozialistischen Theorie, sondern vor allem des praktischen Lebens in sozialistischem Sinne. Es braucht hier gar nicht näher ausgeführt zu werden, dass nicht der leidende, sondern der tätige Altruismus auch beim einzelnen ein Stück der sozialistischen Lebensanschauung sein muss. Diese psychischen Voraussetzungen des Sozialismus werden sich nicht ganz von selbst im wirtschaftlichen Kampfe entwickeln, sondern sie müssen bewusst erzogen werden.

Es ist an der gegenwärtigen Bewegung in der Partei für Jugenderziehung das Erfreulichste und Wichtigste, dass sie die Parteigenossen auf einem praktischen Wege dazu führt, die psychologischen Notwendigkeiten sozialistischer Zusammenlebens im Familien- und Bekanntenkreise zu erforschen, sich anzueignen und in der Praxis zu betätigen. Denn gerade der junge Mensch ist es, der dem Negativen gegenüber, das ja in der Kritik der Partei an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung genügend stark vertreten ist, sich ablehnend verhält und nach Positivem strebt. Das ist der Weg, auf dem wir von innen, aus den realen Verhältnissen heraus, und nicht von aussen her durch rein geistige Anregung, zu einer Ethik des Sozialismus kommen müssen und kommen werden. Die Pflege des rein Menschlichen in der Partei, die Anerkennung der Tatsache, dass auch der Gegner ein Mensch, ein Faktor in dem Entwicklungsgang des Lebens, ein Glied in der Arbeit der Menschheit ist, das alles ist nicht nur möglich, sondern sogar nötig. Aber ebenso, wie sich die Partei hüten muss vor dogmatischer Verknöcherung durch Verwechslung der Idee mit der Organisation, ebenso sehr und noch mehr muss sie sich bewahren vor Zersplitterung und Selbstauflösung, muss sie festhalten an ihrem Klassenkampfcharakter. Denn darin liegt ihre bodenstämmige Urkraft für alle Zeiten. Die Parteiziele fallen zwar nicht mit den letzten und höchsten Kulturforderungen der Menschheit zusammen; diese letzteren sind aber nur auf dem Weg über die ersteren zu erreichen. Und wer da nun glaubt, aus dem Proletariat nur Kraftsaugen zu können, ohne in seinen Reihen mitzukämpfen, dem wird es gehen, wie den Pflanzen, die wurzellocker sind, und die verdorren, ehe sie zur Blüte gelangen. Jedes einzelne Mitglied der Partei wird sich aber andererseits immer mehr darüber klar werden müssen, dass die Qualität eines Ganzen durch die Qualität seiner einzelnen Teile bestimmt wird, und dass, wer selbst an seiner geistigen und sittlichen Veredelung arbeitet, damit auch zur Verwirklichung der höchsten Kulturziele der Menschheit beiträgt.

XX

HUGO POETZSCH · DIE GEWERBSMÄSSIGE STELLENVERMITTLUNG

 EIT einer Reihe von Jahren ist die Frage des Arbeitsnachweises je länger je mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. In den Kämpfen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft hat sie vielfach eine Rolle gespielt. In einzelnen Berufen sind neben den Tarifvereinbarungen auch Vereinbarungen über den Arbeitsnachweis geschaffen worden; wie die ersteren sich auf immer weitere Berufe und Orte ausdehnen, so nimmt auch die Zahl der paritätisch verwalteten Arbeitsnachweise stetig zu. Es ist das die höhere Stufe der Entwicklung, die meist erst nach heftigen Kämpfen erreicht wurde, dann nämlich, wenn die Kämpfenden ihre Kraft gemessen und zu der Einsicht gekommen sind, dass sie den Gegner doch nicht vollkommen zu vernichten vermögen. Früher hatte in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Satz, dass die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gehilfenschaft gehöre, unangefochten Geltung gehabt. Im Prinzip hält, wie aus den Beschlüssen des Frankfurter

Gewerkschaftskongresses /1899/ ersichtlich, die Arbeiterschaft auch jetzt noch an diesem Grundsatz fest. In der betreffenden Resolution wird jedoch die Mitwirkung der Gewerkschaften an paritätischen, sowie an städtischen Arbeitsnachweisen unter bestimmten Voraussetzungen für zulässig erklärt. Im ganzen also eine Tendenz nach Zentralisation und Neutralisierung des Arbeitsnachweises, dergestalt, dass Unternehmer- und Arbeiterverbände ihre Nachweise zu gunsten der paritätischen oder der städtischen aufgeben.

Neben diesen höheren Formen der Arbeitsvermittlung bestehen aber noch andere Arten: die durch Umschau, Herbergen, allerhand Wohltätigkeitsvereine, durch Zeitungsinserate und endlich die gewerbsmässige. Nur von dieser letzteren soll in nachstehendem die Rede sein. Die gewerbsmässige Stellenvermittlung erstreckt sich auf einen bestimmten Kreis von Berufen; vor allem auf die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie: die Bäcker, Schlächter, Konditoren, ferner auf die gastwirtschaftlichen Arbeiter, Friseure, das kaufmännische Personal, die Seeleute, Schauspieler und endlich auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten. Wie man sieht, handelt es sich da um Berufe, deren Angehörige zu den rückständigsten Arbeiterkategorien gehören, wo entweder noch gar keine Organisation vorhanden, oder wo diese noch zu schwach ist, um die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die gewerbsmässigen Stellenvermittler und Gesindevermieter zu schützen.

Wie die modernen Arbeiterorganisationen und Unternehmervverbände, so haben auch die ehemaligen Gesellenverbände und Zünfte eine Stellenvermittlung gehabt, wenn auch in viel primitiverer Form; meistens vollzog sich die Zuweisung von Arbeit, die Einstellung von Gesellen in den Zunftherbergen. Das Stellenmittlergewerbe hingegen ist im wesentlichen ein Produkt neuerer Zeit; einige Bedeutung erlangte es erst mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus. Für Deutschland liegt über die Anfänge der gewerblichen Arbeitsvermittlung Material nur in geringem Umfange vor; dagegen hat das französische Arbeitsamt eine umfangreiche Schrift herausgegeben, betitelt *Le placement des employés, ouvriers et domestiques en France*, in der alle Formen der Arbeitsvermittlung eine eingehende dokumentarische Darstellung erfahren. Mit der Lockerung der alten festgefügtten Zustände erstehen neue soziale Gebilde. Die fortschreitende Teilung der Arbeit, der wachsende Reichtum und das Luxusbedürfnis lassen neue Gewerbe und Beschäftigungsarten entstehen, für die eine korporative Gebundenheit, eine Zunft nicht besteht. Für diese nichtzünftigen, freien Berufe wurde schon Anfang des XVII. Jahrhunderts ein neues System der Stellenvermittlung ins Leben gerufen. Durch königliches Dekret erhielt ein gewisser Renaudot für sich und die Seinen das Privileg, *bureaux d'adresses* zu errichten, durch welche Stellung finden sollten: Sekretäre, Erzieher, Verwalter, Haushofmeister für Hotels und Privathäuser, Hausdiener, wie überhaupt das Gesinde. In diesen Bureaus haben wir wohl die Vorläufer der heutigen gewerbsmässigen Stellenvermittlungsbureaus in Frankreich zu suchen. Die grosse Revolution hatte mit den Zünften auch deren Arbeitsnachweise hinweggefegt. Auch in der Folge bleibt die französische Gesetzgebung von einer gegen die berufsgenossenschaftlichen Verbindungen gerichteten Tendenz beherrscht; in derartigen Zwischengliedern sah man nach der mit der Revolution zur Geltung gelangten Auffassung nur schädliche Hindernisse für die Entwicklung unmittelbarer Beziehungen zwischen den

einzelnen und dem Staat. Das Gewerbe der Stellenvermittlung gelangte unter den Schutz des Artikels 7 des Gesetzes vom 17. März 1791, der es jedermann freistellt, »sein ihm geeignet erscheinendes Gewerbe auszuüben, unter der Voraussetzung der Erlangung einer Konzession, der Zahlung ihrer Gebühr und der Befolgung der polizeilichen Anordnungen«. Wie aus zahlreichen Beweisstücken (Gerichtsurteilen, Polizeurteilen etc.) hervorgeht, haben sich die noch heute zu beobachtenden Missstände innerhalb der gewerbsmässigen Stellenvermittlung schon nach kurzer Zeit herausgestellt. Es beginnt nun ein Kampf zwischen den Stellenvermittlern und den von ihnen ausgebeuteten Arbeitergruppen, in denen die Behörden bald mehr auf die Seite der Stellenvermittler, bald mehr auf die der Arbeiter treten. Dieser Interessenkampf hat in Frankreich seinen vorläufigen Abschluss gefunden mit dem Gesetz vom 14. März 1904, auf das wir noch zu sprechen kommen werden.

In Deutschland ist zur Ermittlung des Standes des Arbeitsnachweises im allgemeinen bislang recht wenig geschehen, soweit wenigstens die staatlichen Organe in Betracht kommen; die von privater Seite unternommenen Untersuchungen über den Arbeitsmarkt und den Arbeitsnachweis haben dagegen in den letzten Jahren einen grossen Umfang angenommen, und die Literatur über diesen Gegenstand hat eine grosse Bereicherung erfahren. Im Jahre 1891 wurden vom preussischen statistischen Amt Erhebungen über die Arbeitsvermittlung in Preussen veranstaltet. Danach wurden damals 5216 Agenten, Stellenvermittler etc. gezählt, wovon 3931 weiblichen Geschlechts. Nach den statistischen Erhebungen einer Reihe von Einzelstaaten vom gleichen Jahre kann ungefähr die Zahl derjenigen Vermittler geschätzt werden, die sich fast ausschliesslich mit der Vermietung des Gesindes beschäftigten. In Preussen betrug sie 664, in Bayern 477, in Baden 241, in Württemberg 109. Für das ganze Deutsche Reich dürfte man die Zahl dieser Gewerbebetriebe hiernach mindestens auf über 3000 schätzen können. In den einzelnen Städten haben sie sich seitdem zum Teil rascher vermehrt, als die Bevölkerung. So gab es in Nürnberg im Jahre 1898 30 Gesindevermieter, während im Jahre 1903 deren 68 gezählt wurden; in Dresden 1875 55, 1885 105, 1895 190; in Berlin bestanden laut Adressbuch 1900 6 Ammenvermieter, 204 verschiedene Gesindevermieter, 1903 7 Ammenvermieter, 220 verschiedene Gesindevermieter. Der *Vorwärts* vom 2. Dezember 1899 schätzte jedoch damals schon die Zahl der Mietsfrauen auf zirka 600. Richtig ist jedenfalls, dass in den Grossstädten vielfach das Vermittlungsgewerbe heimlich betrieben wird. Von den 1894 in Preussen gezählten 5216 Vermittlern waren 632 wegen 761 Verbrechen vorbestraft, und zwar wegen Diebstahls 346, wegen Körperverletzung 109, wegen Kuppelei, Hehlerei 25, wegen anderer Verbrechen 281. Ausserdem wurde noch eine grosse Anzahl dieser Leute als *übelbeleumdet* bezeichnet. Diese Angaben lassen einen Schluss zu auf die moralische Qualifikation eines grossen Teiles dieser Gewerbetreibenden.

Der Geschäftsumfang der gewerblichen Stellenvermittlung lässt sich statistisch kaum erfassen. Die notwendigen Angaben müssen von den beteiligten Stellenvermittlern selbst ausgehen, und da es sich hier vielfach um Personen handelt, die eine grosse Schreibgewandtheit nicht besitzen und auch alle Ursache haben, den Umfang ihres Geschäftsbetriebes zu verschleiern, so sind zuverlässige Daten kaum erhältlich. Von den 587 721 Vermittlungen, welche

im Jahre 1894 als perfekt geworden, gemeldet wurden, entfiel nach amtlicher Feststellung der Löwenanteil auf die gewerbsmässigen Gesindevermieter und Stellenvermieter, nämlich 381 206 oder 64,86 %. Im ganzen erstreckten sich die Erhebungen auf 13 verschiedene Arbeitsnachweisarten. Auf die Arbeiterfachvereine, inklusive die Hirsch-Dunckerschen, entfielen nur 26 760 oder 4,55 %. Hierzu ist aber zu bemerken, dass das, was der Bearbeiter der Erhebungen, Regierungsrat Evert, selbst wiederholt von diesen sagt, nämlich, dass sie höchst lückenhaft sind, für diesen Teil ganz besonders zutrifft. »Namentlich«, so heisst es da, »fehlt es an Angaben von der Mehrheit der Fachvereine.« Ebenso wenig, wie über den Umfang der gewerbsmässigen Stellenvermittlung, können über die Einnahmen der Vermittler zuverlässige Zahlen beigebracht werden. Immerhin ist auch in dieser Beziehung einiges Material vorhanden, das bei aller Lückenhaftigkeit doch einen Schluss zulässt über die Vergeudung von Volksvermögen durch diese Vermittlungsart. So besteht in Berlin ein Stellenvermittlungsbureau, das einen Grossbetrieb in diesem Gewerbe darstellt. Es beschäftigt sich hauptsächlich mit der Vermittlung für Mädchen für alles und Küchenpersonal für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. Die Inhaber dieses Bureaus zahlen allein an Miete für die Geschäftsräume 17 000 Mark jährlich und haben 40 Angestellte. Dieses Geschäft vermittelte in der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1901 19 818 weibliche und 9067 männliche Personen. Es vereinnahmte in dieser Zeit an Gebühren — die Taxe beträgt 3 Mark für Dienstherrenschaften und 1 Mark für Dienstnehmer — 101 939,50 Mark. Vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1902 vermittelte es 21 448 weibliche und 7272 männliche Personen; die Einnahmen in diesen Zeiträumen betragen 103 972 Mark. Das ergibt also in einem Jahre über 200 000 Mark an Bruttoeinnahmen. Der Reingewinn dürfte auf 60- bis 70 000 Mark zu veranschlagen sein. Durch die Breslauer Tageszeitungen lief vor einigen Wochen eine Notiz, deren tatsächlicher Inhalt wohl auf Mitteilungen von der Polizeibehörde zurückzuführen sein dürfte. Danach existieren dort 26 Stellenvermittler, die sich mit der Vermittlung von gastwirtschaftlichem Personal beschäftigen. Diese besetzten im Jahre 1904 8016 Stellen und vereinnahmten dafür 51 818 Mark. Mit vollem Recht wurden die Angaben von dem Verfasser der Notiz als zu niedrig taxiert, die vereinnahmten Summen wurden auf 150 000 Mark geschätzt.

Die Höhe der Gebühren variiert sehr: Die Dienstboten zahlen in der Regel 1 bis 3 Mark, auch 5 Mark, die Dienstgeber in der Regel ebenso hohe Summen. Für landwirtschaftliche Arbeiter werden von seiten der Landwirte bis zu 20 Mark gezahlt, durch Lohndruck freilich auf die Arbeiter abgewälzt. Die höchsten Gebühren werden wohl im Gastwirtschaftsgewerbe, von den Kellnern und Oberkellnern (selten unter 5, meist aber 15, 20 Mark bis zu 150 Mark), und von den Künstlern und Schauspielern gezahlt, wiewohl letztere in der Regel 3 bis 5 % und auch mehr von ihrer Jahresgage dem Vermittler zahlen müssen. Nach dem Gesetz haben die Vermittler ihre Tarife der Behörde nur zur Kenntnisnahme, nicht zur Genehmigung einzureichen. Über die im Tarif festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler aber unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen Gelder aus dem Vermittelten herauszupressen. In vielen Fällen geschieht dies in der Weise, dass die Vermittler bestimmte Forderungen gar nicht stellen, sondern die einzelnen Stellessuchenden zu gegen-

seitigem Überbieten anreizen. Andere Vermittler haben entweder selbst Gastwirthschaften, oder sie stehen mit solchen in mehr oder weniger engen Beziehungen, so dass die Stellesuchenden verpflichtet sind, dort zu verkehren und hohe Zechen zu machen. Die preussische Ministerialverordnung vom 10. August 1901, betreffend die Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler — eine Anzahl Bundesstaaten hat ähnliche Vorschriften erlassen —, wonach es den Gesindevermietern und Stellenvermittlern verboten ist, gleichzeitig eine Gast- oder Schankwirthschaft zu betreiben, hat nur die Wirkung gehabt, dass die betreffenden Stellenvermittler in ihre Gastwirthschaften einen Strohmann hineinsetzen, so dass sie nach wie vor die Stellesuchenden doch in doppelter Weise ausnutzen konnten. Oder aber die Stellenvermittler bildeten mit einigen Gehilfen der betreffenden Branche, auf die sich ihre Vermittlungstätigkeit besonders erstreckt, zusammen einen Verein, und dann kann ihnen der Betrieb der Stellenvermittlung auch innerhalb der Gastwirthschaft nicht mehr untersagt werden. Voraussetzung in letzterem Falle ist allerdings die unentgeltliche Stellenvermittlung. Die wird zwar inne gehalten, es werden dafür aber Mitgliederbeiträge erhoben; im übrigen werden die Stellesuchenden zu hohen Zechen veranlasst, wodurch die früher erhobenen Gebühren in der Regel mehr als gedeckt werden. In zahlreichen Fällen fühlen sich die Stellesuchenden noch verpflichtet, die in der Regel schlecht bezahlten Buchhalter der Stellenvermittler zu *spicken*. Dazu kommt, dass die Ausnutzung derjenigen Personen, die durch die Vermittler in Stellungen gebracht worden sind, nicht etwa mit dem Perfektwerden der Vermittlung und der Bezahlung der Gebühren aufhört. Der Vermittler (Gastwirt) arrangiert sogenannte *Abendtsche* oder andere Festlichkeiten (von den Gehilfen bezeichnenderweise *Neppessen* genannt), wozu er die von ihm vermittelten Arbeitnehmer einlädt. Diese fühlen sich verpflichtet, der Einladung Folge zu leisten und hohe Zechen zu machen, aus Furcht, andernfalls von dem Vermittler im Bedarfsfalle keine Stellung mehr nachgewiesen zu erhalten. Die Vermittler pflegen auch Besuche in den Gastwirthschaften zu machen, in welche sie Personal vermittelt haben; die Zechen, die sie dort machen, müssen in vielen Fällen von den dort servierenden Kellnern getragen werden.

Der überwiegende Teil der Gastwirte, Direktoren, Geschäftsführer etc. unterstützt die gewerbsmässigen Stellenvermittler durch Zuweisung von Aufträgen. In einzelnen Fällen soll eine direkte Teilung der von den Vermittelten verlangten Gebühren stattfinden. Positive Beweise können hierfür naturgemäss nicht erbracht werden, dagegen steht fest, dass Geschäftsverbindungen anderer Art zwischen Gastwirten und Vermittlern bestehen. An vielen gastwirthschaftlichen Unternehmen sind die Vermittler finanziell beteiligt; in solchen Fällen besteht gewöhnlich ein Vertrag, durch den es den betreffenden Gastwirten untersagt ist, andere Stellenvermittlungen für ihren Personalbedarf in Anspruch zu nehmen. In anderen Fällen hat Abnahme von Bier oder Wein seitens des Vermittlers genügt, um diesem die Vermittlungen von gastwirthschaftlichem Personal für grosse Brauereiauschanke oder Weinrestaurants zu sichern. So hatte die Breslauer Brauerei Haase für ihre Auschanke in Berlin ein besonderes Vermittlungsbureau in dem Lokal eines Gastwirtes, der von ihr das Bier bezog, errichtet. Und die bekannte Weinfirma Trarbach übergab einem Gastwirt den Auftrag, ihr das gesamte Personal, das sie für ihr neu zu er-

öffnendes Weinrestaurant zu Berlin benötigte, zu engagieren. Der betreffende Gastwirt bezog Trarbach-Weine, und diejenigen, welche auf eine Stellung in oben bezeichnetem Betriebe reflektierten, waren verpflichtet, wochenlang vorher bei dem Gastwirte zu verkehren und Trarbach-Weine zu hohen Preisen zu trinken. Es gibt nicht wenige Gastwirte, die sich schon allein durch mehr oder weniger hohe Zechen, die der Vermittler bei ihnen macht, beeinflussen lassen. Oberkellner, Geschäftsführer etc. weisen dem Vermittler die Aufträge vielfach deswegen zu, um später wieder durch ihn Stellung zu bekommen.

Die Stellenvermittler befördern auch direkt den Stellenwechsel durch Einwirkung auf die Arbeitgeber, denen sie geeignetes Personal, und durch Beeinflussung der Arbeitnehmer, denen sie bessere Posten in Aussicht stellen. Ferner durch fortgesetzte schriftliche oder persönliche Offerten, die letzteren verbunden mit Trinkgelagen, durch die sie die betreffenden Geschäftsinhaber zu verpflichten suchen. In der gleichen Weise pflegen auch die *Sprechmeister* der Innungen der Bäcker, Fleischer, Friseure etc. zu verfahren. Die Stellenvermittler begünstigen ferner auch den Kautionschwindel. In den meisten Fällen ist die Insolvenz des Auftraggebers ganz offenbar. Dennoch wird ihm durch den Vermittler der kautionsfähige Angestellte nachgewiesen. Sobald aber der Vermittelte die unreelle Unterlage des Betriebes erkannt hat, versucht er, um sein Geld zu retten, durch den selben Vermittler wieder loszukommen. Dieser sucht nun einen neuen Ersatzmann, der durch eine mindestens gleich hohe Kautioneinlage den Vordermann auslösen muss. In der Regel aber werden diese Kautionssummen gesteigert. Bei den sich wiederholenden Manipulationen erleidet der Vermittelte immer Verluste, während der Vermittler in jedem Falle gewinnt.

Für die Arbeitnehmer derjenigen Berufsgruppen, in denen die gewerbsmässige Arbeitsvermittlung vorherrschend ist, entsteht noch ein besonderer, ganz schwer wiegender Nachteil durch den *Lohndruck*, den die Vermittler befördern. Der Arbeitsnachweis ist in diesen Berufen durch die Dutzende von Vermittlungsstellen ganz und gar zersplittert; eine Übersicht über den Stand des Arbeitsmarktes auch nur annähernd zu erlangen, ist für die Arbeitnehmer ausgeschlossen. Die Konkurrenz der Stellenvermittler unter einander veranlasst diese, den Unternehmern das Personal zu immer billigeren Lohnsätzen anzubieten. Durch die schriftlichen Offerten und die persönlichen Besuche, die der Vermittler den Unternehmern wiederholentlich macht, wird diesem immerfort vor Augen geführt, dass genügend stellungsloses Personal vorhanden ist, bereit, für die eventuell zu entlassenden Gehilfen einzutreten. Dadurch werden naturgemäss die Lohnsätze nach unten gedrückt und die Arbeitsverhältnisse (Behandlung, Kost und Logis etc.) verschlechtert. Dieser Umstand zusammen mit den oben bezeichneten Gründen machen es denn auch erklärlich, dass die Gastwirte, die Bäcker- und Fleischermeister mit Vorliebe bei den gewerbsmässigen Stellenvermittlern ihren Bedarf an Personal decken und mit diesen stets in freundschaftlichen Beziehungen leben. So beklagen sich die Innungen jener Berufe, dass ihre Mitglieder, obwohl sie durch Statut hierzu verpflichtet wären, doch die Innungsnachweise zum grössten Teil nicht in Anspruch nehmen. Für die Arbeiter allerdings ist auch in dem entgegengesetzten Falle nicht viel gewonnen. Nicht allein, dass sie auch hier durch Zahlung von Gebühren die Kosten für die von den Innungen eingerichteten Nachweise zu tragen haben,

sondern es fehlt ihnen auch sonst an jedem Einfluss auf die Geschäftsführung der selben. Das Innungsgesetz sieht einen solchen Einfluss der Gesellen auf die zu ihren Gunsten errichteten Institutionen wohl vor, aber der Mangel einer gefestigten Organisation bringt eben auch in diesem Falle die betreffenden Arbeiter um die formell ihnen zustehenden Rechte.

Damit sind wohl die vorherrschendsten, nicht aber alle Nachteile, welche die gewerbsmässige Stellenvermittlung für die beteiligten Arbeiter im Gefolge hat, aufgezählt. Das Material über die Missstände in diesem Gewerbe ist ein geradezu unerschöpfliches, und alle behördlichen Eingriffe haben nicht vermocht, den Umfang der gewerbsmässigen Stellenvermittlung einzudämmen, noch die Missstände zu beseitigen, sie haben höchstens dazu geführt, immer neue Formen der Ausbeutung zu zeitigen. Kein Polizeigesetz vermag alle Schliche und Ränke zu treffen, die von skrupellosen Industrierittern in Anwendung gebracht werden, um ihre Opfer zu rupfen. Die Arbeiter der betreffenden Berufe, die Bäcker, Fleischer, das gastwirtschaftliche Personal, sind zu schlecht organisiert, als dass sie im stande wären, sich aus den Armen der gewerbsmässigen Stellenvermittler zu befreien; andere Gruppen, wie die Landarbeiter und Dienstboten, haben ja gar nicht die Möglichkeit, sich zu koalieren. Aus allen diesen Gründen muss gefordert werden, dass hier der Staat mit seinen Machtmitteln eingreift. Diese Forderung wurde auch auf der vom 9. bis 11. November 1905 in Wiesbaden abgehaltenen Arbeitsnachweiskonferenz von dem Referenten Dr. Franz Ludwig-Lübeck, sowie von dem Schreiber dieses, der als Korreferent für das Gastwirtsgewerbe sprach, aufgestellt. Wir lassen hier die Thesen im Wortlaut folgen. Herr Dr. Ludwig beantragte die folgenden:

1. Der gewerbsmässige Arbeitsnachweis ermöglicht eine weitgehende Individualisierung und Rücksichtnahme auf lokale und persönliche Besonderheiten beim Abschluss von Arbeits- oder Dienstverträgen. Gegenüber diesem Vorzuge wirkt als Gegentendenz das persönliche Erwerbsinteresse des Vermittlers, zu dessen Existenz der häufige Stellenwechsel die Vorbedingung ist. Bei dem gewerbsmässigen Arbeitsnachweis ist daher die Versuchung zu unreellem Geschäftsgebarren besonders gross. An der Arbeitsvermittlung besteht aber ein öffentliches Interesse, das der gewerbsmässige Arbeitsnachweis zu wahren naturgemäss nicht befähigt ist. Er wirkt daher überwiegend als schädliches volkswirtschaftliches Zwischenglied, das sich zwischen die Kontrahenten eines Arbeits- oder Dienstvertrages einschleibt und aus Selbsterhaltungstrieb beide Parteien auszubeuten strebt. Vorzugsweise haben unter der gewerbsmässigen Stellenvermittlung die Arbeitnehmer, namentlich im Gast- und Schankwirtsgewerbe zu leiden, aber auch die Arbeitgeber, namentlich der Landwirtschaft und des Hausgesindes.
2. Die seitherige deutsche Gewerbegesetzgebung, insbesondere die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 mit den partikularrechtlichen Ausführungsverordnungen, hat die Missstände nicht zu beseitigen vermocht. Namentlich dort, wo der gewerbsmässige Arbeitsnachweis den Arbeitsmarkt ganz oder teilweise beherrscht, haben sich die gewerbepolizeilichen Bestimmungen als unzulänglich erwiesen.
3. Da der gewerbsmässige Arbeitsnachweis überwiegend überflüssig ist, unausrottbare Schäden zeitigt und sich als ein besonders geeigneter Nährboden für Schwindel-existenzen darstellt, ist seine gänzliche Ausschaltung und sein vollständiger Ersatz durch öffentliche von gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitete Arbeitsnachweise prinzipiell anzustreben.
4. Ein weiteres Eingreifen der Reichsgesetzgebung zu gunsten der Interessenten wie der Fortentwicklung der öffentlichen Arbeitsnachweise ist (unumgänglich) notwendig.
5. Als Vorschläge der Reform sind in Betracht zu ziehen entweder das reichsgesetzliche Verbot jeder gewerbsmässigen Stellenvermittlung bei gleichzeitiger Entschädi-

gung der Vermittler nach dem Vorbild des französischen Gesetzes vom 14. März 1904 oder zunächst eine Änderung des § 34 der Reichsgewerbeordnung, dahingehend, dass die Konzessionierung der Gesindevermieter und Stellenvermittler von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht wird und dass letzteres unbedingt überall dort zu verneinen ist, wo öffentliche, von gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitete Arbeitsnachweise bestehen. Welcher dieser beiden Wege, die auf das selbe Endziel (die Ausschaltung des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises) hinausgehen, demnächst einzuschlagen ist, erscheint mehr eine taktische, als eine prinzipielle Frage.

6. Vereins- und Innungsarbeitsnachweise sind einer behördlichen Aufsicht nach der Richtung hin zu unterstellen, dass sie gewissen Mindestanforderungen zu entsprechen haben — zum Beispiel Verbot der Stellenvermittlung in Gast- und Schankwirtschaften —, damit nicht die Absichten des Gesetzgebers hinsichtlich der Kontrollierung des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises auf dem Umwege über den Vereinsarbeitsnachweis umgangen werden können.

Die von mir aufgestellten Thesen lauten:

• Unter Zustimmung zu den Punkten 1 bis 3 der Thesen des Hauptreferenten sind noch folgende besondere Schädigungen der Arbeitnehmer durch die gewerbsmässigen Stellenvermittler festzustellen:

Durch die Dezentralisation der Vermittlungsstellen, die meist in direkter oder indirekter Verbindung mit Gastwirtschaften stehen, werden die Stellungsuchenden zu unnötigen, ungewollten Geldausgaben veranlasst.

Die gewerbsmässigen Stellenvermittler befördern den Lohndruck und überhaupt die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse durch künstliche Vermehrung der Angebote von Arbeitskräften.

Sie behindern direkt die Organisationsbestrebungen der Arbeitnehmer, in deren Verbänden sie berechtigterweise ihre gefährlichsten Gegner erblicken.

Das geeignetste Mittel, die schädigenden Wirkungen der gewerbsmässigen Stellenvermittlung aufzuheben und diese selbst zurückzudrängen bis zur gänzlichen Beseitigung ist aber neben dem öffentlich-gemeinnützig geleiteten Nachweis gerade diese Organisation der Arbeitnehmer. Deshalb sind alle zur Stärkung derselben abzielenden Bestrebungen zu unterstützen.

Zur Erweiterung und Ergänzung der übrigen Punkte wären, solange das unter Punkt 3 ins Auge gefasste Ziel nicht erreicht beziehentlich nicht auf einmal durchgesetzt werden kann, noch folgende Vorschläge in Erwägung zu ziehen:

1. Solange Vermittlungsgebühren noch erhoben werden dürfen, sind sie ausschliesslich von dem Arbeitgeber zu tragen und dürfen in keinerlei Form oder Vorwand auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.

2. In Gast- und Schankwirtschaften, in Zigarren-, Weinhandlungen u. s. w. dürfen Vermittlungsgeschäfte nicht vollzogen werden.

3. Einzelpersonen ist jede Vermittlungstätigkeit, auch wenn sie kostenlos ausgeübt wird, zu untersagen.

4. Korporationen, Berufsvereine, Innungen u. s. w. haben die Kosten für die von ihnen betriebenen Arbeitsnachweise aus ihren allgemeinen Fonds zu decken, das heisst sie dürfen die Kosten nicht den in Arbeit oder Stellung gebrachten Arbeitnehmer nach den einzelnen zu stande gekommenen Vermittlungen auferlegen. Auch diese Arbeitsnachweise dürfen weder direkt, noch indirekt mit einer Gastwirtschaft u. s. w. in Verbindung stehen.

5. In denjenigen Gewerben eines Ortes, für die ein paritätischer Arbeitsnachweis zu stande kommt, oder für welche der städtische Arbeitsnachweis unter Zustimmung der Mehrheit der Beteiligten besondere Fachabteilungen eingerichtet hat, müssen auch alle Arbeitsnachweise von Korporationen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine, gemeinnützige Vereine) ihre Tätigkeit einstellen.

In Frankreich ist bereits durch das Gesetz vom 14. März 1904 die gewerbsmässige Stellenvermittlung, allerdings nur fakultativ, verboten. Das heisst, es ist den städtischen Verwaltungen überlassen, ein solches Verbot auszusprechen; in diesem Falle sind die Stellenvermittler, je nach ihrem Geschäftsumfang, zu entschädigen. In Deutschland sind die Ansätze von Arbeitsnach-

weisen öffentlich rechtlichen Charakters in den städtischen und in den sogenannten *paritätischen*, von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam geleiteten Arbeitsnachweisen bereits vorhanden. Die ersteren funktionieren vielfach auf den oben ausführlich behandelten Gründen nicht sehr gut. Solange es gewerbmässige Stellenvermittler gibt, werden die Unternehmer der in Betracht kommenden Berufszweige eben diese, und nicht die städtischen, benutzen. Wandel kann nur hier das strikte Verbot jeder Stellenvermittlung gegen Entgelt schaffen. Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages hat schon längst die Errichtung von Arbeitsämtern, denen auch die Arbeitsvermittlung zuzuweisen wäre, von der Gesetzgebung gefordert.

Vor allem aber müssen auch die betreffenden Arbeiterkategorien unausgesetzt bemüht sein, ihre Organisationen auszubauen und zu kräftigen. Denn es ist eine alte Erfahrung, dass alle zu gunsten der Arbeiter erlassenen Gesetze lediglich auf dem Papier stehen, dass sie nicht durchgeführt werden, wenn nicht eine starke Organisation der Arbeiter deren Innehaltung zu erzwingen vermag.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Bilanz des Jahres 1905

Im grossen und ganzen lautet für das Wirtschaftsjahr 1905 das Schlussurteil aller bis jetzt erschienenen Jahresberichte von Handelskammern und Interessenverbänden übereinstimmend: gesteigerte Umsatz- und Produktionsmengen, dazu günstigere Preise, ausserordentlicher Tatendrang für Erweiterungen und Neugründungen nicht nur im Innern, sondern auch nach aussen, so dass die räumliche Expansion der kapitalistischen Verkehrs- und Produktionssphäre abermals mit Riesenschritten sich vollzieht.

Vielleicht erholte sich England am langsamsten von der vorangegangenen Depression, da bei ihm die ausserordentlichen Wirtschaftsverschiebungen durch die ungeheuren Kriegsaufwendungen unmittelbar und mittelbar auf Produktion und Konsum, auf Transport und Geldmarkt noch lange nachwirkten. Jetzt bemerkt das *Stock Exchange Year-Book* für 1906 zusammenfassend: »Im Vereinigten Königreich ist die Einfuhr sowie die Ausfuhr gewachsen. Nach den Eisenbahntransporten zu urteilen, ist die heimische industrielle Tätigkeit, im Vergleich mit 1904, günstig verlaufen, und sowohl die Post, wie die gewöhnlichen Sparkassen zeigen ein doppelt so rasches

Anschwellen der Emlagen, wie 1904. Ähnlich der bekannte Preisstatistiker A. Sauerbeck: »In unserem Lande war die erste Jahreshälfte vielleicht nur leidlich gut, aber die zweite brachte eine unverkennbare Besserung. Einige der führenden Produktionszweige, vor allem der Schiffsbau und die Baumwollenindustrie, standen in Blüte, während der Maschinenbau und die Eisengewerbe im allgemeinen, obwohl nicht ohne spekulative Beeinflussung, fühlbar sich hoben und die Wollindustrie voll beschäftigt und in befriedigender Lage war. Der Aussenhandel zeigte, nach den Rekordjahren 1903 und 1904, einen weiteren grossen Fortschritt um 51 Mill. Lstrl., wovon allerdings wahrscheinlich die vollere Hälfte höheren Preisen zuzuschreiben ist; die erreichte Gesamtziffer stieg auf 073 Mill. Lstrl. (97 Mill. Lstrl. Barren und Münzen dabei ausgeschlossen). Die Londoner *Clearinghaus*statistik wies von Monat zu Monat ein Anschwellen nach; das gesamte Jahr 1905 ergab gegen das Vorjahr einen Sprung nach vorwärts, wie er in der seit 1868 vorliegenden Statistik noch niemals so verzeichnet war (Gesamtabrechnungen 1905 12 288 Mill. Lstrl., 1904 10 564 Mill. Lstrl.). Im Schiffbau beklagt man bereits, dass man die sich häufenden Aufträge bei wesentlich höheren Materialpreisen ausführen müsse; vor 12 oder 18 Monaten habe man 100

einem gutklassigen Frachtdampfer etwa $5\frac{1}{2}$ Lstrl. Auslagen pro t Leergewicht rechnen müssen, wo sich heute die Kosten pro t auf $6\frac{1}{4}$ bis 7 Lstrl. stellen. Wenn die Reeder dennoch mit der Vergebung neuer Aufträge nicht zögern, so kennzeichnet das die Geschäftslage. An der Spitze des Aufschwungs halten sich die Vereinigten Staaten, deren kritische Periode erst etwa Mitte 1903 einsetzte und bereits im letzten Quartal 1904 wieder endete. Die Mais- und Weizenerte war 1905 eine reichliche, bei guten Weltmarktpreisen, die Baumwollernte eine mittelgute (nach der amtlichen Dezemberschätzung: 10 167 818 Ballen), aber bei recht hohen Baumwollpreisen. Die Eisenbahnen sind bereits überbürdet und planen grosse Verbesserungen ihres Fahrplans und Erweiterungen ihrer Anlagen. Der allseitige Aufschwung konzentriert sich schliesslich in der Eisenindustrie, die alle Kräfte in bisher unerhörter Weise anspannt. So war die wöchentliche Leistungsfähigkeit der im Betriebe befindlichen Hochöfen (mit Steinkohlenfeuerung) am 1. Dezember 1905 474 714 t, dagegen noch am 1. Dezember 1904 357 846 t, am 1. Januar 1904 nur 185 636 t; mit der Ruhe so vieler älterer Hochöfen ist es vorbei, und die Neubauten weisen immer riesenhafte Masse auf.

× Neugründungen ×
Für Deutschland hat der *Deutsche Ökonomist* die übliche Jahresstatistik der Neugründungen von Aktiengesellschaften veröffentlicht. Scheidet man im Jahre 1903 die 160 Mill. M. für die zunächst mehr nominelle Umwandlung des Kruppschen Unternehmens aus, so hat das Jahr 1905 alle seine Vorgänger bis 1901 gewaltig im Aktienkapital überholt. Der letzte Teil des Jahres 1900 brachte bekanntlich bereits die Abflauung der vorigen Aufwärtsbewegung, so dass die Gründungsziffern seit 1894-1895 eindrucksvoll Ebbe und Flut der Konjunktur widerspiegeln.

Jahr	Zahl der gegründeten Gesellschaften	Aktienkapital Mill. M.
1894	92	88,26
1895	161	250,68
1896	182	268,58
1897	254	380,47
1898	329	463,62
1899	364	544,39
1900	261	340,46
1901	158	158,25
1902	87	118,43
1903	84	300,04
1904	104	140,65
1905	191	386,00

Was die einzelnen Branchen angeht, so haben im Jahre 1905 den Hauptanteil an den Neugründungen die Kategorien *Bergbau, Hütten, Salinen* mit 63,23 Mill. M., *Industrie der Steine und Erden* mit 20,78 Mill. M., *Metallverarbeitung, Maschinenbau* mit 25,65 Mill. M., *Chemische Industrie, Heiz- und Leuchtstoffe* mit 29,92 Mill. M., *Baugewerbe* mit 49,13 Mill. M., *Banken* mit 75,49 Mill. M., *Sonstige Transportanstalten* mit 23,56 Mill. M. Die bedeutendste Gründung des Jahres 1905 war die Umwandlung der Hohenlohe-Werke mit einem Kapital von 40 Mill. M. Dann folgt die *Süddeutsche Diskontogesellschaft* mit 20 Mill. M. Kapital.

× Bautätigkeit ×
Die Bautätigkeit, sowie die vorbereitende und parallel laufende Terrainspekulation ist gleichfalls — obwohl mit gewissen Einschränkungen, die vor allem mit der Entwicklung des Leihkapitalmarktes, mit billigem oder teurem *Gelde* zusammenhängen — ein Gradmesser des Geschäftsfiebers. Auch hier finden wir 1905 als ausnahmsweise gutes Jahr. Berlin überragt natürlich alle anderen Gebiete; die Innenzonen der Reichshauptstadt, vor allem die City zwischen Linden und Leipzigerstrasse, dürfte noch niemals eine solche Modernisierung, hauptsächlich der grossen Geschäftshäuser, erlebt haben, wie gegenwärtig. Im Jahresbericht des *Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekendarsteller* pro 1905 heisst es einleitend: »Die Umsätze auf dem Immobilienmarkte in allen seinen Einzelbranchen hat dieses Jahr eine Ausdehnung erfahren, die alles bisher in Gross-Berlin Dagewesene in Schatten stellt. Schon in den Vorjahren konnten wir von einer gesunden Entwicklung des Gesamtmarktes berichten, welche im vergangenen Jahre einen etwas stürmischen Charakter annahm, doch im vorliegenden Berichtsjahre noch um ein Bedeutendes übertroffen wurde. . . Die teils im Vorjahre, teils dieses Jahr mit grossen Kapitalien ausgestatteten Terraingesellschaften haben ihr Gelände erschlossen und parzelliert. Diese Gesellschaften waren sämtlich sehr rührig.« Es wird sogar schon die Befürchtung einer Wohnungsüberproduktion für Berlin selber ausgesprochen, weil die immer rascher zu erreichenden, kommunal gutorganisierten Vororte eine aussergewöhnliche Anziehungskraft entfalten.

×

Deutsche Banken im Ausland

Auf die Erfolge, Erweiterungen und Verschmelzungen unserer Banken kamen wir oft genug zu sprechen. Als weiteren Grundzug der neuesten Entwicklung finden wir ein immer stärkeres Übergreifen in das Ausland, teils um in der Zahlungsvermittlung und Kreditgewährung vom Ausland, in erster Linie von England, unabhängiger zu werden, teils um Neuanlagen in Industrie und Verkehr in Gang zu bringen, um den direkten Handels- und Schifffahrtsverkehr zu fördern. Den zentral- und südamerikanischen Staaten, sowie den Balkanländern scheint dabei neuerdings eine besondere Aufmerksamkeit zugedacht zu sein.

Schiffahrt

Unsere grösste deutsche Schifffahrtsgesellschaft, die *Hamburg-Amerika-Linie*,

wird für 1905, bei sehr starken Abschreibungen, 11 % Dividende geben, gegen 9 % im Vorjahre. Dabei spielen allerdings die Sondergewinne infolge des ostasiatischen Krieges und der deutschen Russenfreundschaft keine geringe Rolle. Doch wird die Gesamtlage von der Verwaltung nicht minder günstig beurteilt. Nach der pressoffiziösen Mitteilung stand das Jahr 1905 für die Reedereien durchgehend im Zeichen der ansteigenden Konjunktur für den Frachtenmarkt; vorübergehende Zwistigkeiten, wie zwischen Hamburg und Bremen, hätten daran nichts ändern können. Dazu komme, dass das Passagegeschäft nach allen Richtungen glänzend gewesen sei, und dass das ostasiatische Geschäft schon während des russisch-japanischen Krieges und noch mehr seit dem Friedensschlusse vorzüglich Resultate ergeben habe. Die Auswanderung der russischen Refugiés komme der Gesellschaft besonders im Passagegeschäft der transatlantischen Route zu statten; nicht nur der Zwischendeckspassage, sondern auch der Kajütspassage gereichte die starke russische Auswanderung zum Vorteil. Für das laufende Jahr kämen voraussichtlich für die ersten Monate noch grosse Maisversciffungen in Betracht, die schon jetzt begonnen haben und die auf die amerikanische Rekorderte des letzten Herbstes zurückzuführen sind. Mit dem 1. März werde jedoch für die Entwicklung der deutschen Schifffahrt der Umstand in Betracht zu ziehen sein, dass infolge des Eintritts der höheren deutschen Getreidezölle ein Rückgang in der Ge-

treideeinfuhr eintreten werde. Es lasse sich jedoch hoffen, dass die Leitung der *Hamburg-Amerika-Linie* im stande sein werde, den hierdurch entstehenden Ausfall durch Gewinne auf anderen Gebieten bis zu einem gewissen Grade wieder auszugleichen.

Schiffbau

Die Kieler Handelskammer nennt, trotz der Misserfolge der Howaldt-

Werke, das Jahr 1905 für den Schiffsbau ein so reges, dass »Mangel an tüchtigen gelernten Schiffsbauhandwerkern« herrsche. Im Flensburger Handelskammerbericht wird, trotz mancher Einschränkungen für 1905, schliesslich gesagt: die Schiffspreise seien in letzter Zeit entsprechend den besseren Frachten gestiegen, und die deutschen Werften sind fast sämtlich für das ganze nächste Jahr bei langsam steigenden Preisen beschäftigt.

Edelmetalle

Ohne in die Irrtümer der Quantitätstheoretiker zu verfallen, darf man der

reichlichen Produktion des Goldes, des Weltwährungsmetalls, eine grosse Bedeutung für die Erleichterung des ganzen Wirtschaftsgetriebes zuschreiben. Auch im Jahre 1905 dürfte sich die oft geschilderte Produktionssteigerung fortgesetzt haben, obwohl Australien (1905 17 544 000 Lstrl., 1904 17 915 000 Lstrl.) stabil geblieben, ja sogar noch etwas zurückgeschritten ist, wofür allerdings Neuseeland eine gewisse Zunahme (151 022 Lstrl. statt 112 017 Lstrl.) zeigt. Dafür fällt die Transvaalgewinnung immer wichtiger in die Wagschale: 1903 mit 12,59 Mill. Lstrl., 1904 mit 16,02 Mill. Lstrl., 1905 mit 20,8 Mill. Lstrl. Das Verbot der Chineseneinfuhr nach Südafrika durch die neue liberale Londoner Regierung dürfte zunächst wenig fühlbar sein, da nicht nur die alten Arbeiter bleiben, sondern auch die bereits abgeschlossenen Werbekontrakte ihre Gültigkeit nicht verlieren; nach den vollzogenen englischen Wahlen wird vielleicht noch mehr Wasser in diesen Wein gegossen werden. Das Silber hielt sich im Londoner Weltmarktpreis etwa auf der Höhe des Jahres 1904, sogar noch etwas darüber im Durchschnitte auf 27¹/₁₆ d pro Unz gegen 26¹/₁₆ d im Vorjahre (und gegen 60,84 d bei der traditionellen alten Wertrelation von Gold und Silber).

×

×

Auswanderung Nach dem *Reichsanzeiger* wanderten im Jahre 1905 143 375 Personen über Hamburg nach überseeischen Ländern aus. Diese Zahl stellt mit der des Jahres 1903 (144 569 Personen) den Höchststand der hamburgischen Auswanderungsziffern im Laufe des letzten Jahrzehntes dar. Von 1896 auf 1897 fiel die Gesamtzahl von rund 53 000 auf 35 000, um dann, fast jährlich in gewaltigem Zuwachs steigend, im letzten Jahre die mehr als vierfache Höhe zu erreichen. Rücklaufende Bewegungen zeigten nur die Jahre 1901 und 1904, indessen handelt es sich dabei nur um einen Ausfall von 8000 respektive 12 000 Personen. Die Zahl der Deutschen unter den Auswanderern hat in dem angegebenen Zeitraum bald ab-, bald zugenommen. Sie fiel von 1896 bis 1898 von rund 12 000 auf 8000, stieg in den nächsten 5 Jahren auf 20 000, um dann abermals auf 16 422 im letzten Jahre zurückzugehen. Sie betrug 1896 ungefähr 23¼ %, 1898 19 %, 1903 14 % und 1905 11½ % der Gesamtziffer der Auswanderung.

Literatur Die wachsende Kartellierung hat ganze Reihen neuer Rechtsfragen aufgeworfen. Teils versucht man, mit den alten, gegebenen Begriffen der Rechtswissenschaft und Rechtsprechung gegen die neuen Wirtschaftsgebilde und ihre vielgestaltigen Betätigungen einzuschreiten, teils passen sich ererbte Vorstellungsweisen durch Erweiterung und innere Umbildung den neuen Tatsachen des modernen Milieus an. Unter der geistigen Führung Dr. Steinbachs ist besonders in Österreich die wirtschaftsrechtliche Analyse der Verbände aller Art zu einer hohen Ausbildung gelangt. Als einen der neuesten und wertvollsten Beiträge dazu darf man das von Karl Menger eingeleitete Werk von Dr. Markus Etinger *Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftssystem*, I. Teil: *Die Kartelle in Österreich* /Wien, Manz/ bezeichnen. Dr. Etinger hegt zweifellos zu weitgehende Erwartungen hinsichtlich der praktisch denkbaren „Einheitlichkeit und Planmäßigkeit der Produktion durch die Kartellorganisation“, aber dieser Überschwang der Hoffnungen ist immer noch fortschrittlicher, als die selbst in Parteinischen noch stark verbreitete Angst vor den kommenden und schon bestehenden kapitalistischen *Monopolen*. Die Bedeutung des Buches liegt jedoch in der Zergliederung der mannigfaltigen Kartelltypen und in dem Versuch, die verschiedenen Kartellebensäusserungen dem juristischen Vorstellungskreis zu assimilieren, der im wesentlichen durch das alte *Freie Konkurrenz*-System und seine theoretische Widerspiegelung geschaffen wurde. Auch die Ausführungen über die tatsächliche und mögliche Preisbildung unter dem Kartellregime verdienen Aufmerksamkeit. × Die Wirtschaftskrisen hauptsächlich als „Inkongruenzen zwischen der Produktion und dem Konsum“ erörtert, unter reichen Literaturhinweisen, Dr. Otto Karmin-Genf in der Schrift *Zur Lehre von den Wirtschaftskrisen* /Heidelberg, Winter/. Die kapitalistische Wirtschaft sei nicht im stande, die Konsumkrisen in bedeutenderem Masse einzuschränken, diese seien mit ihr unlösbar verknüpft. Die tatsächliche Erkenntnis wird durch solche, teils abstrakt schlussfolgernde, teils literarisch referierende Darstellungen kaum gefördert. Die überaus fleissig beigebrachten Zitate bieten jedoch viele nützliche Anregungen. × Etwas Ähn-

× **Kurze Chronik** Die Durchschnittspreise für Fleisch sind nach der *Statistischen Korrespondenz* im Dezember für Preussen etwas gesunken, im Vergleich zum November, der ungefähr dem Oktober (Höchstmonat) noch gleichstand. × Der Vorstand des Kohlen-syndikats erklärte Anfang Januar in einem Rundschreiben: er müsse, entgegen dem Beschluss der Zechenbesitzerversammlung (10 % Einschränkung) die vollen Beteiligungsanteile in Kohlen, Koks und Briketts für das I. Quartal 1906 in Anspruch nehmen. In Schlesien beabsichtigt man die *Kohlenkonvention* zu einem festgefügten Syndikat umzuwandeln; an der Spitze der anscheinlichen Opposition steht Fürst Henckel von Donnersmark, der schon beim Eisenwerk *Kraft* die Syndikatsfreunde gegen sich aufbrachte. × Im *Reichsanzeiger* vom 5. Januar erschien der stenographische Bericht der letzten Kartellenquete-sitzung: über die Verbände in der Tapetenindustrie. × Unter den preussischen Landtagsvorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf, wonach die Sparkassen vom 1. Januar 1907 ab mindestens 15 % des verzinlich angelegten Vermögens in Schuldverschreibungen des Reiches und Preussens anzulegen haben.

×

×

liches gilt auch von dem Werke des der Münchener theologischen Fakultät angehörigen Dr. Franz Schaub *Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter* /Freiburg i. B., Herder/. Die *moralische Beurteilung* und die Wirksamkeit der *theologisch-sittlichen Ideen* spielt hier eine allzu grosse Rolle. Doch bekundet der Verfasser, etwa in der Art von Janssen, eine geradezu erstaunliche Belesenheit und Detailgelehrsamkeit, zum Teil in Quellen, die von uns Weltkindern allzusehr ignoriert werden. Charakteristisch für den stillwirkenden Einfluss der ökonomischen Betrachtungsweise ist ferner das genaue Eingehen auf den zeitgenössischen wirtschaftlichen Untergrunde. X Der für die Kenntnis der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung wichtige und unentbehrliche *Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1904*, erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins /Zürich, Berichthaus/ ist kürzlich leider etwas spät, erschienen. X Eine Ergänzung zu Büchers und Schanz' Finanzarbeiten veröffentlichte der Leiter des Baseler statistischen Amtes Dr. F. Mangold (*Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung 1888 bis 1903* /Basel, Basler Druck- und Verlagsanstalt/). X Rechtsanwalt Dr. Max Büchler (*Die Anfänge der Entwicklung zum modernen Industriestaat* /Basel, Basler Volksblatt/) schildert eingehend und lebendig die erste Ausbreitung der modernen Industrie und Industriemissstände, die ersten Kämpfe um die Fabrikgesetzgebung, vor allem um den Kinder- und Unterrichtsschutz. Das Ganze ist ein instruktiver, leserwerter Beitrag zur Geschichte des Arbeiterschutzes und der Lohnarbeiterklasse in der Schweiz. X Weiter ging uns aus der *Sammlung Göschen* zu: *Finanzwissenschaft* von Dr. R. van der Borcht in 2. Auflage. X Aus der in den anderen Rubriken der Rundschau mehrfach genannten Broschürensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/: A. Seidel *Unsere Kolonien, was sind sie wert, und wie können wir sie erschliessen?* X Aus dem nationalsozialen Hilfeverlag in Berlin-Schöneberg: die neueste Schrift des Lic. Dr. Paul Rohrbach *Deutsch-Südwestafrika ein Ansiedlungsgebiet?* Die bekanntlich recht hohe Wertschätzung unseres Kolonialgebietes durch Rohrbach findet hier anziehenden und zum Teil auch überzeugenden Ausdruck.

MAX SCHIPPEL

Politik

Roter Sonntag Die sozialistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten ersuchten das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, die angeschlossenen Parteien zu bewegen, am 22. Januar 1906 den Jahrestag des Petersburger Blutbades festlich zu begehen. In Ausführung dieses Ersuchens gab das Bureau in Brüssel nachstehende Parole aus: »Am Montag, den 22. Januar, oder wenigstens am Vorabend (Sonntag), werden alle Vereine aller angeschlossenen sozialistischen Parteien Massenversammlungen abhalten und, wo möglich, Umzüge veranstalten. Die bezeichneten Redner werden an den heroischen Kampf unserer Brüder in Russland erinnern, und eine Geldsammlung wird veranstaltet, um mit allen Mitteln den behilflich zu sein, die gegen den Zarismus für die heilige Sache der Freiheit kämpfen.« In Deutschland erfuhr dieses Programm insofern eine Abänderung, als gleichzeitig gegen die bestehenden rückständigen Wahlrechte zu den Landesparlamenten protestiert werden sollte. Schon die Ankündigung dieses Programms genügte, um bei einem grossen Teil der Gegner die ernstesten Besorgnisse zu erregen: man sah Deutschland schon am Vorabend einer Revolution. Man berief sich auf das Überhandnehmen der radikalen Strömung in der Sozialdemokratie, auf die Verhandlungen in Jena, im Reichstage, auf den blutigen Ton der sozialdemokratischen Presse und folgerte daraus, dass die Sozialdemokraten diesmal mit Bestimmtheit Ernst machen würden. Die Scharfmacherpresse setzte kraftig ein, um alle Stützen der heutigen Ordnung gegen das drohende Unwetter mobil zu machen. Und in der Tat ist denn auch alles nervös geworden. Die Vorgänge in Sachsen und Hamburg verschärfen noch die Stimmung. Polizei und Militär, an einzelnen Plätzen sogar die Feuerwehr mit Spritze, waren gegen die vorausgesagte Revolution in Bereitschaft gesetzt. Die ruhige Überlegung war den Gegnern so weit abhanden gekommen, dass sie schon Worte mit Taten verwechselten. Von einem zum andern ist aber ein weiterer Schritt. Vor allem angstigte man sich vor Strassenumzügen, als ob diese allein schon den gewaltsamen Umsturz bedeuteten hätten. Meines Erachtens haben zwar für deutsche Verhältnisse Strassenumzüge nicht den grossen politischen Wert, aber wenn schon die

Arbeiter durch Umzüge die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen lenken wollen, so ist wirklich kein Grund vorhanden, diese Art der Propaganda zu verbieten. Indes, die Gegner hatten eben den Kopf verloren, die Strassendemonstrationen wurden verboten. Die Scharfmacher rechneten trotzdem mit der Möglichkeit von Strassenkämpfen, selbst dann noch, als der sozialdemokratische Parteivorstand die Genossen mahnte, jede Strassendemonstration zu unterlassen und den getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Gewisse Kreise hofften, die Genossen würden dieser Mahnung nicht Folge leisten. So kam der 21. Januar heran. Die Versammlungen wurden massenhaft besucht, nirgends wurde die Ruhe gestört, Polizei und Militär waren ganz umsonst alarmiert. Der Chor der Arbeiter lacht aber nachträglich über die Angst, die das Massenangebot der Sozialdemokratie den Gegnern während einiger Tage eingejagt hat.

×
Russland

×
Die Tragödie von Moskau:
so heisst eines der bedeut-
samsten Glieder in der

langen Kette historischer Ereignisse die man als die *russische Revolution* bezeichnet. In Moskau sind die höchsten und vollkommensten Barrikaden gebaut worden, welche die Geschichte kennt; 10 Tage lang haben viele Tausende todesmutiger Kämpfer erst einen grossen Teil der Stadt, dann einzelne Quartiere gegen die zarischen Truppen verteidigt. Lange, eifrig, systematisch war vorher unter den Soldaten agitiert worden; man hoffte auf den Übertritt ganzer Regimenter zum Volk. Diese Hoffnung blieb unerfüllt, und der Moskauer Aufstand wurde im Blute erstickt. Aber die wahre Bedeutung dieses Aufstandes ist nicht in seinem Ausgang zu suchen, sondern darin, dass er überhaupt stattgefunden hatte, dass er überhaupt möglich war. Moskau bedeutet für das Zarenreich ungleich mehr, als das in später Zeit auf geraubtem estnischen Boden gegründete Petersburg; Moskau bedeutet für die russische Staatskirche und somit auch für die mit dieser Kirche untrennbar verknüpfte zarische Staatsmacht ungefähr das, was Rom für das Papsttum bedeutet. Was bliebe vom Papsttum übrig, wenn Rom von den Türken zerstört würde? Und was bleibt vom Zarentum übrig, wenn Moskau, die heilige Stadt der russischen Orthodoxie,

zur heiligen Stadt der Revolution geworden ist? In Moskau Barrikaden bauen, Moskau im offenen Kampf gegen die zarische Armee verteidigen, das heisst dem einfältigsten Bauer in dem entlegensten Gouvernement mit Donnerstimme in die Ohren schreien: Es gibt kein Zarentum mehr! Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr werden die Wirkungen dieses welthistorischen Ereignisses immer weitere Kreise ziehen und sichtbar zu Tage treten in der Gestalt von revolutionären Erhebungen solcher Bevölkerungsschichten, die bisher kaum der gläubigste Optimist solcher Erhebungert für fähig hielt. Die zu Moskau erschossenen, verbrannten, gehenkten, in Stücke gehautenen Revolutionäre — sie sind es, welche dem Zarentum den Todesstoss versetzt haben. Dass Petersburg nicht über einen missglückten Generalstreik hinaus kam, während Moskau auf den Barrikaden kämpfte, das war wohl eine Niederlage, die aber nicht überschätzt werden darf; Petersburg ist eben Residenzstadt und als solche mindestens ebenso sehr Reaktions-, wie Revolutionszentrum. Dafür schlug an vielen gegen die Peripherie zu gelegenen Punkten die Revolution in hellen Flammen auf, so in Charkow, in Bachmut und Rostow am Don, in Slatust am Ural, in Taganrog und Noworossijsk am Schwarzen Meer, ganz zu schweigen von Transkaukasien, das tatsächlich nicht mehr zu Russland gehört, von Sibirien, von Lettland und Estland. Aus Finnland wird sich das Zarentum früher oder später ganz zurückziehen müssen, in Polen und Litauen fühlt es den Boden unter den Füßen wanken. Die Bauernrevolten in Ukraina, obwohl zunächst nur gegen die Gutsherren gerichtet — beiderseits des Dnieper sollen über 3000 Schlösser zerstört sein — bringen doch auch in ihrer Weise eine Liquidation des Feudalismus zuwege und untergraben damit eine der unentbehrlichsten Stützen der Zarenmacht. Und selbst aus dem rückständigsten aller Grenzgebiete des europäischen Russlands, selbst aus Bessarabien wird ein grosser Bauernaufstand gemeldet, der die Aufteilung der Rittergüter anstrebt. Mögen also in Stadt und Land auch noch Hunderttausende von Menschenopfern fallen: dass das alte Zarentum fortbestehen konnte, kann man kaum noch annehmen. Alle seine Grundlagen wanken: seine militärische Macht nach aussen ist dahin, sein finanzieller Bankerott ist wahrschein-

lich, die eroberten Grenzgebiete fallen ab, die Armee ist desorganisiert, das Prestige der Staatskirche erschüttert, der Grossgrundbesitz dem Untergang geweiht. Freilich, was wird aus dem Zusammenbruch des Zarentums hervorgehen: eine zielbewusste, disziplinierte, zur Neuorganisation von Staat und Gesellschaft befähigte Demokratie, oder aber ein Chaos von Revolution und Konterrevolution, die mit Mord und Brand gegen einander wüten bis zur beiderseitigen Erschöpfung? Für Russland und die ihm sprach- und glaubensverwandten, von der Staatskirche geistig unterjochten Gebiete: Sibirien, Ukraina, Weissruthenien, ist zur Zeit eine Antwort nicht abzusehen, um so mehr, als die mandschurische Armee zwar längst aufgehört hat, dem Zarentum Gehorsam zu leisten, aber statt zu einem Revolutionsheer zu werden, vielmehr von Tag zu Tag mehr zu einem zuchtlosen Landsknechts- und Raubgesindel zu verwildern scheint. Demnach steht leider zu befürchten, dass die opfermutigen Kämpfe der russischen Sozialisten weit mehr den Nachbarvölkern zu gute kommen werden, als ihnen selbst. Für die eigentlichen Grenzgebiete des Zarenreichs dagegen, die annektierten Länder mit eigener höherer Kultur, die jetzt schon selbständige sozialistische Revolutionszentren bilden, für Georgien und Russisch Armenien, für Finnland und Estland, für Lettland, Litauen und Polen stehen die Aussichten günstiger.

× **Kurze Chronik** Der Ministerialverweser Durnowo wurde am 14. Januar zum russischen

Minister des Innern ernannt. × Am 17. Januar fand in Hamburg eine Wahlrechtsdemonstration statt. × Die französische Nationalversammlung wählte mit 449 Stimmen Fallières zum Präsidenten der Republik. Doumer erhielt 371 Stimmen. × Die Wahlen zum englischen Unterhaus verschafften der liberalen Partei eine Mehrheit; gleichzeitig wurden zahlreiche Kandidaten der Arbeiter gewählt, die sich weder auf die liberale, noch auf die unionistische Partei stützen, sondern selbstständig bleiben.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Archive Das Archiv der sozialdemokratischen Partei Deutschlands spiegelt im wesentlichen die politische Bewegung

des deutschen Proletariats wieder. Manche Seite der grossen Kulturbewegung des Proletariats muss das Archiv seiner ganzen Anlage nach unbeachtet lassen, oder es kann diese höchstens nur oberflächlich streifen. Die Geschichte der Kunstbestrebungen des Proletariats zum Beispiel kann das Archiv einer politischen Partei nur in den grossen, das politische Leben beruhenden literarischen Erscheinungen zusammentragen.

Ein grosszügiges Archiv, das alle Seiten des Arbeiterlebens zu umspannen sucht, ist in Schweden gegründet worden. Dort wurde am 1. November 1903 das *Arbetarörrelsens Arkiv* im *Folket Hus* zu Stockholm eröffnet. Sein Zweck ist die Sammlung aller Drucksachen und geschriebenen Dokumente, die sich auf die Arbeiterbewegung Schwedens beziehen. Das Archiv enthält die politischen Zeitungen, Fachzeitschriften, Kongressverhandlungen, Lohntarife, Arbeiterfestprogramme etc. Am 1. Juli wies das Archiv bereits 12006 katalogisierte Nummern, und unter diesen 5500 handschriftliche Dokumente auf. Das Archiv würde gern mit den Archiven anderer Arbeiterparteien zum Zweck eines regen Austausches der Dokumente der Arbeiterbewegung in Verbindung treten.

Die Begründung von Archiven der Arbeiterbewegung empfiehlt sich auch in den Gross- und Industriestädten Deutschlands. Es gibt wohl bisher nur wenige Sammelstellen in Deutschland, wo die Dokumente der politischen, ökonomischen und kulturellen Arbeiterbewegung planmässig zusammengetragen werden.

× **Sonntagsruhe** Auf Ansuchen des Vorstandes der *Gesellschaft für soziale Reform* haben der *Deutsche Verband kaufmännischer Vereine* in Frankfurt a. M., der *Deutschnationale Handlungsgelhilfenverband* in Hamburg, der *Kaufmännische Verein für weibliche Angestellte* in Berlin, der *Verband deutscher Handlungsgelhilfen* in Leipzig, der *Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands* in Essen, der *Verein der deutschen Kaufleute* in Berlin, der *Verein für Handlungskommis* in Hamburg, der *Zentralverband der Handlungsgelhilfen und -gelhilfinnen Deutschlands* in Hamburg Gutachten über die Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe erstattet. Diese sind unter dem Titel *Acht Gutachten über die Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe* /Jena, Gustav Fischer/ erschienen. Bedauerlich

ist es, dass sich der katholische Verband noch für ein einmaliges ununterbrochenes Offenhalten der Verkaufsstellen für Ladengeschäfte (Kleinhandel) bis zu 2½ Stunden erklärt, obwohl gerade — wie Max Josephson in seinem Gutachten mit Recht hervorhebt — die vielen kleinen Verkaufsstellen der Konsumvereine mit einem nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterpublikum gezeigt haben, dass die kleinen Verkaufsläden gänzlich der Sonntagsarbeit entraten können. Der Verein für Handlungskommiss von 1858 in Hamburg scheint sich nicht sehr weit über die Zeit von 1858 hinausentwickelt zu haben, denn im Interesse der Nahrungsmittel- und Zigarrenbranche etc. befürwortet er im allgemeinen für offene Geschäfte die Einführung einer durchgehenden Arbeitszeit von 2 Stunden. Es dürfte höchstens noch, wie Max Josephson im Namen des Zentralverbands der Handlungsgehilfen auseinandersetzt, eine kurze Übergangszeit zur Einführung der vollen Sonntagsruhe zugelassen werden, damit sich die Konsumenten, wie die Ladeninhaber der Lebensmittelbranche an diese Sonntagsruhe allmählich gewöhnen.

× **Prostitution** Ein instruktiver Beitrag zu dem so häufig behandelten und misshandelten

Kapitel der Prostitution ist das Schriftchen des Professors Dr. Alfred Fournier *Die Syphilis eine soziale Gefahr* (Leipzig, Dietrich). Professor Fournier ist ein begeisterter Anhänger der Reglementation der Prostitution. »Wollte man, so schreibt er einmal, »syphilitische Dirnen auf der Strasse frei umherlaufen und anlocken lassen, so wäre das gleichbedeutend, wie wenn man einen tollen Hund frei umherlaufen liesse.« Die rechtschaffenen Männer, die vom Dirnenmarkte eine venerische Krankheit heimbringen, befinden sich natürlich in dem Zustande jener unschuldigen Wesen, die ohne jede Veranlassung von tollwütigen Hunden angefallen werden. Wenn man im Bilde des Professors Fournier bleibt, kann man kurz erklären: Zum Fange tollwütiger Dirnen bedürfte man der Hundefänger, und diese Hundefänger seien eben die Sittenpolizisten. Professor Fournier bringt — hauptsächlich aus seiner Privatpraxis — erschreckende Tatsache über die Verheerungen der Spätsyphilis herbei. Von 5749 Spätsyphilisten zeigten 1451 Hauterkrankungen, 758 Gehirnsyphilis, 631 Rücken-

marksschwindsucht, 519 Erkrankungen der Knochen. Die Syphilis wird vielfach in die Ehe eingeschleppt. Unter 100 venerischen Frauen fand Fournier 20, die von ihren Gatten angesteckt wurden. Die syphilitische Erkrankung des Vaters äussert sich in einer Kindersterblichkeit von 28%, die der Mutter in einer Sterblichkeit von 60%, die Erkrankung beider Eltern in einer Sterblichkeit von 68%. Bei ererbter Syphilis beobachtete Fournier bei 43 Schwangerschaften 11 Fehlgeburten, 3 Frühgeburten, 4 Todesfälle unmittelbar nach der Geburt. Bei angeborener, ererbter Syphilis kann man bei Schwangerschaften nach Fournier auf 50 % Fehl- und Frühgeburten rechnen; in 59 % der Fälle kamen die Kinder tot zur Welt oder starben gleich nach der Geburt.

Professor Fournier ist, wie wir schon ausführten, ein leidenschaftlicher Anwalt der Überwachung der Prostitution. Die Prostitution ist nach seiner Ansicht die eigentliche Nährquelle der Syphilis. Die Syphilis vernichtet die Familie, das Kind, die Rasse. Nach einer Statistik über 11 000 Fälle von Syphilis aus seiner Stadtpraxis stellt Professor Fournier fest, dass die Ansteckung mit Syphilis bei dem Manne am häufigsten zwischen 20 und 26 Jahren und beim Weibe zwischen 18 und 21 Jahren erfolge. 8% der syphilitischen Männer und 20% der syphilitischen Frauen haben sich die Krankheit vor dem 20. Jahre geholt. Gewiss, aus diesen betrübenden Tatsachen muss der Sozialpolitiker den richtigen Schluss ziehen: die Gesellschaft muss Massnahmen gegen die Verbreitung der Syphilis treffen. Die Massnahmen dürfen aber nicht in einer Reglementation der Prostitution bestehen, sondern in einer umfassenden Organisation der Belehrung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, in einer Verbreitung der die venerischen Krankheiten verhindernden Mittel, in einer Begründung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen zur unentgeltlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten und in einem Aufbau leistungsfähiger Fürsorgeerziehungsinstitute für die Jugend.

Mit wichtigen Argumenten schlägt Professor von Düring das Reglementierungssystem in seinem Schriftchen *Die Kasernierung der Prostitution (Abolitionistische Flugschriften, Nr. 6 /Dresden, Scheven/)* zu Boden. Den Humburg, der in geradezu unverantwortlicher Weise mit den niedrigen Ziffern der Bordeller-

krankungen zur Verherrlichung des Reglementierungssystems getrieben wird, zerzaust der Verfasser gründlich. Der Düringsche Satz, dass der Umfang der überwachten Prostitution eine Steigerung der Nachfrage nach der Prostitution überhaupt im Gefolge hat, hält angesichts der massenhaften Prostitution in den Ländern ohne Reglementierungssystem (England) nicht stand. Die Entstehung der öffentlichen, gewerbmässigen Prostitution, sei diese nun polizeilich beaufsichtigt oder nicht beaufsichtigt, wirkt aber jedenfalls immer fördernd auf die Entwicklung der geheimen und der Gelegenheitsprostitution ein. Von relativ hohem sozialpolitischem Werte sind unter Umständen die sozialpolitischen Massnahmen, die an Orten mit sporadischer Prostitution die Bildung eines festen Kerns von gewerbmässigen öffentlichen Dirnen unmöglich machen; denn hat sich an einem Orte erst die Prostitution al-Gewerbe aufgetan, so wird es bald dort von Zutifgenoss:innen und Bönhasen dieser Profession wimmeln.

In das Herz des grossstädtischen, volksvergiftenden Prostitutionstreibens zielt Dr. Willy Hellpach mit seinen Vorschlägen zur Umbildung unseres Genusslebens. Sie streben eine Dezentralisation der Grossstadt, eine Beseitigung der Vorherrschaft der Kneipe, eine Vergeistigung und Versittlichung der Häuslichkeit an. Dr. Hellpach legte seine Vorschläge in einer öffentlichen Ansprache zur Zeit der Tagung des Kongresses der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* in München nieder. Diese Ansprache ist jetzt in den *Mitteilungen* dieser Gesellschaft erschienen. Von einer Monographie Ostwalds *Das Berliner Dirnentum* ist der I. Band unter dem Titel *Berliner Bordelle* / Leipzig, Fiedler/ erschienen. Ein Urteil über den sozialpolitischen und kulturhistorischen Wert der geplanten umfangreichen Ostwaldschen Arbeit kann man sich aus diesem Bändchen noch nicht bilden.

×
Invalidenversicherung

Der Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1904 zeichnet sich, gerade wie der der Vorjahre, durch einen ausserordentlich reichen sozialpolitischen Inhalt aus. Sehr bedeutsam scheint uns die Konstatierung der Tatsache zu sein, dass heute schon mitunter die Invalidenversicherung die Funktion einer Witwenversorgung erfüllt. Im Verwaltungsbericht

heisst es einmal: »Die alten Frauen, ihrer Ernährer beraubt, treten in die Versicherung ein und, wenn die Entwicklung so weiter fortgeht, hat Berlin noch mit einem grossen Anwachsen der weiblichen Rentner zu rechnen; *de facto* zeigt der bisherige Verlauf, dass sich aus dem Invalidenversicherungsgesetz mit seiner, ausserst liberalen Bestimmungen für den Eintritt älterer oder alter Leute in den Kreis der Versicherungspflichtiger Ansätze für die Witwenversorgung herausbilden.« Diese eigenartige Entwicklung der Invalidenversicherung dürfte mit Hochdruck auf die Einföhrung der Witwenversicherung hinarbeiten. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von allen Versicherungsanstalten des Deutschen Reiches dem Heilverfahren die breiteste Ausdehnung gegeben. Und zu welchem herzerfreuenden Resultate führte dieses weitsichtige Vorgehen der Landesversicherungsanstalt Berlin? Bei der Ermittlung der Invaliditätsursachen zeigte es sich, dass bei den Männern die Anteile der Lungenschwindsichtigen gegen die Vorjahre von 281 auf 246 respektive 241 respektive 216 im Berichtsjahre pro Tausend der Rentner gefallen sind. Sehr bezeichnend für die Flucht der Mädchen aus dem Dienstbotenstande ist die Tatsache, die aus der Statistik der Erstattung der Beiträge festgestellt wurde, dass ein gutes Drittel der Dienstmädchen den Beruf gewechselt und zum Handel oder zur Industrie übergegangen ist.

Um die für die Heilstättenbehandlung vorgesehenen Lungenkranken nicht ohne ärztliche Behandlung zu lassen, schuf die Landesversicherungsanstalt die Einrichtung der Auskunftsstellen für Lungenkranke. An der Spitze jeder Auskunftsstelle steht ein Arzt; ihm zur Seite stehen die erforderlichen ärztlichen Hilfskräfte. Ganze Klassen von Personen, denen bisher in Bezug auf die Übernahme des Heilverfahrens ein ablehnender Bescheid erteilt werden musste, können an die Auskunftsstellen zur vorläufigen Fürsorge überwiesen werden. Einen hohen sozialhygienischen Wert hat auch die ganz eigenartige Schöpfung der Landesversicherungsanstalt Berlin: die Heilstätte für Geschlechtskranke in Lichtenberg. Von 466 in Lichtenberg aufgenommenen venerischen Patienten wurden 364 geheilt, 75 gebessert und nur 6 ungeheilt. Die geschlechtliche Ansteckung stammte bei 351 von Prostituierten, bei 73 von Ar-

beiterinnen, bei 4 von der Frau, bei 38 von Unbekannten. Diese Zahlen weisen wieder sehr nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen der öffentlichen und geheimen Prostitution (73 Arbeiterinnen) und der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten hin.

Wir können uns leider wegen Raummangels nicht länger mit dem Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin beschäftigen. Wir verweisen die Sozialhygieniker nur noch zum Schlusse auf die Statistik der Anstalt über die Hauptinvaliditätsursachen im Vergleich mit den sie begleitenden anderen Ursachen.

× **Kurze Chronik** Am 16. Januar fand in Berlin ein Hilfskassenkongress statt,

welcher zu dem neuen Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen Stellung nahm. Alle freien Hilfskassen sollen nach dieser Vorlage dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Der Kongress, auf dem 291 Kassen mit zirka 850 000 Mitgliedern vertreten waren, erklärte, diese Absicht ziele auf eine Beseitigung der Hilfskassen hin. Er sprach sich daher principaliter gegen das Gesetz aus, schlug aber eventualiter eine Reihe von Abänderungen vor.

× **Literatur**

Die Schrift Franz Hoermanns *Wald und Waldverwüstung* /Leipzig, Dietrich/ tritt mit Nachdruck für das Prinzip des Gemeineigentums des Waldes ein. Sie erinnert an den Beschluss der *Internationalen Arbeiterassoziation* von 1868, der zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes und im Interesse der Bewässerung und der Ertragsfähigkeit des Erdreichs das Gemeineigentum der Wälder forderte. Der Wald reinigt die atmosphärische Luft und regelt zum grossen Teil die atmosphärischen Niederschläge, die Wasserläufe und Feuchtigkeit der Erde. Die Schrift Hoermanns fasst in lebensvoller Darstellung die Geschichte der Waldverwüstung zusammen. × Dr. Heinrich Pudor stellt in seiner Schrift *Fideikommisschutz in Deutschland versus Landarbeiterheimchutz in Dänemark* /ebenda/ die Agrarpolitik Dänemarks scharf der Deutschlands gegenüber. Nicht glücklich ist er in seiner Polemik gegen die Ansicht Professor Webers von der Verwerflichkeit des Grundeigentums bei Landarbeitern in Gegenden mit starkem Grossbesitz und wenig Bauern. Pudor geht auf die

agrarpolitischen Debatten der sozialdemokratischen Parteitage ein und begrüsst das Erscheinen des Davidschen Buches *Sozialismus und Landwirtschaft* als eine verheissungsvolle Wendung in der sozialdemokratischen Auffassung des Agrarproblems. × Die *Weiteren Beiträge zu Kinderarbeit und Kinderschutz* von Henriette Fürth /ebenda/ führen die graue, freudlose Existenz der erwerbstätigen Kinder in packenden Zahlen und ergreifenden Bildern den Lesern vor Augen. Die Tendenz der Fürthschen Broschüre spricht sich in der mit starker Leidenschaft vertretenen Forderung *Fort mit der Erwerbsarbeit aus dem Kindesalter!* aus.

Die uns soeben zugesandte *Petition der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz* enthält ein reiches Material aus dem Gebiet der Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften etc. zur Begründung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes. Wir haben bereits früher die Bedeutung der Bauarbeiterschutzbestrebungen gewertet. PAUL KAMPPFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Volkschulgesetz für Preussen In der vorigen Nummer der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 3 ff.) hat

Dr. Arons die preussische Volksschulvorlage nach allgemeinen Gesichtspunkten gewertet. Er hat dabei auch die totale Umgestaltung berührt, die das Verhältnis der Gemeinde und ihrer verwaltenden Behörden zu den von ihnen verwalteten Volksschulen erleidet. Selbstverständlich war es ihm dabei nicht möglich, diesen Gegenstand erschöpfend zu behandeln. Wir werden daher an dieser Stelle noch einiges nachzuholen haben. In der Ausschaltung der Selbstverwaltung tritt die neue Vorlage würdig an die Seite des sogenannten *Kreisarztgesetzes* vom Jahre 1899. Die Tendenz ist in beiden Gesetzen die gleiche. Es soll das Gebiet, auf dem sich die Selbstverwaltung als solche, das heisst als ein nicht in die Hierarchie der Bureaukratie eingereihtes, ihr untergeordnetes und ihrer Befehlsgewalt unterworfenen Organ betätigt, systematisch eingeeengt werden. So schuf das Kreisarztgesetz für die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege, die man geradezu als das spezifische Tätigkeitsgebiet der lokalen Verwaltungskörper bezeichnen kann, die Gesundheitskommission. Diese Körperschaft wird in städtischen Gemeinden nach den Städte-

ordnungen, in Landgemeinden nach der Anordnung des Landrates gebildet. In allen aber hat der Kreisarzt Sitz, wenn auch nicht Stimme. Die ursprüngliche Absicht der Regierung war, diesen staatlichen Beamten zum Vorsitzenden der Kommission zu machen. In dem bereits abgeschwächten Entwurfe, der dem Landtage vorgelegt wurde, hatte der Kreisarzt Sitz und Stimme. Durch eine Reihe weiterer Bestimmungen wird die Stellung des Kreisarztes in den Gesundheitskommissionen bedeutend verstärkt. Er kann diese jederzeit einberufen. Abschrift des Protokolls der Sitzungen muss ihm überreicht werden u. s. w. In dieser Gesundheitskommission wurde also ein Organ geschaffen, das ausserhalb der Selbstverwaltung steht. Sie ist keine städtische Deputation und hat sich doch mit städtischen Angelegenheiten, soweit sie das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege berühren, zu beschäftigen. In der gleichen Weise, nur noch viel weitgehender, wird von der neuen Volksschulvorlage die Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Volksschulwesens ausgeschaltet. Ihre Stellung wird die gleiche, die sie auf dem Gebiete des Polizeiwesens besitzt. Die Verwaltung der Ortspolizei gilt als ein staatliches Hoheitsrecht. Sie ist den Bürgermeistern und Magistraten übertragen, die sie im Auftrage des Staates und in Unterordnung unter die staatlichen Behörden zu führen haben. Die Teilnahme der Gemeindekollegien ist auf die Feststellung des Polizeizustands beschränkt. Durchgeführt ist die staatliche Verwaltung der Ortspolizei in der Mehrzahl der grösseren Städte, wo die staatlichen Polizeipräsidien sie besorgen. Ebenso soll nach der neuen Volksschulvorlage das Volksschulwesen geregelt werden. Dieses ist danach eine staatliche Angelegenheit, deren Verwaltung in Zukunft nicht, wie bisher, den Gemeinden übertragen bleiben, sondern in direktem Gegensatz zu Artikel 25 der Verfassungsurkunde von 1850 einem ausserhalb der Gemeindeverwaltung stehenden Organe, der Schuldeputation, zustehen soll. Der neue Gesetzentwurf will also die Verwaltung des Volksschulwesens verstaatlichen. Die Tätigkeit der verfassungsmässigen Gemeindeorgane wird auf die Feststellung des Schulhaushalts, die Bewilligung der für die Schule erforderlichen Mittel, sowie die vermögensrechtliche Vertretung nach aussen beschränkt. Das ist genau der Umfang, in dem sie auch auf dem Gebiet der

Polizeiverwaltung zuständig sind. Nur dass hier wenigstens eins der Gemeindeorgane, der Magistrat, zu dem Erlass von Polizeiverordnungen seine Zustimmung geben muss, soweit sie nicht in das Gebiet der Sicherheitspolizei gehören, und insbesondere die polizeilichen Gemeindebeamten anstellt. Für die Verwaltung der übrigen Angelegenheiten der Volksschule, soweit diese den Gemeinden überwiesen sind, also die Errichtung und Unterhaltung der Schulen, die Vermögensverwaltung, ist die Schuldeputation zuständig, die ausserdem noch die den Gemeinden und deren Organen vorbehaltene Teilnahme an der Schulaufsicht ausübt. Um an einem Streitfalle, der vor einiger Zeit die Öffentlichkeit bewegte, die Neuregelung der Zuständigkeiten klar zu machen, so wurden nach der neuen Volksschulvorlage nicht mehr, wie bisher, die städtischen Kollegien darüber zu entscheiden haben, wem sie die Benutzung der Volksschulräume ausserhalb der Schulstunden gestatten wollten, sondern ausschliesslich die Schuldeputation. Die Verfügung über kommunales Eigentum wurde den städtischen Behörden entzogen, und damit ein Eingriff in ihre Rechtssphäre gemacht werden, wie man ihn Privaten gegenüber niemals wagen würde. Die Schuldeputation ist nach dem neuen Gesetze Organ der Schulaufsichtsbehörde, soweit es sich um die Ausübung der Schulaufsicht handelt. Sie wird also zu einer Unterbehörde und verliert dadurch die Selbständigkeit, die sie als Organ der Selbstverwaltung hatte. Zugleich wird dadurch das alte Recht der Gemeinden auf Ausübung der Schulaufsicht, das noch im Schulaufsichtsgesetz von 1872 geschont wurde, vollständig vernichtet. Insofern aber die Schuldeputation Organ der Regierung auf dem Gebiete der Schulaufsicht ist, wird ihr jede Selbständigkeit genommen. Denn unter den Begriff *Schulaufsicht* lässt sich schliesslich die gesamte Verwaltung des Volksschulwesens bringen. Der Unterschied zwischen inneren und äusseren Schulsachen, der von der Regierung gemacht wurde, um zunächst die inneren Schulangelegenheiten dem unbeschränkten Verordnungsrechte der staatlichen Bürokratie zu unterwerfen, wird in Zukunft überflüssig. Äussere und innere Schulangelegenheiten unterstehen in gleicher Weise der Befehlsgewalt der staatlichen Schulaufsichtsbehörde. Damit wäre das Ziel der staatlichen Bürokratie legalisiert, nach dem sie ein Jahr-

hundert lang *praeter legem* und sehr häufig *contra legem* mit einer Unzahl ungesetzlicher Verfügungen und Verordnungen gestrebt hat.

Auch in der Zusammensetzung der Schuldeputation zeigt sich der staatliche und nicht kommunale Charakter dieser Behörde. Ihre Mitglieder werden nur zum Teil von den Gemeindebehörden gewählt, und zwar die Mitglieder, die dem Gemeindevorstande anzugehören haben, von dem Bürgermeister, und die gleiche Zahl von Mitgliedern von der Stadtverordnetenversammlung. Die sachverständigen Mitglieder der Deputation werden von den der Schuldeputation angehörigen Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Stadtverordneten gewählt. Die Gemeindebehörden sind also des Rechtes, die Kommission zu bilden, beraubt, und wir haben das eigenartige Verhältnis, dass ein Teil der Kommission, nicht die gesamte Kommission, einen andern Teil kooptiert. Das staatliche Element ist vertreten durch den zuständigen Kreisschulinspektor, also den staatlichen Schulbeamten. Er hat Sitz und Stimme in der Kommission. Wo mehrere Inspektoren vorhanden sind, treten höchstens drei ein. Wo kein Kreisschulinspektor vorhanden ist, ernennt die Schulaufsichtsbehörde einen Vertreter. Dazu kommt dann ferner je der älteste Ortspfarrer der evangelischen und katholischen Kirche, der Rabbiner nur, wenn er am Orte wohnt. Der Entwurf entscheidet einen weiteren Streitpunkt zwischen Selbstverwaltung und Staatsbureaukratie, selbstverständlich wiederum zu gunsten der letzteren. Das von der Regierung wieder und wieder in Anspruch genommene, eben so oft aber auch von den Gemeindebehörden bestrittene Bestätigungsrecht gegenüber den Mitgliedern der Schuldeputation wird ihr vom Entwurf erteilt. Dabei wird eine weitere Neuerung eingeführt, in der die grenzenlose Machtsucht der Staatsbureaukratie recht drastisch zum Ausdrucke kommt. Die Bestätigung der Schuldeputationsmitglieder ist nämlich *wider-rufflich* (!). Die Regierungsbehörde kann also Mitglieder, die ihr irgendwie unbequem und lastig werden, jederzeit aus der Deputation entfernen. Man kann sich keinen für sie bequemerem Zustand denken. Während jeder Beamte nur mittels eines Disziplinarverfahrens von seiner Stellung entfernt werden kann, während sonst die Bestätigung zum Beispiel der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder stets für deren

Amtszeit gilt, wird für die Mitglieder der Schuldeputation das neue Institut der stets widerrufflichen Bestätigung eingeführt. Dass eine Angabe von Gründen seitens der Regierung bei der Ausübung dieses Rechtes ausgeschlossen ist, versteht sich für die preussisch-deutsche Gesetzgebung von selbst. Selbständige Charaktere, die noch irgend etwas auf ihre eigene Würde und die Würde des kommunalen Ehrenamtes halten, werden sich sicher nicht in die neuen Schuldeputationen wählen lassen, aus denen sie jederzeit nach der Laune der Schulaufsichtsbehörde wieder hinausgejagt werden können. Solche Elemente los zu werden, war wohl auch ein Ziel des Entwurfes.

So sieht die Schuldeputation in den Städten aus. In den Landgemeinden hört jeder Schein eines Zusammenhanges der zwischen die Gemeindebehörden und die einzelnen Schulen eingeschobenen Schulvorstände mit der Selbstverwaltung auf. Diese bestehen aus dem Ortsschulinspektor als Vorsitzenden, dem Gemeindevorsteher, einem von der Schulaufsichtsbehörde bestimmten Lehrer der Schule und dem Pfarrer, ferner aus einer gewissen Zahl von Einwohnern der Konfession, der die Lehrkräfte der Schule angehören. Ihre Zahl wird durch Beschluss der Gemeindeorgane bestimmt, gewählt werden sie von der Gemeindevertretung. Selbstverständlich ist auch hier die widerruffliche Bestätigung vorgeschrieben. Da der Ortsschulinspektor in der Regel ein Geistlicher ist, so bilden diese Schulvorstände eine edle Verbindung von Staat und Kirche, geschaffen, um der Einwohnerschaft und der Lehrerschaft jeden Einfluss auf die Volksschule zu nehmen.

Die Anstellung der Lehrer erfolgt hinfert durch die Schulaufsichtsbehörde. Das Vorschlagsrecht, das in Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen den Schuldeputationen, sowie den Schulvorständen, gegeben wird, ist rein fiktiv, da die Regierung die Vorschläge nur zweimal abzulehnen braucht, um vollständig freie Hand zu bekommen. In kleineren Schulverbänden werden die genannten Organe überhaupt nur gehört, und für die Anstellung von Direktoren, Hauptlehrern mit Leitungsbefugnissen gilt das gleiche für alle Schulverbände. Bei der Besetzung von Stellen durch Versetzung im Interesse des Dienstes gibt es weder Vorschlag noch Anhörung. Die Motive bemerken zu diesen Bestimmungen, dass bisher in

einem Teile der Monarchie die Kommunalbehörden allerdings ein Präsentationsrecht gehabt hätten, während in einem anderen Teile eine gesetzliche Pflicht zur Beteiligung oder Anhörung der Gemeinden oder Ortsschulbehörden überhaupt nicht bestanden hätte. Daher (!) wäre allgemein das staatliche Anstellungsrecht durchzuführen. Selbstverständlich — wie hätte den Verfassern des Entwurfes auch der Gedanke kommen können, dass man umgekehrt eine Verallgemeinerung des Präsentationsrechtes oder sogar ein unbeschränktes Anstellungsrecht der Gemeinden fordern könnte?

Wir haben an einigen wichtigeren Punkten die Verstaatlichungstendenz des Entwurfes aufgezeigt. Sie tritt nicht minder hervor in den Bestimmungen über die Bildung, Änderung und Auflösung der Schulverbände, über die Zuwendung der Schulkinder des einen Schulverbandes als Gäste in die Schule eines anderen, über die Festsetzung des Schulgeldes für nicht einheimische Kinder, über die Verteilung der Schulunterhaltungslasten in Gesamtschulverbänden, über die Veräusserung des Vermögens der Schulverbände u. s. w., u. s. w. Je tiefer man sich in den Entwurf versenkt, desto klarer tritt die absolute Entrechtung der Gemeinden hervor. Man muss sich nur wundern, dass die Regierung überhaupt noch einen solchen Gesetzentwurf ausgearbeitet und nicht die gesamten Bestimmungen durch den einen Paragraphen *Das Volksschulwesen wird verstaatlicht; die Ausführung ist Sache der Verwaltungsbehörden* ersetzt hat.

× **Wahlrecht** In unserer vorigen Rundschau (pag. 82) sind die beiden vom *Verein für Sozialpolitik* veröffentlichten Schriften über Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte in Württemberg und Sachsen kurz angezeigt. Da zurzeit die Gestaltung der Gemeindevahlrechte auf der Tagesordnung steht, so greifen wir die darauf bezüglichen Abschnitte in den beiden Schriften heraus, um sie etwas eingehender zu besprechen.

In beiden Ländern besteht die Bürgergemeinde. In Württemberg hat jeder Anspruch auf die Verleihung des Bürgerrechtes, der seit mindestens drei Jahren in der Gemeinde selbständig auf eigene Rechnung gelebt und irgend eine Steuer ausser der Wohnsteuer bezahlt hat. Für die Aufnahme in den Bürgerverband ist eine Bürgerrechtsgebühr zu bezahlen, die

im Maximum 10 M. beträgt, in den meisten Städten aber auf das Minimum von 5 M. herabgesetzt ist. Es liegt auf der Hand, dass durch diese Aufenthaltsdauer ein grosser Teil der fluktuierenden Elemente von der Erwerbung des Bürgerrechtes ausgeschlossen wird. Wenn man die Zahl der Reichstagswähler mit der der Gemeindevähler vergleicht, so ergibt sich, dass in den Städten zwischen 10- und 20 000 Einwohnern ungefähr zwischen 40 und 61 %, in den Städten zwischen 20- und 50 000 Einwohnern zwischen 37,9 und 55 % der Reichstagswähler Gemeindevähler sind. In Stuttgart kommen auf 1000 Reichstagswähler 418, in 7 von den 14 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern weniger als 500 Gemeindevähler. Das aktive und passive Gemeindevahlrecht besitzen nun alle diejenigen männlichen Bürger, die im Gemeindebezirk wohnen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und dort Steuern aus Vermögen oder Einkommen oder zum mindesten die Wohnsteuer entrichten. In Sachsen ist die Erwerbung des Bürgerrechtes noch leichter. Hier ist ausser der sächsischen Staatsangehörigkeit und der Vollendung des 25. Lebensjahres die Entrichtung einer Staatssteuer von mindestens 3 M. und ein zweijähriger Aufenthalt, sowie die zweijährige Zahlung der Staatssteuer und Gemeindeabgaben am Orte des bisherigen Aufenthaltes vorgeschrieben. Alle männlichen Bürger sind bei den Wahlen der Stadtverordneten stimmberechtigt. Eine Bürgerrechtsgebühr kommt nicht zur Erhebung. Bei einem Vergleich dieser gesetzlichen Bestimmungen der beiden Länder müssen die sächsischen wohl als etwas liberaler bezeichnet werden. Der Pferdefuss kommt erst in anderen Bestimmungen der sächsischen Gemeindeverfassung zum Vorschein. In Württemberg wählen die stimmberechtigten Bürger in allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen erstens den Ortsvorsteher, zweitens den Gemeinderat und drittens den Bürgerausschuss. Alle drei Organe der Gemeindeverwaltung werden also von der Bürgerschaft gewählt. In Sachsen dagegen wird der Bürgermeister vom Rat und den Stadtverordneten gemeinsam gewählt. Die Wahl der Ratsmitglieder erfolgt durch die Stadtverordneten. Nur die Stadtverordneten werden von der Bürgerschaft gewählt. Zeigt sich schon in der indirekten Wahl der Exekutive (Bürgermeister und Rat) der antidemokratische Geist der sächsischen

Städteverfassung, so tritt dieser noch schärfer in der Beschränkung der Wahlrechte der Bürgerschaft durch die ortstatutarische Regelung der Städte selber hervor. Die sächsischen Städteordnungen geben dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden bei der Zusammensetzung der städtischen Vertretung sehr weiten Spielraum. Sie verlangen nur, dass von den Stadtverordneten mindestens die Hälfte mit Wohnhäusern im Gemeindebezirk ansässig sein muss, und dass sich unter den Stadtverordneten auch unansässige Bürger befinden müssen. Alles andere ist der ortstatutarischen Regelung überlassen. Die Gemeinden können bestimmen, dass der Gemeindebezirk in mehrere Wahlbezirke eingeteilt wird, auch die Zahl der zu Wählenden unter diese Bezirke verteilt wird. Vor allem aber können sie festsetzen, dass die Wahl nach gewissen Klassen der Bürgerschaft vorgenommen wird. Was zunächst das Privileg der Hausbesitzer angeht, ein Privileg, das dem württembergischen Gemeinderecht vollständig fremd ist, so verlangen 61 von den Städten mit revidierter Städteordnung, dass ein festbestimmter Bruchteil der Stadtverordneten mit Wohnhäusern ansässig, der Rest unansässig sein muss. In 48 Städten sind den Hausbesitzern $\frac{2}{3}$, in 5 Städten $\frac{3}{5}$, in 3 Städten $\frac{2}{6}$, in 2 Städten $\frac{3}{4}$, und in je einer Stadt $\frac{1}{2}$, $\frac{2}{6}$ und $\frac{1}{18}$ der Sitze reserviert. In 8 Städten müssen mindestens $\frac{3}{6}$, in einer Stadt mindestens $\frac{11}{21}$, in anderen mindestens $\frac{1}{6}$ respektive $\frac{7}{12}$, $\frac{21}{42}$, $\frac{1}{2}$ der Stadtverordneten Hausbesitzer sein, während auf die nicht-ansässigen mindestens $\frac{2}{6}$ respektive $\frac{3}{21}$, $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{12}$, $\frac{1}{42}$, $\frac{1}{4}$ entfallen müssen. Unter allen Umständen ist also den Hausbesitzern die Majorität gesichert. Ein so starkes Vorwiegen des Hausbesitzes findet sich in den württembergischen Städten selbstverständlich nicht, obwohl der Hausbesitz auch in ihnen recht stark vertreten ist. In Stuttgart zum Beispiel ist die Hälfte der Mitglieder beider Kollegien Hausbesitzer. Von der Möglichkeit, die Wähler in Klassen einzuteilen, haben unter den Städten mit revidierter Städteordnung 8 Gebrauch gemacht, wozu noch Dresden, Leipzig und Chemnitz hinzukommen. In den 8 Städten sind die Wähler in drei Klassen eingeteilt. Die Einteilungen sind ausserordentlich verschieden. In 3 von ihnen wählt jede der drei Klassen für sich $\frac{1}{3}$ der ansässigen und $\frac{1}{4}$ der unansässigen Stadtverordneten, in anderen ist die Einteilung

für die Wahl der ansässigen von der für die Wahl der unansässigen Stadtverordneten verschieden. Es würde zu weit führen, auf alle diese verschiedenen Zahlengruppierungen hier einzugehen. In den kleinen Städten sind 5 zu einer Einteilung der Wähler in Klassen gekommen. Ein Berufsklassenwahlrecht ist in Dresden und Chemnitz durchgeführt, während Leipzig das Dreiklassenwahlrecht nach dem Einkommen eingeführt hat. Die Einführung der Klassenwahlrechte ist ausschliesslich auf das Bestreben zurückzuführen, die Sozialdemokratie überhaupt von der Vertretung in den Kollegien fernzuhalten oder auf eine geringe Zahl von Sitzen zu beschränken. Es ist interessant, die Motivierung zu lesen, mit der der Stadtrat Ludwig-Wolf die Einführung des Dreiklassenwahlrechtes in Leipzig zu verteidigen sucht. Nachdem er behauptet, dass es notwendig geworden wäre, zu verhüten, dass die Erledigung der städtischen Angelegenheiten in absehbarer Zeit in die Hände einer einzigen Partei kommen könne, geht er der Reihe nach die verschiedenen Modalitäten durch. Das Berufsklassenwahlrecht lehnt er ab, weil eine gerechte Abgrenzung unmöglich sei, und die grosse Flüssigkeit der ihr zu Grunde liegenden Verhältnisse die mit Mühe zu stande gebrachte Abgrenzung nach wenigen Jahren als ungerecht und unbillig erscheinen lassen müsse. Das Pluralwahlssystem war ausgeschlossen, weil die meisten der für eine Zuteilung der Stimmen massgebenden Momente auch auf Seiten der Partei wirken würde, deren Übergewicht durch die Masse man vermeiden wolle. Das Proportionalsystem passe nicht in den engen Rahmen der Gemeinde, weil hier die Vielgestaltigkeit der lokalen und materiellen Interessen mangle, welche das Übergewicht einer Partei zu paralisieren im stande sei. So blieb denn nur die Klasseneinteilung auf Grund der Steuerleistung über. Und Herr Stadtrat Ludwig-Wolf bringt es fertig, das Klassenwahlssystem auf Grundlage der Steuerleistung als das gerechteste zu proklamieren! »Es verhütet zum ersten«, schreibt er, »die vollständige Vernichtung und Unterjochung aller, und auch der berechtigten Interessen durch die brutale Macht der blossen Majoritätsziffer, zum andern ist es das System, welches von allen am meisten der Forderung der Gerechtigkeit entspricht.« Nur das hat der Herr Stadtrat an dem Leipziger Klassenwahlssystem auszustellen, dass das Be-

amentum keinen seiner geistigen Bedeutung und seiner Zahl entsprechenden Einfluss auf die Gestaltung der städtischen Dinge besäße. Um so mehr rühmt er aber, dass die ganze Konstellation der Verhältnisse dazu geführt habe, dass keine der im Kollegium vertretenen Parteien ein solches Übergewicht besitzt, dass sie im stande wäre, die städtischen Angelegenheiten lediglich in ihrem Sinne gestalten zu können. Wir begreifen das Wohlgefallen des Herrn Stadtrates an dieser Gestaltung der Dinge, denn daraus ergibt sich die fast unbeschränkte Herrschaft der städtischen Bureaukratie mit Bürgermeister und Rat an der Spitze. Ob das aber gerade ein Vorteil für die städtische Verwaltung ist, ist unseres Erachtens mindestens zweifelhaft. Wir können uns nicht zu der für das deutsche Beamtentum charakteristischen Auffassung aufschwingen, dass das System der Parteiwirtschaft für Staat und Gemeinde etwas Verwerfliches sei. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass gerade durch das Eindringen parteipolitischer Gesichtspunkte in die kommunale Verwaltung diese einen grösseren Zug erhält und auch das Interesse der Bürger in höherer Masse erweckt, als wenn die kleinlichen Bezirks- und Vereinsinteressen vorherrschen. Wir schliessen hier noch kurz das Urteil des Stadtrates Dr. Hübschmann in Chemnitz über die Wirksamkeit des Berufsklassenwahlrechtes an. Man höre: Dieses Wahlsystem macht die verschiedensten Schichten der Bevölkerung nach Massgabe ihres Interesses am Gemeinwesen und ihrer Bedeutung für dieses wahlberechtigt und eröffnet den einsichtigsten und tüchtigsten Männern die Aussicht, gewählt zu werden. »Weit entfernt, plutokratisch zu sein, trägt es insbesondere auch den Anforderungen Rechnung, welche die Arbeiterschaft nach ihren geldlichen Leistungen für die Gemeinde hinsichtlich ihrer Beteiligung an der Stadtverwaltung billigerweise stellen kann und gewährleistet den dem Arbeiterstande angehörigen Bürgern eine angemessene Vertretung.« Man atmet eine ganz andere Luft, wenn man aus der sächsischen Reaktion nach Württemberg kommt. Dem Verfasser der einschlägigen Schrift ist das oben geschilderte Recht, betreffend den Bürgerrechtserwerb, nicht fortschrittlich genug. Er will eine weitergehende Berücksichtigung des Grundsatzes der Einwohnergemeinde. Die direkte Wahl der Gemeindekollegien und des Bürgermeisters halt er entschieden

aufrecht. Das bisherige System der Listenwahl, durch das häufig die stärksten Parteien von jeder Vertretung ausgeschlossen sind, verurteilt er gerade deshalb, weil es die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, ausschliesst. In seinem Urteil über die Wirkungen des württembergischen Wahlrechtes rühmt er an ihm, dass es durchaus nicht zu einseitiger Klassenherrschaft geführt habe, und hebt mit besonderem Nachdrucke hervor, dass die Übelstände, die man von ihm in anderen Ländern prophezeit habe, in Württemberg durchaus nicht eingetreten seien. Die Weiterentwicklung dieses Wahlrechtes sieht er nicht in einem Ausschluss der arbeitenden Klassen, sondern in der Einführung des Proportionalwahlsystems, das ja auch in dem neuen Gemeindeordnungsentwurf aufgenommen ist. Er will daher auch die Sozialdemokraten durchaus nicht von den Rathäusern verdrängt wissen. Im Gegenteile erteilt er ihnen das Zeugnis, »dass sie der Gemeindevertretung sehr gut anstehen, ein Element des Fortschrittes darstellen, das häufig ausserst wohltätig wirkt, und dass sie praktisch mitarbeiten an den Gemeindeangelegenheiten«. Das ist allerdings ein anderes Urteil, als es die sächsischen Mitarbeiter an der Enquete gefällt haben!

Einen geradezu schlagenden Nachweis für die geringe politische Reife der bürgerlichen Klassen in Norddeutschland gegenüber dem Süden liefern die Aktionen, die zwecks Kontingentierung der sozialdemokratischen Vertretung in den Gemeindekörperschaften in Lubeck und Hamburg teils bereits durchgeführt, teils noch in der Ausführung begriffen sind. Die Hamburger Kommission, die mit der Bearbeitung der Wahlrechtsvorlage des Senats beauftragt war, hat vor kurzem ihren Bericht veröffentlicht. Sie schlägt vor, nach Lubecker Muster die Wähler, die die 80 Mitglieder der Bergerschaft zu wählen haben, in zwei Kategorien einzuteilen, solche bis zu 2500 M. Einkommen, und solche darüber. Letztere soll die doppelte Zahl von Vertretern wie die erstere wählen. Ausserdem sollen bei diesen Wahlen Proportionalwahlen eingeführt werden. Für jede Gruppe werden gesonderte Listen aufgestellt. Dadurch soll verhütet werden, dass die Sozialdemokratie in der Gruppe der Wähler mit weniger als 2500 M. alle Sitze erhält. Um diesen plutokratischen Charakter des Wahlrechtes zu verstecken, findet eine gemeinsame Abstimmung

beider Gruppen statt. Die Wähler werden durch besondere Gruppenmarken voneinander unterschieden. Der ganze Vorgang ist so kompliziert und unübersichtlich, wie möglich, und in der Praxis wahrscheinlich unausführbar.

×

Kurze Chronik Die Stadt Dresden hat beschlossen, zwecks Verminderung der Fleischsteuerung städtische Verkaufsvermittler auf dem Schlacht- und Viehhofe anzustellen und den Zwischenhandel auf dem Viehhofe zu verbieten. × Die Mainzer Stadtverordnetenversammlung hat den sozialdemokratischen Antrag auf entgeltliche Abgabe von Lehrmitteln an die Schüler der Volksschule abgelehnt, dagegen einen anderen Antrag angenommen, wonach die Lehrmittel den Schülern der Volksschule auf Verlangen ohne Prüfung der Frage der Bedürftigkeit verabreicht werden sollen. × Die Crefelder Stadtverordneten beschlossen die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung für die städtischen Arbeiter. × Der Gemeinderat der Stadt Mülhausen i. E. hat den Ankauf des Elektrizitätswerkes beschlossen.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Organisation Die Neuorganisation von Gross-Berlin ist mit dem 1. Januar in Kraft getreten. Es ist ein Zentralverband geschaffen worden, der die Wahlvereine der 6 Berliner Reichstagswahlkreise und die der beiden umliegenden Kreise Niedernirn und Teltow-Beeskow umfasst. Die gesamten Organisationen wählen aus ihren Reihen den Zentralvorstand und die gemeinsamen Komitees. Die Abhaltung einer gemeinsamen Generalversammlung sämtlicher Mitglieder ist vollkommen unmöglich; es treten deshalb von Zeit zu Zeit nur die von den Kreisen, nach der Stärke der Mitgliederzahl berechnet, gewählten Delegierten zu Generalversammlungen zusammen. Aufgabe der Zentralorganisation ist die gemeinsame Aktion, besonders bei Wahlen. Bei Begründung des Statutenentwurfs wurde hervorgehoben, dass der neue Verband besonders eine erfolgreiche Beteiligung an den Wahlen zum preussischen Landtag vorbereiten werde. Die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes betrug bei seinem Zusammentritt bereits 42 200.

×

Gemeinde- wahlen

Die Stuttgarter Gemeinderatswahlen haben diesmal mit einem vollen Erfolg der Sozialdemokratie geendet. Bekanntlich hatten Sozialdemokratie und Volkspartei für diese Wahlen ein Bündnis abgeschlossen, wie dies seit einer Reihe von Jahren bei den Kommunalwahlen immer der Fall war. Nur bei der Bürgerausschusswahl im vorigen Jahre war ein dahinzielender Vorschlag der Volkspartei von unseren Genossen abgelehnt worden. Das hatte zur Folge, dass die Volkspartei ins Lager der Rechtsparteien abschwenkte, und die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitt. Bei den diesmaligen Wahlen gingen nun Sozialdemokratie und Volkspartei wiederum zusammen gegen das Kartell der Rechten, bestehend aus den Nationalliberalen, Konservativen, Zentrum und Bürgervereinen. Nach dem amtlichen Wahlergebnis wurden für die Sozialdemokratie abgegeben 6698 unabgeänderte und 289 abgeänderte Listen, für die Volkspartei 1623 respektive 448, während die Gegner es nur auf 6607 respektive 1091 brachten. Die unabgeänderten sozialdemokratischen Stimmen stiegen von 4363 im Jahre 1903 auf 5031 im Jahre 1904 und auf 6698 im Jahre 1905. Der Stuttgarter Gemeinderat besteht nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 14 Volksparteilern, 1 Nationalsozialen, 3 Nationalliberalen und 1 Konservativen, während in dem nur 31 Mann starken Bürgerausschuss nur 2 Sozialdemokraten sitzen. In München ist bei den Ersatzwahlen von 10 bürgerlichen Magistratsräten im Gemeindekollegium das Zentrum völlig durchgefallen. Gewählt wurden 7 liberale und 3 sozialdemokratische Magistratsräte. Mit den 9 Sozialdemokraten, die bereits in diesem Kollegium sitzen, ist das Dutzend nunmehr voll.

×

Parteitage und Konferenzen

Die am 10. Dezember abgehaltene Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg gibt ein erfreuliches Bild von dem Wirken der Parteigenossen in diesem Wahlkreise. Zum Zentralverein gehören gegenwärtig 36 Vereine mit 11 839 Mitgliedern; die Zunahme im Laufe des Jahres betrug 1727. Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 58 900,12 M., eine Ausgabe von 37 922,58 M., darunter 10 035,43 M. an die Parteikasse und über 14 000 M.

×

für Agitationszwecke. Ausser der ständigen Agitation wurden zwei allgemeine Agitationstouren über den ganzen Kreis unternommen. Insgesamt fanden im Kreise 352 Vereins- und 86 Volksversammlungen statt. Das ist das Wirken der Sozialdemokraten in nur einem der 397 Reichstagswahlkreise, die es im Deutschen Reiche gibt. Ist die Arbeit der Genossen naturgemäss auch nicht in allen eine so umfassende, ja, zugegeben, dass der Kreis Teltow zu den bevorzugtesten gehört, so kann man sich nach diesem doch eine Vorstellung machen von der ungeheuren Arbeit, die jahraus jahrein mit einem wahren Bienenfleiss von Tausenden von Genossen für ihre Partei, und zwar freiwillig und unentgeltlich, geleistet wird. Die elsass-lothringischen Parteigenossen hielten Ende Dezember eine Landeskonferenz in Colmar ab, deren Hauptzweck war, eine das ganze Land umfassende Organisation zu schaffen. Es wurden 3 Vereine gebildet, die ihren Sitz in Strassburg, Mülhausen und Metz haben. Diese Bezirksvereine zerfallen in Filialen, die sich auf einen Reichstagswahlkreis erstrecken, und in Mitgliedschaften für die einzelnen Orte des Wahlkreises. Die Form der Landesorganisation ist eine lose. Die Bezirksvereine sind durch einen Vorstand, der sich aus einem geschäftsführenden Ausschuss am alljährlich zu bestimmenden Vororte und aus je 2 Beisitzern der beiden anderen Vereine zusammensetzt, mit einander verbunden. Auf diese Weise soll eine gemeinsame Aktion aller drei Vereine ermöglicht werden. Auf der Landeskonferenz wurde beschlossen, in eine kräftige Agitation für das allgemeine Wahlrecht zum Landesausschuss einzutreten.

×
England

Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkandidaten haben bei den letzten Municipalwahlen Erfolge davon getragen, wie niemals zuvor. Im Jahre 1904 betrug die Zahl dieser Kandidaten 255, die der eroberten Mandate 95, davon 65 neu gewonnen bei nur 6 Verlusten. Im Jahre 1905 wurden bisher 350 Kandidaten und 138 Mandate gezählt, von denen 84 neu gewonnen sind; ihnen steht ein Verlust von nur 10 Sitzen gegenüber. Auf die einzelnen Gruppen der Arbeiterpartei verteilt der *Labour Leader* die Erfolge folgendermassen: Gewerkschaftskandidaten 160, 65 Siege,

42 Gewinne, 2 Verluste, *I. L. P.* 150 Kandidaten, 59 Siege, 36 Gewinne und 6 Verluste, *S. D. P.* 40 Kandidaten, 14 Siege, 6 Gewinne und 2 Verluste. Doch ist diese Aufstellung nicht genau, da alle diese Parteien überall in erfreulichster Einnützigkeit vorgehen und in sehr vielen Städten gemeinsam in den Kampf zogen.

×
Spanien

Auch die Kommunalwahlen in Spanien am 12. November brachten der sozialistischen Partei schöne Siege. Die Statistik, welche die Regierung der Tagespresse übermittelt, gibt die Zahl der gewählten sozialistischen Vertreter auf 21 an, in der Tat aber sind es, wie der *Socialista* mitteilt, 48. Das genannte Blatt fügt hinzu: »Diejenigen, welche die Dinge nur oberflächlich betrachten oder ausserhalb der Wirklichkeit leben, mögen diese Zahl für unbedeutend halten; die aber, welche die Unwissenheit, die elende wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die schlechten politischen Gewohnheiten dieses Landes kennen, werden ermassen können, was es heisst, dass 48 Vertreter aus dem Proletariat erwählt worden sind. Schon der Eintritt von 3 Sozialisten in die erste städtische Körperschaft Spaniens bedeutet einen ausgesprochenen Triumph. Die letzten Wahlen beweisen untrüglich, dass der Einfluss der sozialistischen Partei Spaniens in hohem Grade zugenommen hat. Daher haben wir allen Grund, mit dem bei den letzten Wahlen Erreichten zufrieden zu sein und die Überzeugung auszusprechen, dass wir jetzt mit schnelleren Schritten der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation des spanischen Proletariats entgegengehen.«

Bei den allgemeinen Wahlen brachte es die Partei diesmal freilich nur auf etwa 15000 Stimmen, während sie 1903 bereits auf 26000 gekommen war. Der *Socialista* findet eine der Ursachen dieses Rückgangs darin, dass namentlich die Landarbeiter vielfach durch Grundbesitzer an der Teilnahme an den Wahlen gehindert werden. Vor allem aber sei die grosse Arbeitslosigkeit schuld, die in den letzten Jahren geherrscht hat. Grosse Massen von Arbeitern seien ausgewandert, und andere geben sich der Verzweiflung hin, sie haben nicht mehr die Kraft, sich zu einer politischen Tat aufzuraffen. Es sei indes Aussicht vorhanden, die Schlappen bei den nächsten Wahlen wieder auszuwetzen.

×

×

Presse

Die *Königsberger Volkszeitung* hat in den letzten Monaten einen erheblichen

Aufschwung zu verzeichnen, so dass sie fortan täglich mindestens 1½ Bogen stark erscheinen wird; ausserdem soll in Zukunft die *Neue Welt* ihr beigelegt werden. Die Zahl der Abonnenten des Nürnberger Parteiblattes ist in den ersten Monaten des Jahres 1905 um einige 100 über 2000 gestiegen. Unter sozialdemokratischer Flagge glänzt seit einiger Zeit im Hamburger Hafen eine Barkasse, die den Namen *Hamburger Echo* trägt. Dieses Fahrzeug ist Eigentum des Hamburger Parteigeschäftes und soll dazu dienen, den Tausenden von seemannischen und Hafendarbeitern, die selten an Land kommen, das *Echo* und andere Parteiliteratur zuzuführen.

Unter dem Titel *Der lettische Arbeiter* wird jetzt von der lettischen Partei eine Monatsschrift in deutscher Sprache herausgegeben, die die deutschsprechenden Genossen über die lettische revolutionäre Bewegung in Russland aufklären und fortlaufend unterrichten soll; die Nummer kostet nur 10 Pf., die regelmässige Zusendung erfolgt durch die Expedition: Albert Berner, Scheibenweg 38, Bern (Schweiz). Die tschechischen Genossen in Brunn haben den bisher dreimal wöchentlich erscheinenden *Rovnost* in ein Tageblatt umgewandelt. Das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, der Kopenhagener *Social-Demokraten* hat kürzlich durch eine sehr energische Hausagitation und Agitation in den Gewerkschaften seine Auflage von 42 000 auf 47 000 Exemplare gesteigert. Bedenkt man, dass Kopenhagen mit Frederiksberg nur ungefähr 500 000 Einwohner zählt, so erkennt man leicht, dass die Abonnentenzahl des Parteiorgans verhältnismässig eine ausserordentlich hohe ist. Eine ähnliche Agitation, wie in Kopenhagen, haben auch die Genossen in Stockholm für das Hauptorgan der schwedischen Sozialdemokratie eingeleitet. Stockholms *Social-Demokraten* erscheint jetzt in einer Auflage von 21 000 Exemplaren. Vor kurzem konnte er das Fest seines 20jährigen Bestehens feiern.

Totenliste

Dr. Michel Hitch, der erste sozialdemokratische Abgeordnete Serbiens, den seine Parteigenossen im Jahre 1903 unter schweren Mühen durchgebracht hatten, ist am 22. Oktober in Kragujewatsch ge-

storben. Seit dem Jahre 1881 betätigte sich Hitch öffentlich im Sinne der internationalen Sozialdemokratie, er war Mitarbeiter der sozialistischen Zeitung *Radnik*. Von 1881 bis 1901 wurde ihm infolge seiner Tätigkeit der Aufenthalt in Serbien verboten. Er wandte sich nach Russland, wo er als Fabrikarzt tätig war. Als 1901 das Aufenthaltsverbot abgelassen war, kehrte er nach Serbien zurück und wurde, wie schon erwähnt, im Jahre 1903 zum Abgeordneten gewählt. Hitch hätte leicht Karriere machen können; er zog es vor, seinen Idealen zu leben, für die Armen und Elenden zu kämpfen, und so ist auch er selbst als armer Teufel gestorben.

× **Kurze Chronik** In den französischen

Senat ist nunmehr auch die Sozialdemokratie eingedrungen, sie hat jetzt dort 2 Sitze inne. × Die italienische Partei hat beschlossen, in eine Agitation zur Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts einzutreten. × In New York hat sich ein deutsch-amerikanischer Sozialistenbund gebildet zum Zweck der Agitation unter den Deutschen in der Union.

Literatur

Der *Vorwärts*konflikt hat den Charlottenburger sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. G. Zeppler veranlasst, in einer Broschüre *Radikalismus und Taktik* /München, Birk & Co./ ein *Mahnwort an die Genossen* zu richten, die inneren Differenzen, den Gegensatz zwischen *revisionistischen* und *radikalen* Ansichten, nicht mehr in persönlich vergifteter Weise, sondern in sachlichem und parteigenössischem Meinungs austausch auszutragen. Man muss mit dieser Grundtendenz der Schrift sympathisieren, wenn man auch keineswegs allen Ansichten des Verfassers und seinen Urteilen im einzelnen zustimmen kann. Die *Dokumente des Sozialismus* haben mit dem Dezemberheft 1905 aufgehört, zu erscheinen. Es ist sehr bedauerlich, dass dieses sozialistische Archiv, das sowohl durch die abgedruckten Urkunden des Sozialismus, wie namentlich durch die ausführliche Bibliographie denjenigen wertvolle Dienste geleistet hat, die selber auf diesen Gebieten arbeiteten, in der Partei keine Stätte gefunden hat. Das Eingehen der Zeitschrift, von der insgesamt 5 Bände erschienen sind, hinterlässt eine Lücke.

Gewerkschaftsbewegung

Rückblicke Die deutschen Gewerkschaften können auf das vergangene Jahr mit grosser Befriedigung zurückblicken. Es hat ihnen noch weit mehr Erfolge gebracht, als das Jahr 1904, trotz der vielen Aussperrungen und der steigenden Macht der Unternehmerorganisationen. Es ist den Gewerkschaften im Jahr 1905 gelungen, mittels einer grossen Streik- und Lohnbewegung die Arbeitsverhältnisse von Hunderttausenden von Arbeitern um ein Bedeutendes zu verbessern, dann aber haben die gewerkschaftlichen Organisationen neben einer weitgehenden innerlichen Kräftigung einen erheblichen Mitgliederzuwachs erfahren. Genaue Zahlen darüber liegen noch nicht vor, doch kann man schon aus den Jahresrückblicken einer Reihe von Gewerkschaften den enormen Aufschwung der Gewerkschaften im Jahre 1905 ersehen.

Beispielsweise konnte die *Metallarbeiterzeitung* ihre Auflage von 207 500 auf 265 300, also um 57 800 Exemplare erhöhen, der *Grundstein* von 140 000 auf 175 000, also um 35 000. Der Bergarbeiterverband hat, wie sein Organ mitteilt, Zehntausende neuer Mitglieder gewonnen; hat doch die *Bergarbeiterzeitung* ihre Auflage von 90 000 auf 115 000 Exemplare erhöht. Der *Kurier*, das Organ des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, steigerte seine Auflage von 40 000 auf 60 000, das *Schuhmacherfachblatt* erreichte eine Auflage von 30 000, was einer Mitgliedervermehrung des Schuhmacherverbandes um mehr denn 6000 entspricht. Die Auflage der *Fachzeitung für Schneider* stieg von 24 200 auf 30 700 Exemplare, die Mitgliederzahl des Schneiderverbandes um mindestens 5000 bis 6000. Der Steinarbeiterverband hat weit über 5000 Mitglieder gewonnen, die Mitgliederzahl des Stukkateurverbandes stieg von 5600 auf 8200, die des Glaserverbandes von 4221 auf rund 5000, die des Gartnerverbandes von 3100 auf 4500. Das Organ des Maschinenisten- und Heizerverbandes erhöhte seine Auflage von 11 250 auf 15 000. Der *Hafenarbeiter* erklärt, kein Jahr habe dem Hafenarbeiterverband so viel neues Blut zugeführt, wie das Jahr 1905, und die *Sattlerzeitung* sagt, »dass seit Bestehen des Verbandes kein Jahr so reich an organisatorischer Arbeit war, wie das Jahr 1905, dass auch kein Jahr solchen Erfolg in der Ausbreitung unseres Verbandes verzeichnen kann, wie dieses«, und

»wie sind so viele Kämpfe mit Erfolg durchgeführt worden, wie 1905.

In den übrigen Gewerkschaften sind nahezu gleich günstige Fortschritte zu verzeichnen. Ein in hohem Masse erfreuliches Bild gewerkschaftlichen Fortschritts!

X

X

Streikstatistik Die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* hat seit Jahren die

amtliche Streikstatistik an Hand der von ihr selbst herausgegebenen Streikstatistik einer eingehenden Kontrolle unterzogen. Dabei konnte regelmässig festgestellt werden, dass die amtliche Streikstatistik jeder Zuverlässigkeit entbehrt: auch die Statistik für das Jahr 1904 macht hierin keine Ausnahme, wie die *Generalkommission im Korrespondenzblatt* feststellt. Während die amtliche Streikstatistik für das Jahr 1904 1870 beendete Streiks mit 113 480 Beteiligten und 120 beendete Aussperrungen mit 23 760 Beteiligten, zusammen 1990 beendete Kämpfe zählt, an denen 1,37 240 Personen beteiligt waren, weist die gewerkschaftliche Statistik 1513 Streiks mit 104 555 Beteiligten und 112 Aussperrungen mit 31 402 Beteiligten, zusammen 1625 Kämpfe mit 135 957 Beteiligten auf. In der amtlichen Statistik werden 743 Streiks und Aussperrungen mit 34 450 Beteiligten aufgeführt, die in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen während die letztere 481 Kämpfe mit 9505 Beteiligten anweist, die in der amtlichen Statistik fehlen. Das Fehlen einer so grossen Zahl von Streiks in der gewerkschaftlichen Statistik ist ohne weiteres begreiflich, bedenkt man, dass in dieser nur die Streiks, welche von den Zentralverbänden geführt werden, Aufnahme finden. Anders die amtliche Statistik, die über alle Streiks berichten will, und zu deren Durchführung ein grosser behördlicher Apparat in Szene geht. Die Mangel dieser Statistik — und in den Jahren 1901 bis 1904 waren 1498 Streiks mit 29 750 Beteiligten nachzuweisen, welche in der amtlichen Streikstatistik keine Aufnahme gefunden hatten — erklären sich nur aus der Art der amtlichen Erhebungen, die ungeeignet ist, um ein brauchbares Resultat zu zeitigen. Es sei dafür nur an den eigentlichen Zweck der amtlichen Statistik erinnert: sie sollte der Reichsregierung Material zur gesetzgeberischen Bekämpfung der Gewerkschaften liefern. Aus diesem Grunde wurden ja auch in erster Linie die Polizeibehörden mit den notwendigen Er-

hebungen und statistischen Aufnahmen betraut. Deshalb erstreckten sich die Erhebungen auch auf Gegenstände, welche mit der Aufgabe, eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu sein, nichts gemein haben. Beispielsweise werden immer wieder statistische Aufnahmen über die Fragen des Kontraktbruches, der Übertretung von strafgesetzlichen Bestimmungen, der Beteiligung von Minderjährigen an Streiks gemacht, die nur zur Bekämpfung der Gewerkschaften dienen sollen und es diesen deshalb gänzlich unmöglich machen, das reichsstatistische Amt bei der Aufnahme der Statistik zu unterstützen.

Beiläufig sei aus der amtlichen Statistik festgestellt, dass im Jahre 1901 bis 1904 nur 538 Personen wegen *Streikvergehens* angeklagt worden sind, das sind 4,4‰ der Beteiligten, davon wurden aber nur 318 verurteilt, 219, also 1,8‰ wurden freigesprochen. Dieses Ergebnis der kriminalistischen Aufnahme dürfte sich für eine neue Zuchthausvorlage kaum fruktifizieren lassen.

× **Tabakarbeiter-** Am 25. Dezember waren
verband 40 Jahre seit Gründung des
Allgemeinen deutschen

Zigarrenarbeitervereins, der ältesten deutschen Gewerkschaft, des Vorläufers des Tabakarbeiterverbandes, verlossen. Es dürfte, wie der *Tabakarbeiter* mit Recht sagt, kaum eine Gewerkschaft geben, in der sich der 40jährige Kampf der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen so widerspiegelt, wie in der Zigarrenarbeiterorganisation. Ihre Entwicklung wurde durch die Kämpfe zwischen den Lassalleanern und Eisenachern, durch behördliche Verfolgungen und durch die zahlreichen Tabaksteuer- und -monopolpläne der Reichsregierung stark beeinflusst. Auch jetzt wieder hat der Tabakarbeiterverband, der sich in den letzten Jahren recht günstig entwickelt hat und zurzeit gegen 25 000 Mitglieder zählt, einen schweren Kampf zu führen: Eine neue Tabaksteuervorlage droht die Existenz der gesamten deutschen Tabakarbeiterschaft zu gefährden. Möge der Tabakarbeiterschaft in ihrer Agitation gegen diese Steuervorlage Erfolg beschieden sein!

× **Kongresse und** In der letzten Dezember-
Verbandstag woche hielt der Dach-
deckerverband seinen
8. Verbandstag in Braunschweig ab. Nach

den dort gefassten Beschlüssen sollen die Beiträge, die bisher nur während der guten Geschäftszeit, vom 1. März bis zum 15. Dezember, zu zahlen waren, künftig das ganze Jahr hindurch erhoben werden. Die arbeitslosen und kranken Mitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Jedes neuaufgenommene Mitglied zahlt 1 M. Eintrittsgeld, Mitglieder, welche sich zum zweiten Male aufnehmen lassen, müssen 6 M. Eintrittsgeld entrichten. Das Fachblatt, das bisher halbmönatlich erschien, soll künftig 14-tägig erscheinen. Es wurde ein weiterer Vorstandsbeamter angestellt, und zur Anstellung eines Gaubeamten für Rheinland-Westfalen wurde ein Zuschuss bewilligt. Der *Schirmacher* verband, der am 1. Januar 1905 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat und jetzt 400 Mitglieder zählt, hielt zu Weihnachten seinen 1. Verbandstag in Frankfurt a. M. ab. Beschlossen wurde, die Organisation künftig auch auf Arbeiterinnen auszuweiten. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder von 25 auf 35 Pf. erhöht, für weibliche auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Das Beitrittsgeld beträgt 50 respektive 25 Pf. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Reiseunterstützung nach 12monatlicher Mitgliedschaft, von 50 Pf. pro Tag bis zur Höhe von 18 M. Streik und Aussperrung nach Massgabe der Kassenverhältnisse, sowie unentgeltliche Zustellung des Fachorgans. Der Sitz des Verbandes ist Düsseldorf. Es soll eine Tarifgemeinschaft für ganz Deutschland angestrebt werden. In der letzten Dezemberwoche fanden ferner Konferenzen der im Holzarbeiterverband organisierten *Bürstenmacher* und *Klavierarbeiter* in Nürnberg respektive Zeit statt, die sich ausschliesslich mit Berufsfragen beschäftigten.

× **Unternehmer-** Im Lager der Scharf-
tum maker scheint zurzeit grosse Konfusion zu herrschen, wenigstens lässt ein Bericht der *Arbeitgeberzeitung* darauf schliessen. Danach hat der Vorstand des *Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller* eingehend in der Verhandlungsfraße beraten, und da hat sich ergeben, dass über diese Frage sowohl im ganzen Gesamtverband, wie auch in den einzelnen Bezirksverbänden, starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Eine Richtung will grundsätzlich nur Verhandlungen zwischen dem einzelnen

Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter zulassen, während die andere grundsätzlich Verhandlung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation bevorzugt. Dazwischen steht eine Reihe von Meinungen, die teils der einen, teils der anderen äussersten Richtung nahestehen. »Der Gesamtverband muss unter diesen Umständen alle aufgetretenen Meinungen als gleichberechtigt ansehen und es den Bezirksverbänden überlassen, in welcher Form sie verhandeln wollen.«

Zu gleicher Zeit teilt die weiland Stummsche *Post* mit, dass die Streikversicherung der Unternehmerverbände, von der seinerzeit viel die Rede war, vorläufig nicht zu stande kommen werde. Die Interessenten seien meist nicht in der Lage oder willens gewesen, von vornherein grössere Garantiemittel für die geplanten Unternehmen bereit zu stellen. An deren Aufbringung glaubt das Aufsichtsamt aber um so mehr festhalten zu müssen, als hier Versicherungen in Frage kommen, bei denen es eben an geeigneten technischen Unterlagen und an sonstigen hinreichenden Erfahrungen fehle. Bei dieser Sachlage sei von den Beteiligten durchweg der Plan aufgegeben worden, Versicherungsunternehmen zu gründen; man wolle vorläufig lediglich Unterstützungseinrichtungen ohne Rechtsanspruch für die Organisationsmitglieder schaffen und bei gelegenerer Zeit, nachdem genügende Garantiemittel und grössere Erfahrungen gesammelt seien, auf die Streikversicherung zurückkommen«. Das sieht wenig zukunfts-freudig aus.

× ×

Österreich Der ausserordentliche Gewerkschaftskongress, der vom 8. bis 10. Dezember in Wien tagte, um zu den Separationsbestrebungen der Prager *Gewerkschaftskommission* Stellung zu nehmen, hat mit überwältigender Majorität die Organisation nationaler Gewerkschaften abgelehnt. Es waren 298 Delegierte erschienen, welche 24886 Mitglieder zu vertreten hatten. Die Abstimmung erfolgte nach der Zahl der vertretenen Mitglieder. Für das Programm der tschechischen Genossen auf nationale Trennung wurden 2364, dagegen 197202 Stimmen abgegeben; der Abstimmung hatten sich die Vertreter von 30886 Stimmen enthalten. Damit ist die Einheitlichkeit der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gerettet.

× ×

Schweden Die schwedischen Gewerkschaften haben kürzlich einen gewaltigen Kampf erfolgreich beendet. Am 10. Juni 1905 wurden seitens der organisierten Eisen- und Metallindustriellen etwa 17000 Arbeiter auf die Strasse geworfen, weil in einigen wenigen Betrieben die Metallarbeiter wegen Durchführung ihrer Minimallohnforderungen in den Ausstand getreten waren. Die organisierten Unternehmer beabsichtigten mit der Aussperrung nichts anderes, als die Vernichtung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Doch haben die Arbeiter den vernichtenden Schlag tapfer standgehalten. 5 Monate lang waren 30% der organisierten Arbeiter Schwedens ausgesperrt; eine gewaltige Leistung, diese grosse Zahl ausgesperrter Arbeiter solange über Wasser zu halten. Und doch trugen die Arbeiter den Sieg davon. Am 9. November kapitulierten die Unternehmer vor den Gewerkschaften. Sie mussten sich zur Anerkennung eines Minimallohnes verstehen, der sofort zur Einführung gelangt. So haben nun die Gewerkschaften neben der Anerkennung ihrer Organisation eine Forderung durchgesetzt, um die sie seit Jahren kämpften, und das in einem funfmonatlichen Kampfe, der zu ihrer Vernichtung eingeleitet war. Die Kosten der Aussperrung belaufen sich auf 2 240 000 M.

× ×

Belgien Regelmässig alle Jahre zu Weihnachten halten die belgischen Gewerkschaften ihren Kongress ab, so auch letztes Jahr. Der Kongress sollte diesmal eine Beitragerhöhung von 5 auf 10 respektive 15 c. pro Mitglied und Jahr an die Gewerkschaftskommission beschliessen, um die Kassenverhältnisse dieser gewerkschaftlichen Zentralkörperschaft zu heben und ihr die Anstellung eines Sekretars zu ermöglichen; doch kam es darüber nicht zur Beschlussfassung, da einzelne Organisationen zunächst ihre Entscheidungen treffen sollen. Die Vorstände der Gewerkschaften wurden zum Abonnement auf das Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission verpflichtet. Auch sollen künftig regelmässige statistische Erhebungen über den Stand der Gewerkschaften vorgenommen werden. Der Kongress forderte durch Resolutionen Ausdehnung der gewerblichen Schiedsgerichte auf alle in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigten Männer und Frauen, ferner nahm er Stellung zur Re-

vision des § 310 des belgischen Strafgesetzbuches, welcher dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung entspricht, und forderte obligatorische Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis zum 14. Jahre.

× **Kurze Chronik** Ein allgemeiner Schutzkongress für alle in der Schifffahrt und beim Schiffbau beschäftigten Arbeiter findet am 19. bis zum 20. März in Berlin statt. × Bruno Poersch hat seine Stellung im Vorstand des Gemeindefacharbeiterverbandes niedergelegt und die Redaktion der neugegründeten Hirsch-Dunckerschen *Westdeutschen Abendpost* in Düsseldorf übernommen. × Der Metallarbeiterverband beabsichtigt, alljährlich einer Anzahl von Verbandsgliedern Gelegenheit zu geben, die vom Reichsamt des Innern arrangierte *Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* in Charlottenburg auf Kosten des Verbandes zu besuchen. × In Trier wurde ein Gewerkschaftshaus eröffnet. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

× **Connewitz** Der Fall Connewitz hat nun auch sein gerichtliches Nachspiel und damit seine definitive Erledigung gefunden. Vom 29. November bis 9. Dezember fanden vor dem Leipziger Schwurgericht die Verhandlungen gegen den unglücklichen Leiter der zusammengebrochenen Genossenschaft, Bock, statt, der ein wahrer Sündenbock, seit Jahresfrist alle Verwünschungen der sich geschädigt fühlenden Mitglieder und alle Schmähungen der meist genossenschaftsfeindlichen Öffentlichkeit über sich hat ergehen lassen müssen. Die Verhandlungen haben bewiesen, was Einsichtigen längst klar, dass Bock mehr ein Opfer als ein Schuldiger war. Zum Teil wohl aus Ehrgeiz, vor allem aber aus Furcht, den dividendenempfindlichen Mitgliedern reinen Wein einzuschenken, hat er sich verleiten lassen, die infolge der schlechten Ergebnisse der Fleischerlei ziemlich ungünstigen Verhältnisse der Genossenschaft durch willkürliche Buchungen in einem glänzenderen Lichte darzustellen und eine Rückvergütung zu verteilen, die gar nicht als Gewinn vorhanden war, sondern erst zusammengepumpt werden musste. Einen persönlichen Vorteil hat Bock, der sein eigenes Vermögen allmählich in das Unternehmen gesteckt hat, von alledem nicht gehabt. Er musste daher von der Anklage des betrügerischen Bankrottes

freigesprochen werden und wurde nur wegen Bilanzverschleierung in drei Fällen und Untreue in einem Fall unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und zu 1200 M. Geldstrafe oder weiteren 120 Tagen Gefängnis verurteilt. 9 Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt. Auf Verlust der Ehrenrechte wurde nicht erkannt.

Nicht auf der Anklagebank sass und doch gerichtet wurde die Dividendenjägererei der Mitglieder. Wenn man hört, dass eine frühere Herabsetzung der Dividende um nur 1 % schon einen Entrüstungsturm hervorgerufen hatte, so begreift man die Scheu des Vereinsleiters vor einer offenen Darlegung der Verhältnisse, die unbedingt eine mehrprozentige Herabsetzung und als Folge davon wahrscheinlich eine allgemeine Mitgliederflucht und den Zusammenbruch des Vereins nach sich hätte ziehen müssen. Es bedarf noch einer intensiven Aufklärungsarbeit, bis gerade in den vielen älteren, scheinbar am gefestigtesten dastehenden Konsumvereinen jener moderne Geist einzieht, der allein das Fundament einer vor allen Zufällen gesicherten, unbeirrt ihren grossen Zielen zustrebenden Genossenschaftsbewegung sein kann.

× **Politische Betätigung** Zu einem Eingreifen in die politischen Kämpfe haben sich jüngst die Stuttgarter Genossenschaftler veranlasst gesehen. Es handelte sich um die Gemeinderatswahlen, bei denen der *Württembergische Bund für Handel und Gewerbe* 8 Kandidaten (2 selbstaufgestellte und 6 von ihm unterstützte der reaktionären Parteien) durchzudrücken hoffte, von denen er eine Vertretung seiner konsumvereinsfeindlichen, speziell auf die Einführung einer Umsatzsteuer gerichteten Bestrebungen erwartete. Natürlich fanden die 27000 Genossenschaftler von Gross-Stuttgart (Mitglieder der 3 Vereine Stuttgart, Cannstatt und Wangen), die ohnehin unter einer über Gebühr hohen Steuerbelastung seufzen, dass sie keine Ursache hätten, angesichts dieser Gefahr ruhig still zu halten. Sie bildeten ein neutrales Wahlkomitee, das allen Kandidaten, den vom Bund unterstützten und den ihnen gegenüberstehenden sozialdemokratischen und volksparteilichen, Fragen hinsichtlich ihrer Stellung zu den Genossenschaften

vorlegte. Nur zwei von der Bundesseite, aber sämtliche linksstehenden Kandidaten gaben befriedigende Antworten. Sie wurden daher vom Komitee zur Wahl vorgeschlagen. Resultat: Alle genossenschaftsfeindlichen Bundeskandidaten unterlagen; unter den 8 Gewählten befinden sich 4 Konsumvereinsmitglieder, darunter ein Aufsichtsratsmitglied des Stuttgarter Vereins.

Schade, dass das Wahlrecht in den sächsischen Gemeinden es nicht ebenso gestattet, die Besteuerer der Ersparnisse des kleinen Mannes aus den Stadtverwaltungen zu jagen!

× **Landwirtschaftliche Eigenproduktion** ×

Der erste deutsche Konsumverein, der sich auf dieses schwierige Gebiet begibt, ist der etwas über 2000 Mitglieder zählende Verein Tuttlingen in Württemberg. Eine in Aussicht stehende Milchreifehergung, die der Genossenschaft jährlich 11000 M. Mehrkosten verursacht hätte, veranlasste die Verwaltung, den Mitgliedern einen Antrag auf Erwerb eines landwirtschaftlichen Anwesens zum Preise von 135000 M. vorzulegen, das aus einer Mülerei nebst Bäckerei, grossen Stallungen und sonstigen landwirtschaftlichen Gebäuden, 70 Morgen Acker, Wiesen und Wald und einem lebenden Inventar von 38 Stück Rindvieh, 5 Pferden, 4 Schweinen u. s. w. besteht. Die im Dezember abgehaltene Generalversammlung gab diesem Antrag einstimmig ihre Genehmigung.

Es ist dem mutigen Verein zu wünschen, dass er nicht die Erfahrungen der englischen Konsumvereine mache, deren landwirtschaftliche Betriebe bekanntlich auf keinen grünen Zweig kommen wollen und meist erhebliche Zuschüsse erfordern.

× **Mailand: *Unione Cooperativa*** ×

Die berühmte Mailänder *Unione Cooperativa*, eine der grössten Konsumgenossenschaften Italiens, bewerkstelligte zu Anfang September ihren Einzug in ihr neues Heim, einen mit einer Summe von 2½ Mill. l. erworbenen prächtigen alten Adelspalast in der Mitte der Stadt, den sie für ihre Zwecke hatte umbauen lassen. Sie betreibt hier ein eigenes Restaurant und den Verkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Haushaltungsgegenständen und allen sonstigen zum Leben notwendigen Gebrauchsgütern. Gelegentlich dieses bedeutsamen Ereignisses hat die Genossenschaft eine

Festschrift herausgegeben, die ihr Werden und den Stand ihrer jetzigen Entwicklung darstellt. Im Jahre 1887 von 369 Mitgliedern gegründet, zählte die *Unione Cooperativa* Ende 1904 9488 Mitglieder, darunter 3411 Frauen, und hatte in diesem Jahre einen Umsatz von 7 388 420 l. Sie besitzt neben ihren Mailänder Einrichtungen in Berlin in der Taubenstrasse eine Filiale, ein Restaurant mit italienischen Weinen und Speisen, das zwar mit Defizit arbeitet, aber aus nationalen Gründen aufrechterhalten wird. Ausserdem ist sie Schöpferin der grossen *Albergo Popolare* in Mailand, deren Einrichtungen wir schon in einer früheren Rundschau (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1902, I. Bd., pag. 320) beschrieben. Die ganze Tätigkeit und Propaganda der *Unione Cooperativa* ist stets von einer grosszügigen Auffassung der Genossenschaftsidee getragen gewesen. Originell ist der Gedanke, künstlerische Medaillen in Gold und Silber prägen zu lassen, die Genossen, die dem Verein 5, 25 oder 100 neue Mitglieder zugeführt haben, verehrt werden.

Möge der tatenfrohen Genossenschaft auch in ihrem neuen Heime ein guter Stern leuchten!

× **Kurze Chronik** ×

Wie wir bereits mitteilen, war vom Kreisausschuss in Calbe die Genehmigung zum Bau der Seifenfabrik der G. E. G. erteilt worden. Gegen diesen Beschluss hatte der Magistrat und die Polizeiverwaltung von Aken beim Handelsminister Beschwerde erhoben, die aber glatt abgelehnt worden ist. So steht der Erbauung der Fabrik nunmehr nichts mehr im Wege. × Die Angestelltenunterstützungskasse des *Zentralverbandes* hat am 1. Januar ihren Betrieb mit 59 angeschlossenen Vereinen und 1000 versicherten Mitgliedern aufgenommen. × 9 Konsumvereine des Vogtlandes hatten im November in Greiz eine Zusammenkunft, um über die Unterstützung von 16000 von der Weberaussperrung betroffenen Mitgliedern zu beraten. Es wurde die Auszahlung einer Vorschussdividende beschlossen; die Mitglieder des Glauchauer Vereins erhalten ausserdem 20 M. in Waren. × Nationalliberale und Konservative haben wieder einmal einen Antrag im sächsischen Landtag eingebracht, betreffend obligatorische Einführung der Umsatzsteuer für

Grossbetriebe im Detailhandel durch die Gemeinden. Eine Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre. X Die englische *C. H. S.* hat einen neuen *Seedampfer*, den *Pionier*, in Betrieb genommen.

X Literatur

Der reichen Literatur über fast alle sonstigen Gebiete des genossenschaftlichen Lebens steht eine relative Armut an Schriften über die Baugenossenschaftsbewegung gegenüber. Eine grössere zusammenfassende Darstellung dieser Bewegung existierte bis jetzt überhaupt noch nicht; das Vorhandene beschränkte sich auf Schilderungen einzelner Genossenschaften oder der Bewegung in einzelnen Landesteilen, oder aber es waren kurze Abhandlungen über die Frage respektive eine ihrer Seiten polemischer oder instruktiver Natur. Und doch hätte es die immer mehr erstarkende und an Erfolgen reiche deutsche Baugenossenschaftsbewegung schon seit langer Zeit verdient, durch eine klar und objektiv geschriebene Darstellung der Kenntnis aller sozial interessierten Kreise übermittelt zu werden. Diese Aufgabe löst nun in recht glücklicher Weise das soeben erschienene Buch von Walter Vossberg *Die deutsche Baugenossenschaftsbewegung* /Berlin, Unger/. Vossberg gibt im ersten Teil seiner Schrift zunächst eine historische Übersicht über die Entwicklung der Bewegung von ihren ersten Anfängen, den im Jahre 1848 in Berlin gegründeten *Gemeinnützigen Baugesellschaften*, die noch mehr Wohltätigkeitsinstitute waren, bis zu ihrem jetzigen Stand, wo wir uns der stattlichen Zahl von 588 Baugenossenschaften gegenübersehen, die rund 115 000 Mitglieder umfassen und etwa 7500 Häuser mit 30 000 Wohnungen im Werte von zirka 150 Mill. M. hergestellt haben. Der zweite Teil vermittelt uns die Kenntnis des inneren Aufbaues, der einzelnen Organisationsfragen, zu denen Vossberg unter Erteilung beachtenswerter Vorschläge Stellung nimmt. Das Schlusskapitel enthält in knappen Strichen eine Darstellung der nach des Verfassers Ansicht wünschenswerten weiteren Entwicklung der Bewegung. Vossberg hat in seinem Buche ein reiches und wohlgesichtetes Material in lebendiger, ansprechender Form und, abgesehen von einigen in ihrer Harmonieseligkeit etwas naiv anmutenden Stellen, mit Objektivität be-

arbeitet. Was mir zu fehlen scheint, ist eine genauere Abgrenzung des Wirkungs- und Aufgabenkreises, der den Baugenossenschaften in Bezug auf das ganze Problem der Wohnungsfrage zukommt. Dass neben der genossenschaftlichen auch, »die private, gewerbmässige Wohnungsproduktion« als »berechtigter« anerkannt wird, ist doch eine etwas zu dürftige Angabe. Vor allem vermisse ich ein Eingehen auf den Zusammenhang von Wohnungs- und Bodenfrage, auf die Frage, inwiefern etwa die Genossenschaften mit der Bodenreform Hand in Hand gehen müssten, um die Mieter nicht nur vor einer Ausbeutung durch die Hauswirte, sondern vor der noch viel schlimmeren durch die steigende Grundrente und die Bodenspekulation zu schützen. Diese Mängel beeinträchtigen aber keineswegs den Wert des Buches als zuverlässige, interessante Informationsquelle.

GERTRUD DAVID

KUNST

Dichtkunst

Dramen

Der nachdenkliche Beobachter unseres Theaters wird wenig froh gestimmt von dem, was seiner Kunstsehnsucht begegnet. Es ist Mode geworden, die naturalistische Dramatik zu schelten. Horcht man die Propheten der neuen Bühne aus, dann hat an Stelle der *Armeleutetragödie* die grosse, heroische jetzt zu treten. Weil aber diese Hoffnung noch nicht erfüllt wurde, behilft man sich inzwischen mit einer Wiederbelebung des klassischen Theaters. Neue dramaturgische Mittel werden gesucht, das szenische Spiel dem Zuschauer brennend tief in Phantasie und logisches Begreifen einzuführen. Bei solchen Bemühungen hat gewiss die Kunst der Bühnenszenierung viel gewonnen. Ja, so sehr ist sie in den Vordergrund gezerrt worden, dass Hugo Dinger, ein Jenenser Professor, (*Dramaturgie als Wissenschaft* /Leipzig, Veit & Co./) die geschmacklose Kühnheit haben konnte, auf 600 Folioseiten Dramaturgie als eigene Kunst zu fordern, aus ästhetischen Unwahrheiten und Irrtümern Poesie von der Dramatik, die er als selbständige theatralische Kunst hinstellt, zu trennen, und dann die Dramatik der Dichtkunst überzuordnen, das heisst klipp und klar den Satz zu wagen: es ist eine Theaterkunst ohne Poesie möglich. Unabhängig von dem Wissenschaftler sind tüchtige Bühnen ihre eigenen Wege

gegangen. Doch bei aller Anerkennung des gut und gross Gewollten müssen gleich Auswüchse der jungen Theaterkunst bekämpft werden. Weil an dem lebendigen Material ein schmerzlicher Mangel herrscht, wird hier alles auf die Pracht des toten angelegt. Die Rampenperspektive soll umgestossen sein, und die plastische Staffierung wirken. Das gibt unangenehme Widersprüche, und Zwiespälte stören auch die Aufführungen unserer besten, das Neue pflegenden Bühnen in Bezug auf rein Schauspielersches. Grad die klassischen Werke mit ihrer grossen Personenzahl erfordern eine Menge bis ins einzelste intelligenter und selbständiger Schauspieler. Diese sind nicht vorhanden, nur ein paar Stars, und gegen sie erscheinen die übrigen zu deutlich als abgerichtete, willenlose Akteure. Leichter hätten es solchen Experimenten gegenüber die Bühnen, deren Tätigkeit sich auf das zeitgenössische bürgerliche Schauspiel beschränkt. Der Stil für ihre Darstellung ist jetzt nach 15jähriger Tradition festgewurzelt. Wenn nur die dichterische Arbeit den Schauspielern rechte Aufgaben stellte! Arthur Schnitzlers *Zwischenspiel* /Berlin, S. Fischer/ vermochte es nicht. Die Komödie ist ganz aus novellistischen Motiven erwachsen. Es handelt sich darin um, das Scheitern des Glückes an den halben Lebenstönen: Einer, Pakt der Liebe, der Eitelkeit und des Geschäftes beschwören Cäcilie Ortenburg, die Opersängerin, und Kapellmeister Amadeus Adams. Sie haben ihn bewahrt aus wirklicher Lust zur Treue. Sie liessen sich gern halten von dem Vertrag, weil ihre Kunst dabei gedieh, seine Symphonien, die nicht jeder Tropf zu fassen weiss, ihre Karriere, die an der splendid zahlenden Hofoper mündet. Wie fahrendes Volk lebt, sie waren oft getrennt und einten sich desto heisser beim Wiederschen. Wenn Amadeus, der viel von der seligen Gemütsart des Salzburger Namensverwandten herumträgt, im Wiener Liebesasyl seine Cäcilie umkost, dann spinnen sie sich ein in ihr von vorne Leben, in der Treue sich festigend, in dem Verstehen ihres Inneren. Er dankt ihr, dass sie ihm Halt geworden ist. Denn seine Freundschaft, in seinem Reden und Behaben manches, zeigen, dass er vom Zigeuner erst reife zum ernstest, hellsehenden Künstler. Die Sängerin fand in Amadeus den vorzüglichsten Lehrer und Meister ihres Talentes. Dann kam eines Tages die Stimmung in sie, den

Bund zu zerpupfen. Geheim und unheilbar kommt solche Stimmung. Man trachtet von einander. Er zu einer Gräfin, einem Philinengewissen im Leben, und auf der Bühne, sie zu einem Fürsten, der in der Charakteristik Gerippe bleibt. Nun glauben die beiden, trotzdem als Kameraden sich gehören zu können, geht ein durch ihre Kunst. Da wird ihm plötzlich anders zu Mute. Er will keinen Kameraden, sondern Cäcilie, das Weib Cäcilie, das Weib liegt ihm am Schlusse des zweiten Aktes im Arm. Aber der Vorhang geht über dem dritten Akte ins Finale auf. Und da weist sich aus: Seit langem nicht mehr gefeierte Eheleute war eine Episode nur, ein Zwischenspiel. Heiter hat's angefangen. Als Dolmetscher verklingt es, Was Cäcilie jedem vielleicht gegeben hatte aus Sinnensehnucht in jener Nacht, das hat Amadeus bloss blossessen. Er ist kein starker Mann. Ein Boser möcht' ihn einen Trottel aus Liebesblendung nennen. Sie müssen nach dieser Nacht auch aus ihrer Kameradschaft sich scheiden. Ein Solo hat sie in seiner Symphonie singen sollen. Sie halt das Notenblatt mit zitternden Händen, tränenden Auges, als Amadeus geflüchtet ist, der trauernd gefragt hat, ob jenes Zwischenspiel mit den halben Tönen niemals hätte überleiten können zu einer makellosen Harmonie. So endet das Stück. Am Schluss des ersten Aktes jedoch hat Cäcilie gesungen, was Amadeus schmiegsam begleitete: Nicht mehr zu Dir zu gehn, beschloss und beschwor ich, und geh doch jeden Abend . . . Die drei Phasen der Komödie sind mit durchgehender Symmetrie gebaut. Jede beginnt mit dem rasonnierenden Hin und Her über die Ehe des Paares. Der Kapellmeister ist zu den Urteilen der Rasonnierenden die entscheidende Instanz. Nachdem so die Sachlage im Gespräch dargelegt ist, tritt Cäcilie auf. Sie bleibt allein mit Amadeus. Akt I. Das Scheitern des Liebesglückes ist ungewiss. Akt II. Es ist scheinbar beseitigt. Akt III. Es ist gewiss mit einem leisen Fragezeichen. In dieser ausgemessenen Zirkelung des Konfliktes ruht die dramatische Unkraft des Stückes, das drei sehr gedehnte Dialogkapitel einer formell missratenen Erzählung darstellt. Lauter und bunter geht es in Hermann Sudermanns jüngsten Schauspielen *Stein unter Steinen* und *Das Blumenboot* /Stuttgart, Cotta/ zu. Besonders das *Blumenboot* dürfte die Theater fullen. Es will moralisch wirken, zeigen, wie die

lasterhungrige, in Gold und Nichtstun aufgewachsene Menschheit sich läutert zum eifervollen Bejahren alles Edlen und Sittlichen. Sudermann ersinnt Dramen und erlebt sie nicht. Er schafft Bühnenfiguren und keine Menschen. In *Stein unter Steinen* kommt der szenische Streit in Bewegung dadurch, dass just die kantigsten Charakterextreme sich reiben, was aber doch nur auf eine Theaterklügelei ausläuft. Die Schufte stehen gegen die Lämmer, die Glücklichen gegen die krummsten Elendhunde. Ausgerechnet der Spitzbub, der das Mäusen nicht lassen kann, soll über Diamanten wachen. Desgleichen im *Blumenboot*. Dorten spielen eine Ehebrecherin, ein stiernackiger und grobhändiger *Selbmademan*, ein sich pervers gebendes, aber im Grund gesundes Weib, die aristokratisch beschränkte Familie eines trotz seiner Altersidiotie wie Gott prophetischen Handelsherren und schliesslich das Tingeltangelgesindel einer Artistenkneipe. Rollen, die ohne Zweifel äusserst zugkräftig sind, doch mit der Wirklichkeit nimmer zusammenhängen, die ewig Vorbild des echten Kunstwerkes war und bleibt.

Nach Sudermann, den ein ziemlich witziges Blatt kürzlich zeichnete, wie er von der Zahl seiner Aufführungen fast zerquetscht wurde, gerät man in wohligeres Land bei den jungen Herbert Eulenburg und Otto Borngräber. Den letzten hat man der Welt aufschreiben wollen als ein mit allen Grössten ebenbürtiges Genie. Dem ist nicht so. Dennoch soll dem grossen Willen des Dramatikers, das wirklich frei und stürmend über die Mode schwingen will, das Lob nicht gespart werden. Wer gleich ihm die kosmischen Probleme des Heilands und des Königs, der grössten Kraft zum Herrschen, der heftigsten Innigkeit zur Demut, ergreift, der hat das Recht, sich an die Heroentragedie zu wagen. *König Friedwahn* /Berlin, Schwetschke/ ist gewiss noch meilenweit ab von der Erfüllung. Nur als Versuch darf er gelten, nicht als Gelingen. Dieser König mit dem weinenden Christuserzen — man mag an IbSENS Hakon sich erinnern — lebt mehr als Hirnerzeugnis, denn in dichterischer Körperlichkeit. Und auch die heroische Lichtstimmung des Trauerspiels ist von störenden Schatten verdunkelt. Auf der einen Seite die heldischen Urzustände, auf der anderen die subtile moderne Moral, die seelische und Leibesjungfrauenschaft unterscheidet. König Friedwahn

ist ein *halber Held*, wie der Hauptmann Kurt von der Kreith in Herbert Eulenburgs gleichnamiger Tragödie /Leipzig, Reclam/. Sein Trauerspiel von der *Leidenschaft* /ebenda/ im gärenden Blut der Jugend ist voll von echter Empfindung und Sprachkraft. Eulenberg hat nach den realistischen Dramen, die trotz ihrer zeitlichen Unbestimmtheit aus dem Wirklichen gegraben wurden, an legendären und klassischen Stoffen sich versucht: *Blaubart* und *Kassandra* /Berlin, Fleischel/. Den knappen, balladenmässigen Ausdruck prägt er weit sicherer, als Jamben oder bilderreiche Sätze.

× **Kurze Chronik** Der Wiener Felix Dörmann hat schon Kurzweiligeres verfasst, als

Die Liebesmüden /Wien, Knepler/, ein Lustspiel, das lyrische Jugendeseleien und fürstliche Mäcenatenlaunen verspotten will, aber das zündbarste Gemüt *ka* zum Lachen bringen dürfte. × Den *10* belpreis für Literatur erhielt diesma. *30* kannthlich Bertha von Suttner unter den Deutschen. Das Werk, das hierzu wohl besonders beitrug, *Die Waffen nieder!*, erscheint rechtzeitig im 30. Tausend als Volksausgabe zu 1 M. /Dresden, Pierson/.

× **Literatur** Die bei Theodor Thomas in Leipzig herausgekommene Übersetzung von Vorträgen Peter Kropotkins über russische Literatur ist ein höchst interessantes Werk. *Ideale und Wirklichkeit in der russischen Literatur* zeichnet es, mit den Legenden beginnend, schliessend mit den Poeten unserer Tage. Am überraschendsten ist wohl das Kapitel über Tolstoj, das die eigentümlich ungläubige Christlichkeit dieses Denkers beleuchtet. × Es ist ein trefflicher Kommentar zu Heinrich Meyer-Benfey's *Tolstoj-Buch* /Berlin, Wunder/, in dem eine Blütenlese aus allen politischen, ethischen, religiösen und poetischen Schriften Tolstoj's geboten wird. Ein publizistisches Organ für die Forschungen der Ästhetik existierte bisher nicht. Nun sucht diese Lücke Max Dessoir zu stopfen, der seit Beginn des Jahres bei Encke in Stuttgart eine *Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft* herausgibt. × In einem sehr geschmackvollen Kalender für 1906 gibt der *Insel-Verlag* Rechenschaft über seine Tätigkeit während des verflossenen Jahres.

MAX HOCHDORF